

Bezugspreis:

Wöchentlich 70 Goldpfennig, monatlich 2,50 Goldmark, voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Danzig, Saar- und Rheingebiet, Österreich, Elsaß, Ungarn 4,25 Goldmark, für das übrige Ausland 5,25 Goldmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Soll und Seil“ mit „Stellung und Meinung“, sowie der Unterhaltungsbeilage „Heimweil“ und Frauenbeilage „Frauenstimme“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

# Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295  
Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 29. Mai 1924

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3  
Volkskontanto: Berlin 375 36 — Bankkonto: Direktion  
der Distrikto-Gesellschaft, Depotkontanto Lindenstraße 3

Anzeigenpreise:

Die einseitige Komparselle 0,70 Goldmark, Reklamestelle 4.— Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (ausführlich zwei festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellengeld das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten 0,30 Goldmark. Ein Goldmark — ein Dollar geteilt durch 4,20.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

## Der Monarchist als Reichstagspräsident. Wallraf gegen Löbe gewählt. — Wird die Bürgerblockregierung?

Den ersten Erfolg haben die Deutschnationalen einstecken können. Die bürgerlichen Mittelparteien — wenigstens in ihrer großen Mehrheit — haben den Monarchisten Wallraf zum Präsidenten des Reichstags der Republik gewählt. Seit ihr Verhandeln mit den Trippl-Maaten begonnen, hat deren Suggestivkraft sich ständig verstärkt, so daß ein Notau noch dem andern vor der Marine-Ezelenz von ehemals erfolgt. Die Sachlage war so klar, wie es nur möglich sein konnte. Die Feinde der Republik machten geräuschvoll ihren „Anspruch“ auf das Präsidium geltend, weil sie die stärkste Fraktion darstellten. Die sozialdemokratische Fraktion als die stärkste republikanische Gruppe — die Differenz zwischen beiden beträgt nur fünf Mandate, die sich die Deutschnationalen von einer anderen Partei geliehen haben! — schlug wieder den bisherigen, in allen Lagen aufs beste bewährten Präsidenten, Genossen Löbe, vor. Von ihm hatte in der letzten Sitzung des alten Reichstags der jetzige Fraktionsführer des Zentrums, der badische Fehrenbach, ein geradezu begeistertes Loblied gesungen, als er ausführte:

Wir stehen vor Wahlen, die einen leidenschaftlichen Kampf im deutschen Volke hervorrufen werden. Ich glaube, wir werden mit einer gewissen Beruhigung und Freude konstatieren dürfen, daß es wenigstens ein Moment gibt, wo wir alle miteinander einer Auffassung sind, nämlich in der Anerkennung für die Leistung der Geschäfte gegenüber unserem verehrten Herrn Präsidenten. Es ist nicht immer leicht, in übersichtlicher Weise über die Arbeiten des Reichstages zu disponieren. Unser Herr Präsident hat die Befähigung dafür immer nachgewiesen. Es ist nicht immer leicht, in so leidenschaftlichen Kämpfen, unternimmt von allen möglichen Anwürfen, auch von Beleidigungen, jene Objektivität zu bewahren, die den Präsidenten auszeichnen soll. In musterwürdiger Objektivität hat unser Präsident seines Amtes gewaltet. (Bravo.) Dabei will ich ganz besonders gerne anerkennen, daß er mit Freundlichkeit und Liebenswürdigkeit sein Amt geführt hat. Entschuldigen Sie, wenn ich als Süddeutscher sage: es hat mich außerordentlich gefreut, bei dem Schloß ab und zu auch den Schimmer des goldenen Hemors hindurchblicken zu sehen. Ich glaube, am Schluß dieser letzten Tagung dieses Reichstages unserem Herrn Präsidenten unsern wärmsten Dank und unsere herzlichste Verehrung zum Ausdruck bringen zu sollen. (Beifall.)

An dem „lebhaften Beifall“, der nach dem stenographischen Protokoll dieser Erklärung Fehrenbachs folgte, beteiligten sich, mit Ausnahme der Kommunisten, Mitglieder aller Fraktionen. Das war am 14. März 1924.

Am 28. Mai aber, da dieser so gepriesene Präsident zur Wiederwahl vorgeschlagen wurde, stimmte nicht einmal das Zentrum für ihn, dessen Sprecher Herr Fehrenbach gewesen. Es stellte einen eigenen Kandidaten auf, und in der Stichwahl verhalf ein Teil von ihm dem Monarchisten Wallraf zum Siege. Wir stellen diese Tatsache lediglich fest!

Daß Scholens Bläserchor, der keine Geschäftsordnung eines bürgerlichen Parlaments anerkennen will, trotzdem Anspruch auf einen Vizepräsidenten geltend machte, konnte nur Heiterkeit erwecken. Der Chor gebärdet sich toll. Aber er wird jezt bald tuschen, weil ein Monarchist die Glocke schwingt. Daß diese „Rebellen“ sich vor jeder Peitsche ducken, ist bekannt. Es ist aber beschämend für die Arbeiter, die sie gewählt haben.

Zu ihrem ersten Redner in der kommenden großen politischen Aussprache bestimmte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion den Genossen Löbe.

### Die Regierungsfrage offen. Gefeilsche um den Bürgerblock.

Der gestrige Tag war mit Verhandlungen des Reichskanzler Marx über die Bildung eines neuen Kabinetts ausgefüllt, das unter seiner Führung auch die Deutschnationalen umfassen soll. Weit sind jedoch diese Verhandlungen noch nicht gediehen. Obwohl die Volkspartei und ein Teil des Zentrums bereits das Reichstagspräsidium den Deutschnationalen als Morgengabe darbrachten, hielten sich diese immer noch. Ein Teil von ihnen ist offenbar bereit, zur Erlangung von Ministerposten in puncto Verfassung und Erfüllungspolitik jedes Opfer zu bringen, während der andere sich noch sträubt. Das Zentrum hält an Marx als Reichskanzler fest, die Volkspartei dementiert die Behauptung, sie sei bereit, Stresemann als Außenminister fallen zu lassen.

Unter diesen Umständen ist alles noch ungewiß. Was sich seit gestern mittag vollzieht, die erneuten Verhandlungen mit Deutschnationalen um deren Eintritt in die

Regierung, ist eine Sünde am deutschen Volke, die schlimmste vielleicht seit der Erklärung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. Genau so wie damals nationalistischer Wahnsinn die Möglichkeit eines rechtzeitigen, annehmbaren Friedens zerstörte, so wird jezt aus Angst vor dem Nationalismus eine durch den Umschwung in Frankreich unvorhergesehen entstandene Gelegenheit zu einer schnellen endgültigen Regelung der Nachkriegswirren verscherzt.

Sind sich die Herren, die gegenwärtig dazu treiben, daß die Regierung des Bürgerblocks zustande komme, auch dessen bewußt, was sie anzurichten im Begriff sind? Oder stellen sie sich zu den Klaffen außenpolitischen Tatsachen blind, zu den eindeutigsten Mahnungen gerade derjenigen Stimmen des Auslandes, die Deutschland am günstigsten gesinnt sind, taub?

Ein einziger „großer“ politischer Gedanke scheint sie zu leiten: Wie legen wir endlich den Deutschnationalen die Fesseln der Regierungsverantwortung an? Wie gelingt es uns, diese rücksichtslosen nationalistischen Demagogen endlich durch Uebernahme eines Teiles der staatsmännischen Bürde zu kompromittieren? An sich, rein parteipolitisch betrachtet, insbesondere vom Standpunkte der Deutschen Volkspartei aus, ein durchaus begreiflicher Wunsch, zugleich aber ein frevelhaftes Spiel mit den wahren nationalen Interessen des Vaterlandes. Denn über eins ist sich hoffentlich ein jeder im Klaren: jede Reichsregierung, an der Deutschnationalen teilnehmen, ist in den Augen des Auslandes eines jeden Vertrauens unwürdig. Eine Partei, die jahrelang selbst die einfachsten Maßnahmen zur Erfüllung des Friedensvertrages bekämpft und sabotiert hat, eine Partei, die den Renanchedenken stets in den Vordergrund gerückt hat, eine Partei, die jeden militärischen Rummel mitmacht und alle Bestrebungen der Geheimorganisationen fördert, eine Partei, die noch soeben den Wahlkampf unter der „Prole“ geführt hat, daß das Sachverständigengutachten „Wahnwitz“ sei und ein „zweites Versailles“ bedeute, kann eine solche Partei Vertrauen vom Auslande erwarten?

Soweit das Ziel in Frage kommt, die Deutschnationalen zu kompromittieren, so müßte es eigentlich selbst für deutsch-volksparteiliche Begriffe genügend erreicht sein: denn das Schauspiel, das die Deutschnationalen seit einigen Tagen bieten, ist wohl das Widerwärtigste und Kläglichste, was man seit langem erlebt hat: dieselbe Partei, die noch vor vier Wochen gegen den „Wahnwitz“ des „zweiten Versailles“ tobte, hat sich lediglich aus Sehnsucht nach der Futterkrippe zunächst bereit erklärt, über diesen „Wahnwitz“ zu verhandeln. Als dies noch immer nicht genügte, um an die ersehnten Ministerstühle heranzukommen, haben sich die Deutschnationalen in letzter Stunde bereit erklärt, entsprechend der Forderung der Mittelparteien, den „Wahnwitz“ zu akzeptieren. Dies ist gestern durch den Mund ihres Parteivorstehenden Hergt geschehen: die ganzen Verhandlungen des gestrigen Tages beruhen auf der vollendeten Tatsache dieses deutschnationalen Rückzugs. Des weitern hat sich Herr Hergt ebenso vorbehaltlos auf den Boden der Verfassung gestellt. Fast möchte man meinen, daß, wenn das Zentrum von ihm und den künftigen deutschnationalen Ministern den Uebertritt zum Katholizismus verlangen würde, die Herren sich des Ausspruches des Bourbonen-Königs Heinrich IV. entsinnen würden, der den Thron Frankreichs mit Hilfe dieser kleinen Formalität besteigen konnte: „Paris ist eine Messe schon wert.“

Eigentlich sollten sich sogar die ängstlichsten Herren vom rechten Flügel der Deutschen Volkspartei mit dieser Demonstration politischen Renegatentums bei ihren Nachbarn zur Rechten begnügen und nun, gemeinsam mit den Deutschvölkischen, die Früchte des deutschnationalen Umsfalls in der kommenden Zeit ernten. Aber man kennt offenbar die Deutschnationalen aus früheren Erfahrungen zu genau, um sich mit diesen Ergebnissen begnügen zu wollen. Die Erinnerung an die Augusttage des vorigen Jahres ist wohl noch wach, in denen die Deutschnationalen unter Helfferichs Führung das Steuerbuckel der Regierung Cuno-hermes glatt bewilligten, um es sodann unter Westarps Führung nach Bildung der Regierung Stresemann-Hilferding rücksichtslos zu bekämpfen. Deshalb genügt wohl die gestrige Zusage Hergts zugunsten des Sachverständigengutachtens nicht, man will deutsch-nationale Reichsminister vor aller Welt Erfüllungspolitik treiben lassen.

Gewiß wäre dieses Schauspiel lebenswert und innerpolitisch von einigem Nutzen. Die größten Ruhnießer davon wären allerdings die Deutschvölkischen, und damit wäre letzten Endes Deutschland wenig geholfen. Aber der Wert solcher innerpolitischen Vorführungen verschwindet im Verhältnis

zu der außenpolitischen Katastrophe, die man damit vorbereitet. Demgegenüber wird vielfach erwidert: „Ist einmal das Sachverständigengutachten von Deutschland angenommen, dann sind weitere Verhandlungen überflüssig: ebenso wie Deutschland die betreffenden Befehle und finanziellen Transaktionen auszuführen hat, so muß Frankreich seinen Teil von Konsequenzen ziehen, also die Amnestie im besetzten Gebiet, die Ruhräumung usw.“

Wenn man Politik lediglich auf dem Papier treibt, so wäre das vielleicht richtig. Dann wäre es sogar gleichgültig, ob in Deutschland eine Regierung Ludendorff-Bestarp und in Frankreich Poincaré-Degoutte am Ruder sein würden, um den Dawes-Plan auszuführen. Aber Politik wird nicht lediglich mit Aktenstücken, sondern auch mit Seelen getrieben. Und ebenso wie es ein großes Glück für die ganze Welt und nicht zuletzt für Deutschland gewesen ist, daß Poincaré am 11. Mai geschlagen wurde und am 1. Juni seinen Platz Herriot räumen muß, ebenso ist es nicht gleichgültig, sondern wesentlich, ob jezt in Deutschland Deutschnationalen in der Regierung sind oder draußen. Man wird über die beiderseitigen Ausführungsmodalitäten des Sachverständigengutachtens sogar sehr viel verhandeln müssen. Und wenn morgen Deutschnationalen in der Reichsregierung sitzen und die französische Linksregierung erklärt: „Wir waren gegenüber der Deutschen Republik zum größten Entgegenkommen bereit, wir haben es in verschiedenen Kundgebungen nach vor unserem Amtsantritt so deutlich zum Ausdruck gebracht, wie wir es nur konnten, aber zu einer Regierung, in der die Anhänger des Hohenzollernregimes, des Renanchedenkens, der Sabotage des Friedensvertrages sitzen, haben wir nicht ein Jota Vertrauen!“ — wer in der ganzen Welt, wer in England, wer in Amerika, ja wer sogar in Deutschland würde mit gutem Gewissen dem entgegenzutreten können?

Es scheint, als ob die Parteien der Mitte, voran die Volkspartei, über dem parlamentarischen Kuliffengeschlebe den Blick für alles verloren hätten, was draußen in der Welt vorgeht. Und doch ist das Gebot, die Augen offen zu halten, dringender als je zuvor!

### Die verhafteten Abgeordneten. Wollen und Können bei den Kommunisten.

Die Kommunisten hatten im Reichstage Dienstag und Mittwoch unausgesetzt getobt, die verhafteten Reichstagsgenossen müßten freigelassen werden. Als es sich aber darum handelte, diesem Verlangen den zum Ziele führenden geschäftsordnungsmäßigen Ausdruck zu geben, standen sie ratlos und hilflos da wie die Kinder. Die von ihnen bei ihrem Loben so wüß beschimpften Sozialdemokraten müßten ihnen erst den richtigen Weg dazu zeigen, und auch da kapierten sie es noch nicht, so daß sie der durch ihr Verhalten bei der Präsidentenwahl auf den Stuhl des Reichstagspräsidenten gelangte deutsch-nationale Herr Wallraf zurückwies. Schließlich fragten sie direkt bei den verhafteten Sozialdemokraten, wie sie es denn eigentlich machen müßten. Als durch die von ihnen befolgte Taktik dann zunächst die von ihnen verfolgte Absicht gänzlich vereitelt war, nahm die Sozialdemokratie schließlich selber die Initiative in die Hand, um die Sache wieder in das richtige Gleis zu bringen und die Freilassung der in Haft befindlichen Reichstagsabgeordneten möglich zu machen. Es ist nützlich, die Dinge im einzelnen festzuhalten.

Die Völkischen hatten beantragt, den im Hitler-Prozess zu 1 1/2 Jahr Festung verurteilten Abg. Kriebel aus der Haft zu entlassen. Die Kommunisten hatten zwei Anträge nach der gleichen Richtung gestellt, von denen einer die Freilassung des zu einem Jahr Gefängnis verurteilten kommunistischen Abg. Vademann, der andere Antrag die Freilassung der acht in Untersuchungshaft befindlichen kommunistischen Abgeordneten forderte. Die Kommunisten hatten Angst bekommen, daß die Deutschvölkischen und die Deutschnationalen nur für die Freilassung des völkischen Abg. Kriebel stimmen würden und nicht auch für die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten. Sie wollten deshalb die Rechte zwingen, auch für die Freilassung der kommunistischen Abgeordneten zu stimmen und stellten deshalb den Antrag, alle in Haft befindlichen Abgeordneten freizulassen. Nach der Geschäftsordnung ist die Verhandlung über einen solchen neuen Antrag nur zulässig, wenn niemand widerspricht. Als der deutsch-nationale Präsident Wallraf die Frage stellte, ob jemand widerspreche, wurde von der Rechten prompt widersprochen. Die Kommunisten hatten die Sache ungeschickt und plump angefaßt. Genosse Dittmann gab in einer Rede ihnen den Rat, ihren Antrag in der vorgelegten Form zurückzuziehen und an seiner Stelle

Der von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion am 15. Mai 1923 gestellte Antrag zur Siedlungsgegebung der Bodenbewirtschaftung und in der Bodenreform, der im alten Reichstag nie zur Verhandlung gebracht werden konnte, ist ebenfalls neu eingereicht worden.

**Für Kranke, Kurzarbeiter, Erwerbslose.**

Zu den sozialpolitischen Angelegenheiten hat die Fraktion dieselbe Stellung eingenommen wie im vorigen Reichstage. Demgemäß hat sie von neuem die Anträge eingebracht, die sie im vorigen Reichstage zu den Regierungsverordnungen gestellt hat. Sie verlangt die sofortige Aufhebung folgender Verordnungen: Ueber die Verlängerung der Arbeitszeit in Krankenpflegeanstalten, über Krankenversicherung (Betriebskrankenstellen für einzelne landwirtschaftliche Großbetriebe), über Art, Höhe und Dauer der Unterstützung für die Erwerbslosen und Kurzarbeiter, über die Fürsorgepflicht.

Ferner beantragte die Fraktion, daß Beschlüssen der Arbeiterversicherung erhöht, die Krankenversicherung der Erwerbslosen verbessert und die Unterstützungen der Erwerbslosen verbessert werden, daß insbesondere der Arbeitszwang beseitigt und die Voraussetzungen für die Pflicht zur Annahme von Arbeit in ihren wesentlichen Punkten geändert werden.

**Gegen den Besoldungsstand.**

Der Anstoß, den die beginnende Registraturperiode für die Beamten des Reichs bringt, ist der Besoldungsstand, den sich das abgetretene Kabinett Marx zum Abschied noch geleistet hat. In Anbetracht der feierzeit bevorstehenden Auflösung des Reichstags hatte dieses Kabinett im Februar d. J. die Ermächtigung erhalten, Grundgehälter und Ortszuschläge der Beamten selbständig zu regeln. Diese Ermächtigung hat das Kabinett Marx dazu mißbraucht, die neueste „Regelung“ der Besoldung zu diktiert, die ein einziger Schrei der Entrüstung unter den Massen der Beamten der unteren und mittleren Gruppen ausgelöst hat. Am besten charakterisiert sich die Besoldungsregelung dadurch, daß sie den Beamten der Gruppe II eine monatliche Zulage von sage und schreibe 10 bis 14,50 M. bringt und ihre Grundgehälter auf monatlich 72,50 bis 98 M. erhöht, während die Zulage bei den Beamten der Gruppe XIII monatlich 175 bis 332,50 M. beträgt und die Grundgehälter dieser Beamten auf monatlich 525 bis 600 M. treibt.

Die USPD-Fraktion hat bereits gestern beschlossen, diesem Standal energisch entgegenzutreten und den Antrag eingebracht, sämtliche bisher geltenden Grundgehälter in demselben Maße wie das Grundgehalt der Gruppe XIII, nämlich um 71 Proz. zu erhöhen und bei den Ortszuschlägen die beiden untersten Tariftufen fortlassen zu lassen. Darüber hinaus ist beantragt worden, der Regierung die Ermächtigung zur selbständigen Regelung der Beamtengehälter zu entziehen, so daß die Entscheidung künftig wieder beim Reichstag liegt. Schließlich wünscht die Fraktion, daß die bisher gewährten kritischen Sonderzuschläge bestehen bleiben und für die Arbeiter und Angestellten des Reichs die sich aus der Erhöhung der Beamtenbezüge ergebenden Folgerungen gezogen werden.

Ferner hat die USPD-Fraktion ihre vor der Auflösung des alten Reichstags gestellten Anträge auf Aufhebung des neunstündigen Mindestarbeitstages für die Reichsbediensteten, Gewährung des unentgeltlichen Urlaubs und sofortige Aufhebung der Personalabbauverordnung wieder aufgegriffen. Schließlich wird von der Fraktion noch beantragt, die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag schnellstens Entwürfe für ein Beamtenrätegesetz, ein Reichsbeamtengesetz, eine Dienststrafverordnung und eine Krankenversicherung für die Reichsbeamten vorzulegen.

**Der „Landesverrats“-Anflug.**

Die USPD-Fraktion hat beschlossen, die Regierung wegen der immer zahlreicher werdenden Landesverratsprozesse zu interpellieren. Die Interpellation lautet:

„Hat die Regierung der Tatsache ihre Aufmerksamkeit geschenkt, daß in zunehmendem Maße die Oberreichsanwaltschaft Anklagen erhebt und das Reichsgericht Verurteilungen eintreten läßt in Fällen, in denen Angeklagte Mitteilungen gemacht haben über illegale Ver-

zu beantragen, über die vorliegenden, bereits auf der Tagesordnung stehenden drei Haftentlassungsanträge in einer Gesamtabstimmung zu entscheiden. Nach einigem Zögern folgten die Kommunisten dem ersten Teil dieses Rates und zogen ihren vorerwähnten Antrag zurück. Der Haftentlassungsantrag jedoch, den sie darauf an seiner Stelle einbrachten, bezog sich zwar auf die gestellten Haftentlassungsanträge, aber nur bezüglich der Namen der in Haft befindlichen Abgeordneten. Darum wurde er von dem deutschnationalen Präsidenten Waltraf wiederum als „neuer Antrag“ zurückgewiesen. Ganz betrübt und verlegen kam der große Strategie der Kommunisten, K o e n e n, schließlich zum Genossen Dittmann und fragte ihn, wie er denn den Antrag eigentlich formulieren müsse, worauf Genosse Dittmann ihm nochmals erklärte, daß der Antrag gemeinsam die drei auf der Tagesordnung stehenden Haftentlassungen fordern müsse. Nun endlich kapierte auch der große Parlamentsstrategie der Radikalkommunisten und brachte den Antrag in richtiger Formulierung ein.

Bei der darauf folgenden Abstimmung wurde dann den kommunistischen Wortführern eine sehr fühlbare Lektion darüber erteilt, daß man im Parlament sehr oft praktisch noch nichts erreicht habe, wenn man nur für das stimmt, was man sachlich für richtig hält, daß man sich vielmehr auf das konzentrieren muß, was tatsächlich durchzuführen ist. Die Ueberweisung der drei Haftentlassungsanträge an den Geschäftsordnungsausschuß zur Vorprüfung wurde nämlich von der Rechten und der Linken des Hauses gegen die Mitte abgelehnt, aber auch die Haftentlassungsanträge selber versielen nunmehr dem gleichen Schicksal, da für sie nur Sozialdemokraten, Kommunisten und Bölkische stimmten, während diesmal die Deutschnationalen mit den Mittelparteien dagegen stimmten.

Wieder war es jetzt die Sozialdemokratie, die die Situation der in Haft befindlichen Abgeordneten rettete. Der Genosse L ö b e nahm die abgelehnten Anträge wieder auf, beantragte, sie auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen, damit sie doch noch dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen werden könnten. Recht kleinlaut stimmten nunmehr auch die Kommunisten diesem Antrage zu. Durch eine von Sozialdemokraten, Zentrum und Demokraten sofort erzielte, vom Zentrumsabgeordneten F e h r e n b a c h begründete Verständigung wurde auch noch erreicht, daß diese neue Sitzung des Reichstages sofort am selben Abend, fünf Minuten nach der ersten Sitzung abgehalten wurde und in ihr gemäß dem Antrag L ö b e die wiederaufgenommenen Haftentlassungsanträge der Geschäftsordnungskommission überwiesen werden konnten. Und um dieses Ziel zu erreichen, das genau dem üblichen Verfahren im Reichstage entspricht und das ohne jeden Widerspruch von vornherein auch in den vorliegenden Fällen eingeschlagen worden wäre, der fürchterliche Skandal der Kommunisten in der Eröffnungssitzung des Reichstages und auch noch in der Sitzung des zweiten Tages!

**Das Gesicht der Volkspartei.**

**Bezeichnende Anträge im Reichstag.**

Die Deutsche Volkspartei hat im Reichstag eine Reihe von Anträgen eingebracht, die ihr politisches Gesicht sehr klar zeigen. An der Spitze steht ein Antrag über die Farben der Republik: der Artikel 3 der Reichsverfassung soll durch folgenden Wortlaut ersetzt werden: „Die Reichsfarben sind Schwarz, Weiß, Rot.“ Dieser Antrag ist eine innen- und außenpolitische Demonstration, eine Betonung der Tatsache, daß die Volkspartei der Verfassung des kaiserlichen Deutschland näher steht als der demokratisch-republikanischen Verfassung.

Der nächste Antrag gilt der Einschränkung des Wahlrechts, der Herabsetzung des Wahlalters von 20 auf 25 Jahre.

In einem weiteren Antrage wird die Einsetzung eines Ausschusses des Reichstags von 28 Mitgliedern gefordert, der den Auftrag erhalten soll, die Reichsverfassung vom 11. August 1919 mit Rücksicht auf die in der Zwischenzeit gemachten Erfahrungen, insbesondere hinsichtlich der Zuständigkeitsverhältnisse zwischen Reich und Ländern auf den Gebieten der Gesetzgebung und Verwaltung

einer Nachprüfung zu unterziehen. Das ist die Forderung, die vor allem von Bayern aus zur Zeit des Kaiserlichen Regimes gestellt wurde. Hier soll den reaktionären bayerischen Tendenzen ein Wirkungsfeld eröffnet werden.

Es ist außerordentlich bemerkenswert, daß die „Deutsche Tageszeitung“ diese Anträge der Volkspartei in Feinddruck an hervorgehobener Stelle veröffentlichte. Diese Anträge sind ein sachliches Angebot an die Deutschnationalen, das die Beziehungen zwischen Deutschnationalen und Volkspartei noch enger gestalten und den Bürgerhaß vorbereiten soll. Die Deutschnationalen haben diesen Sinn der Anträge der Volkspartei wohl verstanden.

**Eine offiziöse englische Mahnung.**

London, 28. Mai. (WLB.) In einer von Reuters ausgehenden Mitteilung heißt es, verantwortliche Kreise Londons hoffen, daß in Deutschland eine Regierung aus Ruher gelangt werde, welche den Dawes-Bericht annehmen und durchzuführen werde. Die Alliierten hoffen und glauben alle, daß der Sachverständigenplan eine Regelung des Reparationsproblems ermöglichen werde. Man sei daher der Ansicht, daß es verhängnisvoll sein würde, wenn diese Gelegenheit, eine Lösung zu erzielen, verjährt würde.

**Arbeit der Sozialdemokratie.**

**Sozialdemokratische Anträge im Reichstag.**

Während die Kommunisten mit Trillerpfeifen und anderen Kindereien im Reichstage sich vergnügen, hat die Sozialdemokratie ihre Tätigkeit im Parlament sofort mit einem Vorstoß für die breiten Volksmassen eingeleitet. Die Fachausschüsse der Fraktion haben eine Anzahl wichtiger Anträge zusammengestellt, die die einmütige Zustimmung der Gesamtkraktion gefunden haben. Die Anträge gelten den Kriegsschädigten und Kriegshinterbliebenen; sie bringen wichtige sozialpolitische Forderungen; sie greifen die schweren Ungerechtigkeiten in der Beamtenbesoldung an; sie führen einen entschiedenen Stoß gegen die Mietssteuer und verlangen von der Reichsregierung Aufklärung über die unerhörte Rechtsprechung im Landesverratsprozeß gegen solche Persönlichkeiten, die über geschwundene Verbände, deren Waffenslager und deren Beziehungen zur Reichswehr öffentlich Mitteilungen gemacht haben. Schließlich erneuert die Fraktion den schon im vorigen Jahre im alten Reichstag eingebrachten Antrag auf große bodenpolitische Reformen, der damals allgemeine Beachtung bei unseren bodenhungrigen Volksgenossen gefunden hat.

Weitere wichtige sozialdemokratische Anträge, so zur Aufwertung, stehen bevor, unsere Fraktion wird mit großem Eifer an die Arbeit gehen, um mit allen Kräften der furchtbaren Not im Lande steuern zu helfen.

**Gegen die Mietssteuer.**

Entsprechend ihrer ablehnenden Haltung zur Mietssteuer im alten Reichstag hat die sozialdemokratische Fraktion jetzt erneut beantragt, die Regierung aufzufordern, einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch den die §§ 26—32 der 3. Steuerverordnung über die Mietssteuer beseitigt werden. Gleichzeitig wird die Regierung aufgefordert, zur Förderung des Wohnungsbaues eine einheitliche Wohnungsbauabgabe bis zu 10 Proz. vorzuschlagen, durch die alle Gebäude und Gebäudeteile entsprechend ihrer Friedensmiete belastet werden. Für die Deckung des Fehlbedarfs bei Ländern und Gemeinden, der durch die Beseitigung der Mietssteuer entsteht, soll eine Belastung des Besitzes vorgenommen werden.

Die Fraktion bereitet ferner einen eingehenden Antrag zur Aufwertungsfrage vor, dessen Einbringung erst in den nächsten Tagen erfolgen wird.

**Telephongespräche.**

Von Pola Landau.

I.

Die junge Frau legte den Hörer an ihr Ohr, das von den hellen dichten Haarstrahlen ganz eingesperrt war. Mit der freien Hand strich sie spielerisch über die Wange des Mannes, der unwillig zurückfuhr.

„Weicher groteske Einfall, von hier an deinen Mann zu telefonieren. Hänge den Hörer an!“ Er versuchte, ihr den Hörer zu entwenden. Ihr geschmeidiger Körper schlüpfte durch die festen Hände ihres Liebhabers hindurch. Er fing sie wieder ein und presste ihre Arme zusammen. Aus dem atemlosen Stöhnen und Ringen wurde eine heftige Liebkoßung. Endlich streckte sie sich lang in den Sessel aus. Er blieb ernst. „Erkläre mir, warum willst du das tun?“

Sie nahm wieder den Hörer. „Nur um ihn ganz sicher zu machen, um ihn irrezuführen, mein Liebster. Er glaubt, ich bin bei einer Freundin. Von dieser Freundin aus läute ich ihn an.“

In das Gesicht des Mannes trat etwas Verwirrtes, hilfloses. „Glaubst du, daß er ahnt?“

„Nichts als gewöhnlicher Argwohn,“ sagte sie, das Hörrohr leicht an die Wange pressend. — „Bist du nicht glücklich, den Korridor herunter. Bum. Bum. Ein richtiges Bärenstapfen. Er geht immer, als wollte er jemand auf den Kopf treten.“ Blödsinn überzogen sich unwillkürlich ihre Züge mit der Haut einer gespannten und aufmerksamen Liebenswürdigkeit.

„Guten Tag, Rudolf. Ich bin es, ja, ich. Habe ich dich bei der Arbeit gestört?“ Sie brach ab und lachte. Der Mann neben ihr hörte dumpfes, unverständliches Gemurmel aus einer Ferne kommen. „Er sieht uns,“ dachte er gequält. „Er sieht alles, er ist anwesend, seine Stimme läuft im Zimmer umher.“

Da sprach sie schon weiter. „Ich wollte dir nur sagen, Rudolf, warte nicht auf mich mit dem Abendessen, wenn ich mich etwas verspäten sollte. Rita läßt mich gar nicht fort. Sie ist sehr lieb.“ Und während der Schleier vor ihrem Gesicht zerriss und sie ihre Lippen zu einem boshaften Lächeln spitzte, sagte sie: „Rita ist hier im Zimmer, sie steht dicht neben mir.“ Und mit einer raschen Bewegung warf sie ihren Arm wie eine Schlinge um den Hals ihres Liebhabers und zog seinen Kopf dicht zu sich heran. Ihr Körper zitterte vor Lachen und ohne sich zu mühen, lockte sie laut in das Telephon hinein. „Rita hat eben etwas Komisches gesagt. Ich werde es dir heute abend sagen. Nein, am Telephon kann ich es nicht sagen.“

Blödsinn begann die altertümliche Uhr im Zimmer zu schlagen. Mit tiefen, metallischen Tönen schlug sie sechsmal. Die Frau wurde sehr blaß.

„Wie kannst du behaupten, daß ich nicht bei meiner Freundin bin? Bek du eine Uhr schlagen hörst! Es ist keine fremde Uhr hier. Das ist eine Uhr in der Nebenwohnung. Die Wände sind so

dünn. Ich denke nicht daran, nach Hause zu kommen.“ Sie legte den Hörer hin, um das Gespräch abzuschneiden. In einer halben Minute läutete es wieder. „Da ist er wieder,“ flüsterte die Frau. „Ich muß nach Hause, ihn beruhigen.“

Der Mann war finstern und schweigend auf und ab gegangen. Empörung über das höhnische Spiel, ein seltsames Wütempfinden mit dem betrogenen Gatten hatten Furcht und Abscheu vor der Frau in ihm zurückgelassen. „Es wird gut sein, wenn wir uns vorläufig nicht sehen,“ sagte er.

Als er die Tür hinter ihr geschlossen hatte, ging er in sein Zimmer zurück und betrachtete die Uhr mit dankbaren Blicken.

II.

„Bitte bleiben Sie am Apparat! Die Fernverbindung ist schon hergestellt.“

Er lauschte gespannt. Ein hohles Säusen tönte an sein Ohr. Das kreisrunde schwarze Loch des Fernsprechers schien sich zu einem endlosen finsternen Tunnel zu öffnen, durch den seine Stimme sich den Weg bahnen mußte, Wellen durchschneidend. Am Ende des Tunnels, wo es sich zum Licht auftrat, wartete die andere Stimme auf ihn.

„Bist du dort? Du?“

Immer noch die schwirrende Leere. Er sah das langgestreckte Haus vor sich, ein Sanatorium im Gebirge, in dem seine junge lungenkranke Frau heilung suchte. Seit drei Monaten hatte er sie nicht mehr gesehen. Blödsinn war ihre Stimme da, ganz dicht an seinem Mund, sie streichelte ihn mit ihrer flügelartigen und hellen Weichheit.

„Wie ich froh bin, dich zu hören!“

„Geht es dir besser, Liebste? Tut dir die starke Luft gut?“

„Mir geht es viel besser,“ Klang es zurück. „Ich bin bald gesund.“

„Sagt das der Arzt?“

„Ich komme bald wieder nach Hause.“

Blödsinn hörte der Mann ein entsetzliches, keuchendes Husten, das ihre Worte verflüchtete. Es klang gar nicht wie ein Laut aus demselben Munde, sondern wie das heisere Beulen eines furchtbaren Tieres, das sich an ihrer Kehle festgebissen hatte, sie würgte und hin und her schüttelte.

„Dein Husten ist aber noch sehr schlimm,“ sagte er.

„Nicht, gar nicht — —“ Sie versuchte vergeblich zu sprechen. Nur der Husten schallte unaufhörlich, ein dumpfer Wirbel, der in dem Trichter des Fernsprechers trillerte. Das einzige, was von ihr zu ihm aus dieser unsäglichen Ferne hinüberdrang, war dieser röchelnde Laut. Er sagte ihr besser als alle ihre streichelnden Worte, daß sie verloren und dem reißenden Tier der Krankheit verfallen war.

„Sie müssen aufhören!“ stach plötzlich eine spitze Stimme dazwischen.

„Schöne dich!“ schrie er. Nur Husten antwortete ihm.

Und dann kam wieder das leere Säusen. Die Entfernung, die zusammengeschrunzt war, sprang auseinander. Und das Säusen war hoch, wie der entsetzte Wind des Todes.

Wie es gemeint war. Ein Leser schreibt uns: „Nieder Bornmütz! Dein Kritiker, der am Dienstag morgen die Aufführung der „Jahnen“ in der Volksbühne rezensierte, schrieb in seiner Besprechung zum Schluß: „Der Dichter leistete sich einen kleinen Ausfall gegen die Sozialdemokratie Deutschlands. Es heißt an einer Stelle: „Die große Partei der Bolschewiken“. Dein Kritiker meint, diese Worte könnten „den Genuß trüben“; er nennt die Kritik des Autors außerdem „ungerecht“. Allerdings stellt er auch fest, daß bei den hohen Qualitäten der Dichtung der kleine „Ausfall“ nicht so sehr ins Gewicht fallen dürfte.“

Ich möchte glauben, daß jeder Vorwurf gegen den Dichter wegen der oben zitierten Wendung selbstevident. Wer gebraucht denn die Worte? Einer der Chicagoer Anarchisten von 1886. Der Autor legt sie ihm in den Mund, um die Bestimmung dieser Worte zu charakterisieren. Nichts deutet darauf hin, daß er mit den Worten seine eigene Meinung ausdrückt, daß er gar die Sozialdemokratie von heute nennt. Die Wendung im Munde des Chicagoer Anarchisten ist so selbstverständlich und dabei so charakteristisch, daß ihr Fehlen kein Vorteil wäre.

Warum ich dies schreibe — und warum ich auch bitten möchte, daß Du, lieber „Vorwärts“, diese Zeilen Deinen Lesern nicht enthält? Einmal um der „Gerechtigkeit“ willen. Dann aber auch, damit Deine Leser gegen das Raquetische Stück, das eine wirkliche Dichtung ist und dessen Aufführung vielleicht die größte Tat der Volksbühne in diesem Spieljahr darstellt, nicht voreingenommen werden. Das Stück sollte jeder Proletarier sehen, — um es selbst zu gewinnen als eins der wenigen, in denen proletarisches Ringen und Leiden wirklich dichterisch gestaltet ist.“

„Die wichtigste Kriegswaffe, die je erfunden worden ist.“ Nach den ersten Versuchen, die der Entdecker der sogenannten Todesstrahlen, Grubbell-Wattboms, in Anwesenheit von Vertretern des englischen Kriegsministeriums und der Admiralität durchgeführt hat, gab Admiral Kerr folgende Erklärung ab: „Wenn die Strahlen in großen Entfernungen dieselbe Wirkung ausüben wie im Laboratorium, so werden sie zur wichtigsten Kriegswaffe, die je erfunden worden ist. Sie würden den Charakter Großbritanniens als Inselreich, der durch die Entwicklung des Flugzeuges verloren gegangen ist, und ebenso das Prestige der Kriegsmarine wiederherstellen.“

Der neue Hafen von Venedig. Auf der Insel, die die Stadt Venedig trägt, ist kein Platz mehr für Hafenanlagen; auch würde der Ausbau eines großen Hafens, wie ihn Venedig heute infolge des Anwachses seines Handels braucht, die Strömungsverhältnisse der Lagunen unangenehm beeinflussen, die für die Stadt lebenswichtig sind. Die Stadtverwaltung von Venedig hat daher jetzt große Pläne für See- und Binnenhäfen auf dem Festlande zwischen Mestre und Tabua beschlossen. Ein Teil dieser neuen Anlagen ist bereits fertig. Der ganze Plan wird in drei Jahren durchgeführt sein. Der Zugang zum Meer vermittelt ein besonderer 64 Meter breiter und 9 Meter tiefer Kanal durch die Lagune.

Schlagfuder der Sowjetregierung. Das russische Finanzkommissariat hat, wie in Londoner Blättern berichtet wird, eine besondere Schlagfuder-Abteilung eingerichtet, die in den Wäldern und Hainen der früheren Adligen und Reichen nach verborgenen oder vergrabenen Reichthümern sucht. Es wird berichtet, daß diese amtlichen Schlagfuder im Laufe des früheren Verlegers der großen russischen Zeitung „Nischoje Slove“ in einer Wauer große Mengen von Gold-, Silber- und Eisenbarren, goldenen Turbans und anderen Wertgegenständen fanden. Auch in anderen Hainen, die früher von reichen Leuten bewohnt wurden, sollen verborgene Schätze aufgefunden worden sein.

Hände, die in Deutschland bestehen oder über illegale Ziele, die legal bestehende Organisationen verfolgen, oder über Verbindungen solcher Organisationen mit Reichswehrstellen oder über bestehende geheime Waffenlager?

Ist der Regierung bekannt, daß solche Anklagen erhoben werden und Beurteilungen erfolgen selbst in Fällen, in denen derartige Mitteilungen in der Presse und Öffentlichkeit zu dem Zweck gemacht werden, diese geschwändigen Vorgänge in ihrer Geschwindigkeit zu kennzeichnen und deren Abstellung zu erreichen?

Ist sich die Regierung dessen bewußt, daß diese Rechtsprechung eine Gefahr für die Republik bedeutet, insofern sie Organisationen, die staatsfeindlich und monarchistisch sind, die Möglichkeit der Waffenrüstung gewährt, ohne der republikanischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich dagegen zu wehren und auf Einhalten von Recht und Gesetz zu bestehen?

Bedenkt die Regierung die außenpolitischen Folgen dieses Zustandes und die Gefahren, die hieraus der Republik entstehen? Willigt die Regierung diesen Zustand? Was gedenkt die Regierung zu tun, ihn zu ändern?

Zugleich hat die Fraktion beschlossen, eine Änderung des Bundesvertragsparagrapheu dahin zu beantragen, daß ein Bundesverrat dann nicht vorliegt, wenn geschwändige Zustände bekanntgemacht sind, um ihre Abstellung durch deutsche Behörden zu veranlassen.

### Gegen Klassenjustiz.

Ferner will die Fraktion die heutige Klassenjustiz zum Gegenstande einer Besprechung machen und sie hat zu diesem Zweck folgende Interpellation beschlossen:

Die Justiz, insbesondere die bayerische, hat in den letzten Jahren in der Öffentlichkeit schärfste Beurteilung erfahren. Sogar in angesehenen Rechtszeitschriften wird der bayerischen Rechtsprechung der schwere Vorwurf der Willkür gemacht. Wächst der Reichsregierung ist es, Hüter der Unparteilichkeit der deutschen Justiz zu sein.

Was wird die Reichsregierung dagegen tun, daß Recht und Gesetz in Deutschland parteilich angewendet werden?

### Gegen den § 218.

Schließlich beantragte die Fraktion, daß der Abtreibungsparagraf dahin geändert wird, daß Abtreibungen nicht strafbar sind, wenn sie von der Schwangeren oder einem staatlich anerkannten (approbierten) Arzte innerhalb der ersten drei Monate der Schwangerschaft vorgenommen worden sind.

### Für die Kriegsoffer.

Die Fraktion der B.S.D. beantragte, den wirtschaftlichen Wert der Renten der Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen wiederherzustellen, den diese Renten bei der Verabschiedung des Reichsversorgungsgesetzes im April 1920 gehabt haben. Der gegenwärtige Wert dieser Renten beträgt bei der überwiegenden Mehrheit der Berechtigten weniger als 50 Proz. des Wertes vom April 1920. Außerdem verlangt der Antrag der Sozialdemokratie, zu diesen wiederhergestellten Gehältern ergänzende Bezüge für diejenigen Versorgungsberechtigten treten zu lassen, die infolge ihres Leidens ganz oder überwiegend auf Rente angewiesen sind.

Die Tatsache, daß namentlich im Verlaufe der großen Währungskaufkraft im Sommer und Herbst vorigen Jahres die Abfindungssummen, die an wiederverheiratete Kriegervwitwen geleistet wurden, am Tage der Auszahlung keine nennenswerte Kaufkraft mehr besaßen, hat die Sozialdemokratie veranlaßt, in ihrem Antrag auch die Forderung nach sofortiger Aufwertung der nach dem 30. Juni 1924 zur Auszahlung gelangenden Abfindung aufzunehmen.

Ferner fordert die Sozialdemokratie in ihrem Antrag, die Aufhebung aller in Anwendung der Ermächtigungsgesetze eingetretenen Verschlechterungen des materiellen und formalen Versorgungsrechts. Dazu gehören vor allem die Rentenkürzungen, die der Reichstag in der Novelle zum Reichsversorgungsgesetz vom 30. Juni 1923 aufhob, die Regierung durch das Ermächtigungsgesetz jedoch wieder eingeführt hatte, sowie die Wiederherstellung der rechtlichen Garantien bei der Verfolgung von Versorgungsansprüchen vor den Versorgungsgerichten.

Diese Forderungen sollen nach dem Antrag der Sozialdemokratie als für alle Kriegsoffer vordringlichen einer sofortigen Erfüllung zugeführt werden.

Darüber hinaus wird jedoch die alsbaldige Einkürzung einer Novelle zum Reichsversorgungsgesetz gefordert, in der alle bis jetzt unbefriedigend gelösten Versorgungsfragen, namentlich die besonderen Forderungen der Kriegsblinden, neu aufgerollt werden sollen.

### Reichsregierung gegen Nationalistenrummel Vereinbarung mit den Ländern.

Amlich wird gemeldet:

Bei einer Besprechung, die kürzlich auf Einladung der Reichsregierung zwischen dem Reichsministers des Innern und den Ländervertretern über die einheitliche Handhabung des Versammlungsverbots stattfand, kam man zu folgendem Ergebnis:

Nach § 3 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. Februar 1924 sind öffentliche Versammlungen unter freiem Himmel sowie öffentliche Umzüge auf Straßen und Plätzen grundsätzlich verboten und allgemein. Ausnahmen von diesem Verbote können die Bundesregierungen zulassen.

In der letzten Zeit hoben sich die Anträge auf Bestätigung solcher Ausnahmen so vermehrt, daß eine einheitliche Handhabung des Versammlungsverbots notwendig ist. An verschiedenen Orten haben große Versammlungen der einen Seite zu Gegen-demonstrationen der anderen Richtung und zu blutigen Zusammenstößen geführt, bei welchen nur durch ganz außerordentliches Polizeiaufgebot Schlimmeres verhütet werden konnte. Es liegen Anträge aus allen Teilen des Reichs auf Erlaubnis von „Großen Tagen“ vor, deren Bestätigung entsprechende Gegenstände zur Folge haben würde. Der Bürgerfriede ist auf diese Weise schwer gefährdet. Solange diese Zustände bestehen und die Bevölkerung in weiten Kreisen offenbar noch nicht willens ist, Kundgebungen der politischen Auffassung Andersdenkender ungehindert zu lassen, und solange jede solche Kundgebung die ernste Gefahr blutiger Ausschreitungen mit sich bringt, ist eine Lockerung des allgemeinen Versammlungs- und Umzugsverbots unter freiem Himmel nicht möglich. Die Polizeikräfte sind nicht dazu da, auf die Dauer auch nicht in der Lage allsonniglich demonstrierende Mengen vor einander zu schützen. Bis auf weiteres müssen daher solche Kundgebungen, auch wenn sie an sich einwandfrei und wohlgemeint sind, auf geschlossene Räume verwiesen werden, in denen es durchaus möglich ist, sie würdig und ungehindert zu veranstalten. Ausnahmen können nur in besonderen Fällen zugelassen werden, wo es sich um wirklich überparteiliche Kundgebungen oder um solche rein örtlicher Art handelt, bei denen Störungen von vornherein ausgeschlossen sind.

# Um die Räumung des Ruhrgebietes.

Briefwechsel Poincaré - Macdonald.

Paris, 28. Mai (W.T.B.). Die Briefe, die nach den französischen Kammerwahlen zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem englischen Premierminister Macdonald gewechselt wurden, sind heute veröffentlicht worden.

Der Brief, den Poincaré am 14. Mai an Macdonald geschrieben hat, beginnt mit der Erklärung des französischen Ministerpräsidenten, daß er zu Beginn der neuen parlamentarischen Session die Demission seines Ministeriums überreichen werde, und daß er die Einladung, nach Chequers zu kommen, insofern nicht annehmen könne, und fährt dann fort:

Die französische Regierung hat ohne Einschränkung und Hintergedanken die Schlussfolgerungen der Sachverständigen angenommen und erklärt, daß sie bereit ist,

### die wirtschaftliche Einheit Deutschlands wiederherzustellen.

soweit Deutschland das von der Reparationskommission aufgestellte Programm ausgeführt hat. Wir sind also mit Ihnen über diesen Punkt vollkommen einig, da Sie den belgischen Ministern Theunis und Hymans erklärt haben, daß der wirtschaftliche Druck an dem Tage aufhören muß, an dem der Plan der Sachverständigen in Kraft tritt, daß aber dieser Tag, wohl verstanden, nur erst dann gekommen ist, wenn die deutsche Regierung die Vorschläge der Sachverständigen angenommen und ihren Vorschriften Genuge geleistet hat. Die Sachverständigen haben in ihrem Bericht gesagt, daß die Wiederherstellung der wirtschaftlichen Einheit den Verzicht auf die militärische Besetzung des Ruhrgebietes in sich schließt. Ich weiß sehr wohl, daß keine britische Regierung die Besetzung gebilligt hat, obwohl sie für uns niemals Selbstzweck, sondern nur ein Mittel war. Weniger als irgend jemand denke ich daran, Mißverständnisse zu erwecken, die ich vielmehr wie Sie gern beseitigt sehen möchte. Deshalb bin ich sehr angenehm berührt von der Art, wie Sie mit Theunis und Hymans über diese Fragen gesprochen haben. Auch mir scheint es unnützlich, auf die Vergangenheit zurückzugreifen. Wir haben immer erklärt, daß wir das Ruhrgebiet nach Maßgabe der deutschen Zahlungen räumen werden, und daß wir wünschten, es baldmöglichst verlassen zu können. Aber wir glauben, daß es klug ist, Garantien zu behalten, um in der Lage zu bleiben, wieder Pfänder für den Fall zu nehmen, der unglücklichweise nicht unmöglich ist, daß später von Seiten Deutschlands neue Verletzungen in seinen Reparationspflichten erfolgen werden. Sie haben Theunis und Hymans gesagt, daß im Falle eines Bruches der durch Deutschland anerkannten Verpflichtungen dieses England, Belgien und Frankreich ebenso einig sich gegenüber finden werde wie während des Krieges. Es scheint Ihnen jedoch schwierig, schon jetzt die Art der Garantien, die in einem derartigen Fall geschaffen werden müßten, nach einem gemeinsamen Uebereinkommen zu bestimmen. Es versteht sich von selbst, daß Frankreich immer den Maßnahmen, die es allein ergreift, Vorzug geben wird, die die Alliierten gemeinsam geprüft haben. Wir werden also

### die Wiederausbeutung der jetzigen Pfänder

für den Fall ins Auge fassen, daß wir, was ich für unmöglich halten möchte, in gewissen Augenblicken uns nicht über die notwendigen Garantien einigen könnten. Auch in dieser Frage scheint in Ihrer Unterredung mit den belgischen Ministern der Weg zu einer annehmbaren Lösung für unsere beiden Länder gegeben. Auch ich habe mit Theunis und Hymans eine andere Frage des längeren geprüft, nämlich die Frage der von der französisch-belgischen Regie-

verwalteten Eisenbahnen. Als die belgischen Minister diese Frage vor Ihnen angeschnitten haben, haben Sie bemerkt, daß diese Frage schon mit Severis und einem englischen Delegierten und einem deutschen Delegierten geprüft wurde und daß ein Einverständnis bald in Aussicht stehe. Auch Theunis und Hymans waren wie ich nicht der Ansicht, daß es das Beste wäre, die Sachverständigen eine praktische Lösung suchen zu lassen, die

### die finanzielle Einheit der deutschen Eisenbahnen,

wie sie im Sachverständigenbericht vorgelesen ist, vereinbaren könnte mit den Rechten, die uns nach Art. 10 der Rheinlandakte zustehen, und deren Sicherstellung die französisch-belgische Regie zum wesentlichen Gegenstand hat. Das ist eine sehr wichtige Frage, die ich gern mit Ihnen geregelt hätte, sobald die Sachverständigen ihre Vorschläge formuliert hätten. Auch hier scheint es mir, daß nichts die Regierungen Großbritanniens und Frankreichs entgegenkommen kann. Ich hätte mit Ihnen auch gern über das Sicherheitsproblem gesprochen, das heute einen wirklich ernsten Charakter trägt. Ich hätte mir gestattet, Ihnen in den nächsten Wochen Auskünfte zu übermitteln, die mir, sei es durch General Rollet, sei es durch General Degoutie, zugegangen waren. Es scheint nicht zweifelhaft, daß Deutschland beabsichtigt, die Bestimmungen des Versailler Vertrages zu verletzen, und daß es sein Kriegsmaterial und seine militärischen Formationen wiederherstellt.

Infolge der Umstände, auf die ich keineswegs die Absicht habe zurückzukommen, hat Frankreich, als über den Friedensvertrag von Versailles verhandelt wurde, nicht die Garantien erhalten, auf die es Anspruch hatte. Es wäre mir angenehm gewesen, mit Ihnen, dessen so aufrichtigen und entschlossenen positiven Geist ich kenne, das Mittel zu suchen, um in diesen wichtigen Fragen die Vorsichtsmahnahmen zu treffen, die nicht getroffen wurden, und deren Nichtvorhandensein dem Frieden der Welt an dem Tage verhängnisvoll werden könnte, an den die alliierte Heere die besetzten Gebiete räumen werden. Obgleich die Ereignisse es mir nicht gestattet werden, mit Ihnen diese verschiedenen Fragen zu prüfen, so lege ich Wert darauf, Ihnen herzlich für die Absicht zu danken, in der Sie sie behandeln wollten, und ich werde nicht verfehlen, der Regierung, die mir folgen wird, die so vertrauensvollen Eindrücke zu vermitteln, die Ihre Unterredung bei den belgischen Ministern hinterlassen hat."

Am gleichen Tage hatte Ramsay Macdonald ohne Kenntnis von dem Schreiben Poincarés an diesen einen Brief gerichtet, in dem er ebenfalls seinem Bedauern darüber Ausdruck gibt, daß die geplante Konferenz nicht stattfinden könne. Unter Hinweis auf die Notwendigkeit einer Einigung fragt Ramsay Macdonald sodann, ob es dem französischen parlamentarischen Gebrauch widersprechen würde, wenn er mit Poincaré trotz der Demission des Kabinetts die Besprechung fortsetzen würde.

Poincaré antwortete hierauf, daß einer Fortsetzung der Besprechung zwischen Ramsay Macdonald und ihm nichts im Wege stünde, da die Demission des Kabinetts erst am 1. Juni erfolgen würde.

In einem Schreiben vom 25. Mai gibt Macdonald seiner Befriedigung darüber Ausdruck, daß Poincaré mit den Absichten einverstanden sei, die er den belgischen Ministern zu erkennen gegeben habe. Im übrigen bezieht sich auch der weitere Briefwechsel auf die formale Frage der Verhandlungsfähigkeit der vor der Demission stehenden französischen Regierung.

### Ohne Aufrichtigkeit kein Frieden. Keine Manöver mit dem Gutachten.

London, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) In einem ausführlichen Leitartikel über den neuen deutschen Reichstag schreiben die „Times“, daß diese neu gewählte Körperschaft das künftige Schicksal Deutschlands vollkommen in ihrer Hand halte. Nach langen Jahren gegenseitiger Diskussionen und zahlreicher, meist schon im Keim erstickten Versuchen, eine Lösung zu erreichen, hätten die Alliierten nunmehr Deutschland ein Angebot gemacht, das ihm die Aussicht eröffne, von der über ihm hängenden Gefahr des finanziellen und wirtschaftlichen Ruins und der daraus folgenden politischen und sozialen Weiterungen befreit zu werden. Die Alliierten hätten Deutschland mit der herzlichen Zustimmung der Vereinigten Staaten den Dames-Bericht angeboten. Der neue Reichstag habe sich darüber zu entscheiden, ob dieser Vorschlag angenommen oder zurückgewiesen werde und habe im letzteren Falle die Verantwortung für die Folgen allein auf sich zu nehmen. Die intelligenten Deutschen aller Parteien seien sich darüber klar, was das bedeute. Der Zusammenbruch der Rentenmarkt, das Schwinden jeder Hoffnung auf eine Anleihe oder fremde Kredite, die Entfremdung des ganzen Auslands und der Vertritt des deutschen Staates seien einige der Folgen, die die Zurückweisung des Sachverständigenratens nach sich ziehen müsse. Sie seien unvermeidlich, unabwendbar und bedenklich. Es gäbe nur einen einzigen Weg, diese Folgen abzuwenden, und dieser eine Weg sei die sofortige und aufrichtige Annahme des Gutachtens. Dadurch würden die schrecklichsten Gefahren, die den deutschen Staat und das deutsche Volk bedrohen, zerstreut und Deutschland könne dann den stufenweisen Weg zum Wiederaufbau beschreiten. Die Annahme aber müsse durchaus aufrichtig sein und sich auf das ganze Gutachten beziehen, wie es gegenwärtig vorliegt, und es sei keine Gelegenheit vorhanden, daran herumzuerbessern.

### England erweitert das Wahlrecht.

London, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Am Mittwoch wurde im Unterhause bekanntgegeben, daß die Arbeiterregierung noch während der jetzigen Sitzungsperiode des Parlaments ein Gesetz einzubringen beabsichtigt, nach dem das gesetzliche Wahlalter für Frauen auf 21 Jahre festgesetzt wird. Das würde einer Erhöhung der gegenwärtigen Wählerzahl um 5,5 Millionen bedeuten und den Frauen überhaupt die Majorität über die Männer verleihen. Gegenwärtig können in England nur Frauen über 30 Jahre das aktive und passive Wahlrecht ausüben. Das neue Wahlgesetz wird ein großer Triumph der englischen Sozialisten sein, der durch eine Abmachung mit den Liberalen ermöglicht wird.

Die Körperkette Karl Marx' werden nicht zu Mostauer Paradezwecken mißbraucht werden, da der Enkel Marx', Genosse Longuet-Paris, die erforderliche Zustimmung zur Ergäumierung nicht erteilen wird.

### Die Militärkontrolle. Der Rechtsstreit mit der Entente.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Die Botschafterkonferenz hat sich am Mittwoch vormittag über den Text der Antwort auf die deutsche Note vom 1. April beiz. die Wiederaufnahme der Militärkontrolle geeinigt. Diese Antwort wird noch im Laufe des Abends dem hiesigen deutschen Botschafter übergeben. Nach den Mitteilungen der Pariser Blätter soll sie den von der deutschen Regierung vertretenen und vor allem auf den Art. 213 des fünften Standpunkt zurückweisen, wonach nach der nunmehr erfolgten Beendigung der Abrüstung ausschließlich der Völkerverbund das Recht habe, militärische Untersuchungen in Deutschland anzuordnen. Sie will weiterhin die bereits vor mehr als Jahresfrist erhobene Forderung nach einer

### umfassenden Enquete über den augenblicklichen Stand der deutschen Rüstungen

aufrechterhalten, die sich vor allem auf die folgenden fünf Punkte erstrecken soll: 1. Reorganisation der Polizei, 2. die Umwandlung der Rüstungsindustrie, 3. die Ablieferung des Kriegsmaterials, 4. die Befehlsgebung zur Verhütung der Ein- und Ausfuhr von Kriegsgeräten sowie die Vorschriften über die Reorganisation, Rekrutierung und Bewaffnung der Reichswehr, 5. Auslieferung der Dokumente über den Bestand von Kriegsgeräten zur Zeit des Waffenstillstandes und über die Produktion der deutschen Rüstungsindustrie während des Krieges.

Paris, 28. Mai. (Havas.) Die Antwort der Botschafterkonferenz auf die Anfang April überreichte deutsche Note betreffend die Wiederaufnahme der internationalen Militärkontrolle ist dem deutschen Botschafter von Hoersch heute abend zur Weitergabe an die deutsche Regierung überreicht worden.

### Sozialisten und Regierungsbildung.

Paris, 28. Mai. (Eigener Drahtbericht.) Der Sozialistische Kongress des Departements Cantal hat eine Entschliessung angenommen, die der sozialistischen Fraktion empfiehlt, 1. einer Koalition beizutreten, die eine aus den Parteien der Linken gebildete Regierung unterstützt, 2. den Eintritt von Sozialisten in die Regierung zu gestatten, vorausgesetzt, daß dies unter der Kontrolle der Partei geschieht und die Verteilung der Portefeuilles unter den Radikalen und Sozialisten beruht ist, daß den Sozialisten ein der Größe und der Bedeutung der Partei entsprechender Einfluß gesichert sei.

Die Entschliessung der Parteiorganisation im Departement Aube gibt der Erwartung Ausdruck, daß die Partei, falls sie es nicht für angebracht halten sollte, ein Ministerium der Linken durch die Teilnahme an der politischen Macht wirklich aktionsfähig zu machen, wenigstens durch ihre parlamentarische Unterstützung dazu beizutragen, ein Programm, das die Herstellung des Friedens und den Ausbau sozialer Reformen zum Ziele hat, der Verwirklichung entgegenzuführen.

# Gewerkschaftsbewegung

## Es geht auch mit dem Achtfundentag. In der amerikanischen Stahlindustrie.

Die im Laufe des Jahres 1923 in den meisten großen Stahlwerken Amerikas vorgenommene Verkürzung der bisher üblichen zehnstündigen Arbeitszeit zu einer achtfundentägigen, bzw. die Einführung des Dreischichtarbeitstages stellt das bedeutungsvollste und folgenreichste Ereignis in der Geschichte der amerikanischen Stahlindustrie dar. Der soeben veröffentlichte Jahresbericht der Bethlehem Steel Corporation und der des Stahltrusts läßt deutlich die Wirkungen erkennen, die diese scharfe Abkehr von den bisherigen Gepflogenheiten in der genannten Industrie ausgeübt hat, und nach dem Tone zu schließen, in dem diese Wandlung in den beiden Jahresberichten besprochen wird, scheinen die leitenden Geister der beiden Unternehmungen mit der Neuordnung der Dinge sich vollständig zufriedent zu haben. Es ist ihnen augenscheinlich ähnlich ergangen wie den amerikanischen Bahnverwaltungen, die anfänglich sich mit Händen und Füßen gegen die von staatlichen Bahntariffkommissionen und ähnlich gearteten Behörden ausgeübte Beaufsichtigung ihrer Verkehrspläne, Kartenberechnung usw. zur Wehr setzten, aber schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zur Einsicht gelangten, daß, was sie als eine schwere Bedrohung ihrer Interessen angesehen hatten, ihnen weit mehr zum Vorteile als zum Schaden gereichte.

Bei der Bethlehem Steel Company vollzog sich der Uebergang vom alten zum neuen System innerhalb der letzten sechs Monate des Jahres 1923, bei der United States Steel Corporation war die Einführung der Dreischichteneinweisung des Betriebs mit Ausnahme einer einzigen Anlage bis zum 1. Dezember eine vollendete Tatsache und wurde von dieser einen Fabrik im Laufe des Monats Februar durchgeführt. Es ist daraus ersichtlich, daß diese Umstellung der Stahlindustrie auf den in fast allen anderen wichtigen Industrien Amerikas üblichen Achtfundentag — nur in ganz wenigen Abteilungen wird länger, aber auch da nur höchstens zehn Stunden gearbeitet — in viel kürzerer Zeit erfolgte, als allgemeiner Annahme gemäß dazu nötig gewesen wäre. Der Wechsel vollzog sich ohne die befürchteten schweren Schädigungen der Industrie, ja beinahe ohne überhaupt gefühlt zu werden.

Der Bericht der Bethlehem Company erklärt diesbezüglich, daß das Aufgehen der Zwölftundenschieft zwar die Kosten der Herstellung von Stahl vergrößert habe, daß aber kein Zweifel darüber bestünde, daß die Änderung in sozialer wie in industrieller Hinsicht von den wichtigsten Folgen begleitet sein werde. Und im Berichte des Stahltrusts heißt es, daß die Verkürzung der Arbeitszeit um ein volles Drittel zu einer Erhöhung der Arbeitslöhne um 25 Prozent geführt habe, woraus vierzig Prozent der Kosten der Umwandlung zurückzuführen seien, und daß mehr als 17 000 neue Arbeiter eingestellt werden mußten, um den Verlust an Arbeitszeit auszugleichen, was sechzig Prozent der Kosten der Einführung des neuen Systems ausmachte (ohne daß aber auf die zweifelslos durch Verkürzung der Arbeitsstunden geschaffene höhere Leistungsfähigkeit der Arbeiter eingegangen würde); gleichzeitig hatte die Gesellschaft jedoch eines ihrer besten Jahre, hatte einen Geschäftsumsatz von mehr als anderthalb Milliarden Dollars, Bruttogewinne von beinahe 180 000 000 Dollar und Reingewinne von nahezu 130 000 000 Dollar, was einem Verdienst von fast 16,50 Dollar per Aktie entspricht gegenüber nur 2,24 Dollar im Jahre vorher.

## Zur Befoldungsneuregelung in Preußen.

Im Anschluß an die sensationell und kaum ruhigend wirkenden Erklärungen des preußischen Finanzministers zur Frage der Beamtenbefoldung, mit der das Reichsfinanzministerium Preußen völlig überläßt, und diese Unzufriedenheit in die Reihen der unteren und mittleren Beamten getragen hat, fand am Mittwochabend eine interfraktionelle Sitzung des Preußischen Landtags statt. Es handelt sich zunächst darum, sowohl in der Befoldungs- wie in der Dedungsfrage klaren Wein einzuschütten. Preußen befindet sich leider nimmer in einer Zwangslage und kann nicht umhin, die Befoldungsaufbesserung analog dem Vorgehen im Reich durchzuführen. In der Dedungsfrage besteht kein anderer Weg als eine Erhöhung der Haussteuer um 4 oder 5 Proz. — ebenfalls eine recht unangenehme Sache. Damit ist jedoch weder über die Art der Dedung noch über die unsoziale Art der Aufbesserung das letzte Wort gesprochen. Besonders gegen den zweiten Punkt wird die sozialdemokratische Fraktion des Landtags Front machen.

## Zum Streik in den Korbmachereien.

Dem Deutschen Holzarbeiterverband wird uns geschrieben: In den Korbmachereien Berlins bestehen bedauerliche Lohn- und Arbeitsverhältnisse, ja die Arbeitnehmer können als die schlechtest entlohnte Gruppe des Holzgewerbes angesehen werden. Durch Heimarbeit sind sie im allgemeinen gezwungen, ihre bedauerlichen Wirtschaftslage zu heben. In diesem Gewerbe herrscht ein Kleinrentierertum, das sich auch Arbeitgeber nennt und sich zur Aufgabe gemacht hat, das deutsche Wirtschaftsleben durch Ausbeutung der Arbeitszeit in Gang zu bringen. Ein Antrag auf Verbesserung der Löhne wurde mit der Forderung Verlängerung der Arbeitszeit auf 52 Stunden beantwortet. Als dieses Ansuchen von Arbeitnehmerseite selbstverständlich abgelehnt wurde, nahmen die Herrschaften einen Lohnabbau von 10 Proz. vor. Die Antwort auf diese Provokation war die einmütige Arbeitseinstellung in der Branche. Es gelang durch Verhandlungen, in vier maßgebenden Betrieben eine Verständigung zu erzielen, wogegen von den Kleinrentierern jede Verständigung abgelehnt wurde. Fast alle Korbmachereien unterhalten neben ihrer Werkstatt offene Laden- oder Kellergeschäfte, in denen sie die unter fargen Lohnverhältnissen hergestellten Fertigfabrikate feilhalten. Das laufende Publikum Berlins sei hiermit darauf hingewiesen, daß die nachfolgenden Korbmacherbetriebe und -geschäfte besetzt werden und als gesperrt gelten: Borenz, Rerfseburger Str. 3; Seefeld, Driemstr. 117; Vesdau, Schönstedtstraße 13 (Reulten); Breitshneider, Friedrichsberger Str. 11; Franke, Waldemarstr. 18; Schirmwagen, Remeler Str. 2; Kiehl, Gneisenaustr. 16; Kühn, Köpenicker Str. 98; Borchert, Rathäuserstr. 1; Müller, Marbusstr. 42; Knoblauch, Greifswalder Str. 160; Schmidt, Bornholmer Str. 8; Raumann, Anklamer Str.; Heinemann, Alexandrinenstr. 95; Chaper, Friedenau, Kaiser-Allee 98; Starke, Wilhelmstr. 122. Die im Kampf Stehenden bitten, daß jeder seinen Bedarf von den Firmen deckt, welche an den Differenzen nicht beteiligt sind. Um die im Kampf um ihre Existenz ringenden

Korbmacher zu unterstützen, werden arbeiterfreundliche Blätter um Abdruck vorstehender Zeilen gebeten. Zugang von Korbmachern nach Berlin ist streng fernzuhalten.

## Tarifabschluß für Bau- und Möbelschlosser.

Die Branchenversammlung der Bau-, Schlosser- und Möbelschlosser am Montag beschloß sich nach einem von Fuchs gegebenen Bericht mit dem letzten Schiedsspruch über den Manteltarif, betreffend die Arbeitszeit und die Ferienfrage. Die Arbeitszeit soll wie bisher wöchentlich 48 Stunden betragen, doch steht der Schiedsspruch vor, daß in dringenden Fällen nach Anhörung der Betriebsvertretung eine Ueberlunde angeordnet werden kann. Jede weitere Verlängerung der Arbeitszeit bedarf der Zustimmung des Betriebsrates. Die

## Es muß weitergesammelt werden Wie auch der Beschluß der Bergarbeiter lautet, das Elend in den Hütten der ausgeperrten Ruhrbergarbeiter ist riesengroß. Deshalb gebe jeder für die Bergarbeiterhilfe!

Ferriendauer für die Arbeitnehmer, die 6, 9 und 12 Monate im Betriebe beschäftigt sind, bleibt die alte. Eine Kürzung des Urlaubs um einen Tag soll nur bei den 2 bis 6 Jahre Beschäftigten eintreten. Bei den 10 und mehr Jahre Beschäftigten bleibt es dann wieder bei der bisherigen Urlaubsdauer. Der § 11 des Manteltarifs, der die Bestimmungen über die partielle Schlichtungskommission enthält, den die Arbeitgeber zu ihren Gunsten geändert wissen wollten, bleibt in der alten Fassung bestehen. Die Dauer des Vertrages geht bis zum 30. September d. J.

In der Diskussion wurde scharfe Kritik an dem Schiedsspruch geübt. Die Branchenversammlung lehnte schließlich den Spruch ab, beschloß aber, in den Betrieben eine Urabstimmung vorzunehmen. Diese hat die Annahme des Spruches und damit des neuen Manteltarifs mit knapper Mehrheit ergeben. Das Abstimmungsresultat kann am Freitag und Sonnabend bis 5 Uhr im Zimmer 1 des Metallarbeiterverbandshauses eingesehen werden.

## Der Bauanschlägerstreik geht weiter.

Nach dem Scheitern der freien Verhandlungen hatten die Arbeitgeber des Schupverbandes der Schlichter den Schlichtungsausschuss angerufen und diesen um eine Entscheidung in dem seit 8 Wochen bestehenden Lohnstreit ersucht. In den Verhandlungen verlangten die Unternehmer die Beibehaltung des bisherigen Lohnes von 80 Pf. die Stunde, während die Arbeitervertreter die Erhöhung auf 1,10 M. beantragten. Ein Spruch der Schlichtungskammer brachte dann die Festsetzung des Lohnes auf 95 Pf. einschließlich der Werkzeug- und Fernabgabe und eine Heraushebung der Akkordhöhe des Jahres 1912 um 15 Proz., obwohl 40 Proz. gefordert waren.

In einer gestern abgehaltenen Streikerversammlung der Bauanschläger teilte Fuchs vom Metallarbeiterverband zum Spruch noch mit, daß die Arbeitgeber die genannten Löhne als höchst 1,5 hne ansehen, die in keinem Falle überschritten werden dürften. Die Mehrzahl der Diskussionsredner stand auf dem Standpunkt, daß unter diesen Umständen der Schiedsspruch abzulehnen sei. In der Abstimmung wurde denn auch mit überwiegender Mehrheit so beschlossen. Unter den Anwesenden herrschte Einmütigkeit darüber, daß sich der Widerstand der Schupverbandunternehmer weniger gegen die Forderungen der Streikenden, als vielmehr gegen die Baufirmen richtet, die Anschlägerarbeiten in eigener Regie ausführen und durchaus bereit sind, höhere Löhne zu zahlen. Es wird von den streikenden Bauanschlägern nunmehr den Firmen ein Lockverbot zur Unterschrift vorgelagert werden und bei den Firmen, die den Vertrag anerkennen, die Arbeit aufgenommen werden. Die Anschläger sehen nicht ein, warum sie den Schupverband in seinem Vorgehen gegen die Baufirmen unterstützen sollen. Die Streikenden haben erkannt, daß sich dieser Kampf um den Profit auf dem Rücken der Arbeiter abspielt.

## Versammlung der Angestellten im Einzelhandel.

In einer gestern von der Freien Angestellten-Gewerkschaft in Havelands Festhallen abgehaltenen öffentlichen Versammlung referierte Fritz Schmidt. Er schilderte Wesen und Wirken besonders der bürgerlichen Angestelltenverbände in der Zeit vor dem Kriege, um dann in bezug auf die heutigen wirtschaftlichen Verhältnisse die Aufgaben der Gewerkschaften als Interessensvertretung der Angestellten darzulegen. Jetzt sei für die Arbeitnehmer der Zeitpunkt gekommen, um mitbestimmend in die wirtschaftlichen Ergebnisse einzugreifen. Der Redner ging dann auf den von seiner Angestellten-Gewerkschaft geführten Warenhausstreik ein und zog gegen den Zentralverband der Angestellten und auch gegen den Verkehrsband zu Felde, als ob diese den Widerstand der Lokalorganisationen verschuldeten. Wenn es am Schluß der Ausführungen hieß, daß es das Vertrauen der Angestellten wiederzuerlangen gelte, so waren diese Ausführungen keineswegs dazu angehen.

In der Diskussion setzte sich Gottfurcht, Vorsitzender der Ortsgruppe Berlin des Zentralverbandes der Angestellten, in längeren Ausführungen mit Schmidt auseinander. An der hand stichhaltigen Materials wies er die gegen den JdL. erhobenen Anschuldigungen zurück. Einwandfrei konnte auch die Stellungnahme des JdL. beim letzten verlorenen Streik im Einzelhandel nachgewiesen werden. Der Redner schloß mit der Hoffnung, daß der Zentralverband der Angestellten trotz aller gegenteiligen Bestrebungen als die zuständige Organisation von der Angestelltenbewegung anerkannt werde. Alsdann kamen Vertreter des Verkehrsbandes zu Worte, die es energisch zurückwiesen, bei den letzten Umständen Streitarbeit verriecht zu haben.

Die sehr gewerkschaftliche Quertreiberei, wie die der Freien Angestellten-Gewerkschaft, der Sache der Arbeitnehmer schaden, bemerkt der ganze Verlauf der Versammlung. Es war nicht einmal möglich, die Versammlung geordnet zu Ende zu führen, weil viele Teilnehmer, angewidert durch die gegenseitigen persönlichen Angriffe, vorzeitig den Versammlungsort verlassen hatten. Dies sollte allen, denen das Wohl und Wehe der Arbeitnehmer am Herzen liegt, eine ernste Mahnung sein, die gewerkschaftliche Einheit wieder herbeizuführen.

## Produktionsabschottung ist die Unternehmerparasite.

Der Streik um den Schiedsspruch beherrscht zurzeit auch die Textilindustrie im Münsterland. Für den Bezirk Westfalen hat kürzlich ein Schiedsspruch die Löhne der Hilfsarbeiter von 33 auf 38 und die Löhne der Weber von 38 auf 44 Pfennig für die Stunde erhöht. Die Arbeitgeber haben diesen Schiedsspruch

abgelehnt, die Gewerkschaften seine Verbindlichkeit beantragt. Diefem Antrage ist stattgegeben worden, da die Lohnhöhe zwar schwer belastend, aber nicht untragbar für die Betriebe sei und die Lohnstufen sich denen der benachbarten Industrien gut anpaßten. Daraufhin hat der Arbeitgeberverband die Kündigung zum 31. Mai ausgesprochen, von der etwa 30 000 Textilarbeiter in 200 Betrieben betroffen werden.

Es ist zu erwarten, daß den Textilfabrikanten, die nicht genug verdienen können und der Ansicht zu sein scheinen, die Weber seien das Hungern gewohnt, also brauchten sie sich nicht sattessen, die Bestimmungen über die Stilllegung der Betriebe mit dem nötigen Nachdruck in Erinnerung gerufen werden. Das Vorgehen der Unternehmer, einfach die Arbeiter auszusperrten oder zu entlassen, wenn nicht alles nach Wunsch geht, ist besonders bezeichnend für die Leute, die fortgesetzt klagen, daß nicht genügend gearbeitet wird.

## Die Arbeitsverhältnisse in Indien.

(S. 8.) Kürzlich kam im britischen Parlament die Frage der Arbeitsbedingungen in Indien zur Sprache. Ein Arbeitermitglied unterbreitete bei dieser Gelegenheit einen Antrag, in dem gesagt wird, das Problem der Arbeitsverhältnisse und Löhne sei in Indien von so großer Bedeutung, daß eine Vertretung der Arbeiter und Bauern sowohl in der indischen Nationalversammlung als auch in den verschiedenen gesetzgebenden Körperschaften in den Provinzen erforderlich sei. Der Antragsteller erwähnte gleichzeitig, die Zahl der Arbeitsunfälle stelle sich in Indien auf 14 pro eine Million Tonnen gefördert Material, gegen 5,10 in Großbritannien. Dies zeige, unter welch traurigen Verhältnissen Männer, Frauen und Kinder (unter 12 Jahren) in den indischen Bergwerken arbeiten. Die Antwort des Unterstaatssekretärs für Indien lautete dahin, daß die Regierung der Verbesserung der Arbeitsbedingungen in Indien sehr sympathisch gegenüberstehe. Die Oberhoheit über die Bergwerksindustrie sei jedoch in Ausführung des Montagu-Chelmsford-Planes von der Zentralgewalt an die Provinzbehörden übertragen worden. Der Sekretär erhalte daher keine Berichte und könne deshalb in dieser Sache auch keine Instruktionen erteilen. Er stellte gleichzeitig fest, daß nur 12 Proz. der Einwohner auf industriellen Gebiet beschäftigt seien und nur 2 Proz. in der Bergbauindustrie. Der Lebensstandard in Indien könne nicht erheblich erhöht werden, bevor auf dem Geldmarkt mehr Kapital zur Verfügung gestellt werde. In vielen Gegenden ist der Lebensstandard so niedrig, daß die Leute in die Fabriken getrieben werden. Der Arbeiter in Bombay ist z. B. 17 Proz. besser bezahlt als im Jahre 1914, selbst wenn die Erhöhung der Lebensunterhaltskosten in Erwägung gezogen wird. Die Arbeitsbedingungen werden vom Internationalen Arbeitsamt in Genf mehr oder weniger kontrolliert und Indien hat mehr Konventionen ratifiziert als viele andere Länder. So sei z. B. die Washingtoner Konvention ratifiziert worden, ferner sind im Jahre 1922/23 neue Fabrik- und Bergwerbsgesetze angenommen worden. Zurzeit befaßt sich die Regierung mit einem Gesetz betr. die Abschaffung der Frauen- und Kinderarbeit in Bergwerken. Man hofft, den diesbezüglichen Verhandlungen zufolge, daß dieses Ziel in 5 Jahren erreicht sein wird.

**Achtung, Holzarbeiter!** Die Arbeiterschaft der Firma Hinz & Co., Mariendorfer, Kantwiler Str. 11, Bureaumöbelfabrik, steht seit Wochen im Kampf um Erhaltung menschenwürdiger Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Firma läßt das Werk ganz unnötigerweise durch Polizei schänden und logar die Möbeltransportführer von Polizeibeamten begleiten. Diese Maßnahmen können die Streikenden in dem ihnen aufgezwungenen Kampf nicht wartend machen. Der Betrieb ist gesperrt. Deutscher Holzarbeiterverband.

**Achtung! B. M. U. G. Scheringstraße.** Arbeitsaufnahme Streikleitung.

Die Pariser Hotelkette streiken seit 14 Tagen, um ihre Forderungen auf Lohnhöhe und Abschluß eines Tarifvertrages durchzusetzen. Der Arbeitsminister hat jetzt eine Vermittlung eingeleitet.

**Zentralverband der Angestellten, Funktionäre und Vertrauensleute der Holzgruppe Gewerbe, Sektion Wirtschaftliche Angestellte** Freitag nachmittags 7 Uhr im Verbandsbureau, Felle-Wallstr. 7-10 Funktionärerversammlung. Thema: Richtlinien für die Umgruppierung.

**Verband der Buchbinder und Kopiermaschinen-Beschäftigten, Ortsorganisation Berlin.** Gelanteriearbeiter: Freitag nachmittags 5 Uhr Vertrauensmännerversammlung gemeinsam mit dem Getriebenerband im Gewerkschaftshaus, Engelwerder 24, Saal 3. Die Vertrauensleute werden ersucht, pünktlich zu erscheinen. Die Vorstandslitung: S. Wetts.

## Aus der Partei.

### Wahltag in Steiermark.

Am Sonntag wurden in ganz Steiermark die Gemeindevertretungen neu gewählt. Die Christlichsozialen hatten sich mit den Großdeutschen in den meisten Städten zu einer Einheitsliste gegen die Sozialdemokratie zusammengeschlossen. Dennoch wurde der bürgerliche Block geschlagen. Das Ergebnis des Wahlkampfes, der mit außerordentlicher Heftigkeit geführt wurde, ist nun dies: In Graz, der Hauptstadt Steiermarks, hat die Sozialdemokratie außer ihren bisherigen 20 Mandaten noch zwei erobert. In vielen anderen Gemeinden hat die Partei erhebliche Gewinne zu verzeichnen. Selbst in dem heizumstrittenen Bruck an der Mur konnte die Partei trotz Arbeitslosigkeit und Einheitsliste glänzend behauptet werden. In einigen Orten hat die Sozialdemokratie sogar die Zweidrittelmehrheit gewonnen. Eine weitere Illustration dafür, wie machtvoll unsere Bewegung vorwärts schreitet, wenn sie nicht durch kommunistische Desorganisation und Indifferenz gehemmt wird.

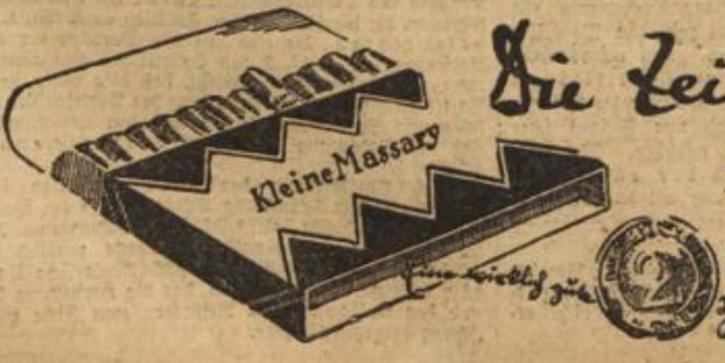
**Wetterbericht für Berlin und Umgegend.** Jemlich warm, trocken und bleisch heiter, bei schwachen östlichen Winden. — Für Deutschland: Im Norden größtenteils heiter; in Süddeutschland meist bewölkt, überall ziemlich warm.

**Verantwortlich für Politik:** Graf Reuter; **Wirtschaft:** Ernst Guterus; **Gewerkschaftsbewegung:** Fritz Kabisch; **Redaktion:** Dr. John Schilowski, Lokales und Sonstiges: Fritz Kabisch; **Anzeigen:** Th. Giese; **Amlich in Berlin:** Verlag: Kommanditgesellschaft G. m. b. H., Berlin, Dend: Kommanditgesellschaft und Verlagshaus Carl Singer u. Co., Berlin S. O., Emdenstraße 2, Platz drei Belgien und „Frauenstimme“.



*Jagen jeden Mückenstich  
spürt allein nur  
„Mückenpol“ die!*  
Zu haben in allen Drogerien  
und einschlägigen Geschäften.  
M-TIKWINSKI BERLIN W-9.

**Sophien-Säle** Telephone: Norden 9296  
Säle frei! **Sophienstr. 18**



# Die Zeit fordert Einschränkung!

Sparsamkeit ehrt auch den vornehmen Mann.  
Sparen heißt nicht entbehren! Wer die  
**Kleine Massary** raucht, spart und  
genießt zugleich  
Urteilen Sie selbst!

# Die Gewässer Berlins.

Der zweite der drei Flüsse, die das Gebiet von Berlin durchfließen, ist die Dahme. Sie ist der wichtigste Nebenfluß der Spree. Auf beträchtlichen Strecken ihres Laufes ist sie schiffbar, und mehrere Nebengewässer nimmt sie auf, die ebenfalls schiffbar sind. Auch fließt die Dahme in engster Verbindung mit zahlreichen Seen südlich der Reichshauptstadt.

## Das Dahmefließ.

Die Dahme hat ihren Ursprung nicht außerhalb der Landes- oder gar der Reichsgrenze wie die Spree, sie ist vielmehr ein Kind der Mark Brandenburg, bis auf ein Quellflüßchen, das in der benachbarten Provinz Sachsen seinen Ursprung hat. Zwei Quellbäche hat die Dahme; sie vereinigen sich eine kurze Strecke unterhalb der Stadt Dahme zu dem Dahmefließ, das als bescheidenes Wasserchen dahinfließt. Die Stadt besteht bereits seit 1265, ihre Stadtmauer enthält vielfach Kalkstein im Gemäuer. In einem anfangs gegen Ost gerichteten Bogen geht der Lauf des Fließes dann nach Nord; diese Richtung behält die Dahme bis zu ihrer Mündung bei. In der Nähe der Stadt Golßen kommt sie in den Bereich des Stogau-Baruther Urstromtals, in dem weiter östlich auch die Spree fließt, und in dessen Zug sich der Spreemünd erstreckt. Bis dahin hielt sich die Dahme auf dem Höhenzug, der den südlichen Teil der Mark Brandenburg durchzieht. Dieser Höhenzug gehört zu der Bodenerhebung, die sich von Groß-Glogau an der Ober bis Burg unweit Magdeburg an der Elbe verfolgen läßt. Die Dahme scheidet den Höhenzug in einen östlichen und einen westlichen Teil, den Lausitzer Grenzwall und den Fläming. Der Grenzwall trennt die Niederlausitz von der Oberlausitz, die ursprüngliche Markgrafschaft Niederlausitz von dem Land Budzischin (Baupen). Der Fläming besitzt in seinem westlichen Teil, dem hohen Fläming, seine höchsten Erhebungen. Nach Osten zu fällt er allmählich ab, er wird zum niederen Fläming, der sich bis zur Dahme hinzieht. Der Fläming führt seinen Namen von den Kossaken, die in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts aus den Niederlanden (Fländern) berufen wurden, um das durch die gegen die Wenden geführten Kriege entvölkerte Land wieder aufzubauen. Bei dem Dorf Staakow erreicht die Dahme den Nordrand des Urstromtals. Von hier bildet sie etwa 10 Kilometer lang die Grenze der Regierungsbezirke Frankfurt a. d. Oder und Potsdam, bis kurz vor Wendisch-Buchholz. Dieses Städtchen wird bereits 1346 erwähnt. Es hat seinen vollen Namen behelbhalten, während das ehemalige Dorf Französisch-Buchholz den seinen in Berlin-Buchholz umgewandelt hat. Von Wendisch-Buchholz bis Prieros ist der Lauf der Dahme teilweise begrabigt worden; er wird hier von dem vom Unterspreewald kommenden Umflutkanal benutzt.

## Die Seengebiete der Dahme.

Kurz vor Prieros durchfließt die Dahme den schiffreichen Streganzsee; von hier an ist sie schiffbar. Bald ist Prieros erreicht. Hier münden von links die Teupitzer Gewässer, eine langgestreckte Kette von Seen, die durch schiffbare Gräben miteinander verbunden sind. Im Teupitzer See, an dessen Ufer das zweitkleinste Städtchen der Mark, Teupitz, liegt, nimmt sie ihren Ausgang. Darauf folgt der Jemminsee und der Schulzensee, an den sich der Große und der Kleine Modersee anschließen mit Groß-Körbis auf dem Westufer. Dann erreicht die Seenteile das ausgedehnte Waldgebiet der Oberförsterei Königswusterhausen und Hammer. Der Klein-Körbissee mit Klein-Körbis bildet die Eingangsporte; der Hölznersee und Schmöldesee schließen sich daran. Auf ihrem Westufer liegt die Dubrow, das weite Eichentwiew, das einst die umfangreichste Reiherkolonie der Mark Brandenburg beherbergte. Der Schmöldesee ist das letzte Glied in der Seenteile der Teupitzer Gewässer. Etwas unterhalb von Prieros münden rechts die Storkower Gewässer in die Dahme. Auch sie bestehen aus einer Kette von Seen mit schiffbaren Verbindungen dazwischen. Die größten Seen der Mark gehören zu ihnen. Den Ursprung bildet der Schärmühssee, das „brandenburgische Meer“ Fontanes; auch der Storkower See mit der alten feste Storkow ist ein Glied in dieser Kette, und dann der riesige Wolziger See. Den Schluß bildet der Ränge See, dessen Wasser unmittelbar in die Dahme fließen. Nachdem die Dahme den Dolgensee verlassen hat, führt ihr Lauf in schmaler Rinne bis Cablow. (Siehe Abbildung.) Hier beginnt eine neue Seenteile; der Krüppelsee und der Krimmalsee führen an der Senziger Fingellei und dem Königswusterhäuser Tiergarten vorbei bis Neue Mühle. Von Süden her, aus dem Päger See, dem

Lobnitz und dem Zeesener See, mündet bei Neue Mühle eine weitere Seenteile in die Dahme. Etwas westlich von Neue Mühle liegt Königswusterhausen, wohl schon eine alte wendische Niederlassung, das bis vor etwa 200 Jahren Wendisch-Wusterhausen hieß.

## Die Wendische Spree.

Bald hinter Neue Mühle kommt von links der Rottelkanal zur Dahme. Mit seinen Redentkanälen, dem Jilow-Kanal und dem Gollmer Kanal, stellt er die Wasserstraßenverbindung her zu dem an Ziegeleien reichen Gebiet von Mittenwalde, Zossen, Sperenberg und Töpchin. Auch an den Ufern der Dahme selbst finden wir hier industrielle Anlagen; so liegen auf dem rechten Ufer, bei Niederlehme, große Kalksandsteinwerke, auf dem linken Ufer, bei Wildau, ausge-



Die Dahme bei Cablow.

dehnte Fabrikanlagen. Hier sehen wir auch die Masten der Großfunkstation Königswusterhausen. Nun erweitert sich der Fluß und bildet mehrere Seen, so den Zeehener See, der sich bis Schmödewitz erstreckt, und dann den Bangen See, der sich bis Grünau hinzieht. Der Lauf der Dahme von Neue Mühle bis zur Mündung führt auch noch den Namen „Wendische Spree“. Der Seereichtum der Dahme und ihrer Nebengewässer bietet reiche Gelegenheit zur Ausübung des Wassersports. In schönen Tagen besetzen denn auch zahlreiche Ruder- und Segelboote die Wasseroberfläche. Dampfer bringen große Scharen von Ausflüglern aus der Reichshauptstadt. Im Sommer werden die Uferstreifen, soweit sie geeignet sind, als Badestrand benutzt; im Winter tummeln sich die Eisläufer auf der spiegelglatten Fläche — vorausgesetzt, daß der Winter streng genug ist, worüber wir uns in diesem Jahr ja nicht beklagen können. Der Dahme ist der Durchbruch vom Stogau-Baruther Urstromtal zum nördlich gelegenen Barzschau-Berliner Tal gelungen; zahlreiche Versuche östlich und westlich von ihr, deren Spuren sich noch in den Nebenrinnen erkennen lassen, mißlungen. Mit dem Zeehener See erreicht die Dahme das Stadtgebiet von Berlin. Von rechts mündet der Große Zug, der mit dem Crotzensee und dem Bernsdorfer See an Gosen und Neu-Zittau vorüber in Verbindung mit der Spree tritt. Beide Dörfer sind Kolonistenbesiedlungen, die um die Mitte des 18. Jahrhunderts angelegt wurden. Bei Schmödewitz zweigt der Seddiner ab, er ist ebenfalls mit der Spree verbunden. Im Seddinersee beginnt der Oder-Spreekanal, der die Verbindung mit der Oder herstellt. Eine weit nach Norden sich erstreckende Lucht der Dahme ist die Große Krampe mit dem Dörschen Rüggeheim am Nordende. In ihren Fluten fand Curt Grottelwig, der Naturfreund und Arbeiterwanderer, am 16. Juli 1905 beim Baden den Tod; auf dem stillen Friedhof von Rüggeheim ist seine letzte Ruhestatt.

Berufung im Raehne-Prozess gegen die Berliner Presse. Gegen das Urteil des Schöffengerichts Werder haben beide Parteien Berufung eingelegt. Bekanntlich waren einige Redaktoren von Berliner führenden Zeitungen zu Gefängnis wegen Beleidigung des Herrn v. Raehne sen. verurteilt. Der neue Termin findet am 12. Juni vor der Strafkammer in Potsdam statt.

## Der Tote von Mahlsdorf.

### Wieder ein Opfer nationalistischer Verheerung.

Gewalt ist Trumpf. Mord lauert an jeder Ecke, verachtet kein Alter. Politik ist zur Angelegenheit von Mensch und Tier geworden. Bubenhände vollstrecken Todesurteile. Eine stille Verwilderung ohnegleichen zehrt an der Volksmoral. Der Baum der Jugend ist wurmfressig. Der Wind ist, erntet Sturm. „Vier Jahre politischer Mord“ schreit Gumbel seine Anklage gegen die nationalen Mörder. Mord an wehrlosen Arbeitern, Mord an führenden politischen Persönlichkeiten, Massenmorde, Einzelmorde. Das Kriegsmorden lebt weiter in der Seele des Bürgers. Entschulte Energien suchen Auslösung, brodeln unter der Hülle und brechen durch. Menschenfeindliche Hebe auf Volksgenossen trägt blutige Früchte. Leidenschaftliche Jugend, geführt von Haß, verirrt sich in Verbrechen.

Der Mord von Mahlsdorf stellt alles bisher Geschehene in den Schatten. Ein vierzehnjähriger Junge, ein halbes Kind noch, wird von einem Neunzehnjährigen in den Wald verschleppt und — bei verbundenen Augen — von hinten erschossen. Gemeinliche Bestimmung unterschleibt die Tat politischen Gegnern: der Faschistenjüngling heftet an den noch warmen Körper des unschuldig hingemordeten Knaben einen Zettel: „Tod den Faschisten“. Freigeist erkennt die Unterschrift: „KPD-Exekutive“, trivialer Zynismus triumphiert: „Erledigt am 28. Mai 1924“. Man wäre versucht anzunehmen: ein Defektgeschmörkel steckt dahinter, ein Kinospiel, krankhafte Ausschweifung einer verirrten Jugendphantasie. — Man erinnert sich an den „Unheimlichen“ v. Rheine in Westfalen, der einen sechzehnjährigen Lehrling am lebendigen Leibe begraben hat und dessen abgehackte Hand dem Vater zugesandt hat, um Geld aus dem Verbrechen zu schlagen. Da sind die Spuren der Schandliteratur klar ersichtlich. Die grauenhafte Tat von Mahlsdorf führt wo anders hin. — Sie führt nach Paris, sie führt nach der Tegeler Forst, sie führt zu den Deutschösterreichern, zu Korbach und Ehrhard, zu den Rathenau- und Eisner-Mördern, zu Thormann und Dr. Grandel. Deutschland, das Land der Dichter und Denker, ist auf dem Wege, zum klassischen Lande des politischen Mordes zu werden. Die jahrzehntelange systematische betriebene Militarisation der Hirne und der Herzen hat einen Teil des deutschen Volkes und der deutschen Jugend jeden Rufes für stitische Werte verlustig gemacht.

Der mutmaßliche Mörder soll früher ein eifriger Anhänger der kommunistischen Partei gewesen sein, ist bereits wegen Urkundenfälschung und Betrug verurteilt, soll jetzt einem deutschnationalen Jugendbund angehören. Ob das stimmt, wird sich noch zeigen. Doch nicht darauf allein kommt es an, wer der Mörder war, zu welcher Partei er gehörte. Der Mörder wird seine Strafe erhalten, er ist letzten Endes auch Opfer der Zeit, des Hasses, der in die Seele der Jugend durch die Erwachsenen gesetzt wird. Sie allein trifft die Verantwortung. Worauf es ankommt, ist dieses: Die Jugend aller Bünde, aller Weltanschauungen, muß wie ein Mann sich gegen die menschenmordende nationalistische Hebe in ihren Kreisen erheben. Der Ruf muß erschallen:

Jugend heraus!

### Der Abbau geht weiter!

Der Magistrat hat, wie sein Hochrechnungsamt meldet, am 28. Mai beschlossen, folgende Kategorien abzubauen: 1. Alle nichtständig Angestellten, für die geeigneter Ersatz durch Beamte oder Festangestellte vorhanden, soweit sie nach den Bestimmungen abbaufähig sind; 2. Im wesentlichen alle im Bürodienst im weitesten Sinne stehenden, die über 60 Jahre alt sind. Weiter genehmigt er über den bis zum 14. Februar erfolgten Abbau hinaus den weiteren Abbau von 916 Beamten, 468 Festangestellten, 720 nichtständig Angestellten in Dauerstellung und 273 nichtständig Angestellten in vorübergehenden Stellen.

Zusammenstoß zwischen Auto und Radler. In der Kreuzung Unter den Eichen und Lichterfelder Chaussee in Steglitz stießen ein Privatkraftwagen und der 45 Jahre alte Maler Hugo Leuschner, der auf einem Zweirad saß, derart zusammen, daß L. stirnte und einen Bruch des rechten Unterschenkels davontrug. Er wurde nach dem Lichterfelder Kreisrennenhaus geschafft.

# Die Flüchtlinge.

Roman von Johannes Cinnankostl.

Ramentlich zu dieser und den Zeiten in Dumitangas. Bald gruben sie zusammen die Ackerbeete länger, bald arbeiteten sie sonst etwas.

Wie wenn Maija hin und wieder heimlich nach ihm geschickt und genickt hätte: „Was gehen dich die Hofbesizersöhner an, laß uns nur hier arbeiten — du siehst doch, daß wir uns hier bald ein Gehört geschaffen haben!“

Wie wenn er selber wieder genickt hätte, ebenfalls heimlich: „Gewiß sehe ich es, gewiß sehe ich es — laß uns nur arbeiten!“

Da aber, gerade vor der Mittagszeit, wachte er gleichsam auf, und sein sorgender Lavastengeist begann sich wieder zu regen. Er bemerkte, daß doch noch nicht alles erledigt war — dort für Lavastand.

„Es ist vielleicht doch unnötig,“ dachte er. „Karolina wird es auch ohne das verstehen.“

Doch besann er sich anders.

„Es ist nicht einerlei, es muß doch geschehen,“ beschloß er und wollte Hella hereinrufen lassen.

„Vielleicht danke ich es immerhin erst fertig,“ meinte er bei sich und begann zu überlegen.

Als er aber da lag und sann, wurde alles so lebendig, wie wenn Hella schon bei ihm gewesen wäre und sie angefangen hätten.

„Wir wollen einen kleinen Brief nach Lavastand an Karolina schreiben,“ sagte er bei sich zu dem Mädchen.

Es war, als hätten sich ihre Lippen zu einem breiten Lächeln verzogen, als sie den Namen Lavastand ausgesprochen hätte, und wie wenn sie mit der Feder zwischen den Fingern eifrig Anstalten getroffen hätte.

„Wir wollen so schreiben: Ich konnte dir nicht früher Nachricht schicken. Aber jetzt ist besser Zeit. Du hast freilich recht gehabt, Schwester. Aber es ist doch zum Guten ausgefallen.“

Er schwieg und überlegte weiter.

Doch er glaubte zu bemerken, wie ihn das Mädchen mit vermurdeten Augen ansah und dann fragte: „Wird sie denn hieraus verstehen...?“

„Sie versteht es schon — die Schwester,“ erwiderte Luisea

in solchem Ton, daß auch das Mädchen sofort einsah: so ist es ja, Schwester und Bruder verstehen sich doch immer.

„Schreiben wir dann so,“ fuhr Luisea wieder in seinen Gedanken fort: „Wir ist Maijas Grab eingefallen. Nächste du wohl hingehen und nachsehen, ob das Kreuz nicht umgefallen ist, und dann ein wenig säubern, falls trodene Zweige von der Spitze heruntergefallen sind oder Unkraut darauf gewachsen ist.“

Er sah den Friedhof vor sich — mit den Espen, Birken und Weiden, den weißen und schwarzen Kreuzen. Uppiger als alle anderen stand die große Eiche in der Ecke, und Maijas weißes Kreuz blinkte so schön unter den belaubten Zweigen hervor.

Aber plötzlich fiel ihm etwas schwer aufs Herz — er erinnerte sich, daß er sich dieser Ecke einmal gleichsam geschämt hatte. Doch dies Gefühl ging bald vorüber. „Karolina wird es schon machen,“ dachte er.

Im nächsten Augenblick entsann er sich nicht mehr, daß je so etwas geschehen war. Er sah nur das Kreuz unter den Zweigen herabdunkeln. Dann hörte er ein leises Klängen — das zarte Wispern der Birken und Weiden und das lautere Rascheln des Espenlaubes vereinigten sich zu Tönen. Ihm wurde so sonderbar warm und feierlich zumute, daß er sich umfah, wohin er sich sehen sollte, um den Klängen länger zuhören zu können.

Doch zugleich fühlte er, als habe ihn Hella am Hemdärmel berührt: „Was soll ich dann schreiben?“

„Ach, ich habe ja den Brief ganz vergessen! — Nun nur noch dies: Dimal weiter nichts. Ich wollte dir nur mitteilen, daß ich an euch gedacht habe. — Sek aber noch das Datum.“

Das Mädchen beugte sich wieder zum Schreiben nieder. „Daraus versteht sie es, wenn sie hört, daß es gerade kurz vorher gewesen ist,“ dachte er.

Der Brief war nun fertig. Doch dachte Luisea noch, was er dem Mädchen dann selber sagen sollte, da dies sicher das Letztmal war, daß er mit ihm sprach.

„Nächste du denn gern nach Lavastand zurück?“

„So furchtbar gern,“ antwortete sie und senkte den Kopf.

Er streckte die eine Hand aus und legte sie dem Mädchen auf den Scheitel: „Du kommst schon noch hin. — Hab nun Dank für alles!“

Dann versank er wieder in seine Gedanken.

„Eigentlich sollte ich selber auch hin — neben Maija — dorthin gehöre ich ja doch,“ überlegte er. „Das könnte ich ja bestimmen.“

„Kinderell!“ schloß er nach einer Weile. „Es ist ja einerlei, wo ich liege.“ Und in seinen Ohren begann wieder das stille Tönen der Birken, Espen und Weiden zu rauschen.

Gleich danach fiel ihm jedoch wieder etwas ein, und er blickte neben sich: „Du besorgst ihn doch dann zur Post?“

Er mußte über seinen eigenen Irrtum lachen — der Brief war ja noch nicht geschrieben!

Er fühlte sich aber müde, und ihn verlangte, noch etwas dem wunderbaren Klängen zu lauschen, das immer noch in seinen Ohren tönte.

„Er ist ja dann am Nachmittag bald geschrieben — wo er jetzt fertiggedacht ist.“

Um die Mittagszeit kamen die Burschen herein, wie um nachzusehen, ob sie es noch wagen könnten, zu den Arbeiten auf den Acker zu gehen, oder ob sie zu Hause bleiben sollten. Luiseas Augen begannen zu strahlen, als er sie erblickte. Er bemerkte, daß sie niedergeschlagen waren.

„Lodert sich die Krume gut?“ fragte er, um ihre Gedanken abzulenken.

„Ja, sehr schön,“ erwiderte Vihtori erleichtert. Luisea nickte ihnen zu und lächelte.

„Es geht Ihnen wohl noch gar nicht so schlecht, Luisea?“ fragte Vihtori ängstlich plump.

„Rein — es geht mir schon besser,“ antwortete Luisea.

Es war wirklich wahr, aber ihm schien es, als sei es keine aufrichtige Antwort in dem Sinne gewesen, in dem die Burschen gefragt hatten. Er winkte sie zu sich.

Es tat ihm weh, daß er nicht zu ihnen sagen konnte, wie er gewallt hätte: „Möge euch der Hof zum Glück gereichen — euch und euren Kindern!“ Er hätte so gern gerade diese Worte den fleißigen, braven Jungen gesagt, die er liebte wie eigene Söhne.

Aber er konnte es nicht. Er streckte ihnen nur beiden die Hand hin und sagte in gerührt-bebendem Ton: „Hab nun Dank, Jungsens!“, nickte mit dem Kopf und lehrte sich der Wand zu.

Die Burschen sahen es als Abschiedsgruß auf, schauten noch einmal hin und gingen dann mit Tränen in den Augen schnell hinaus. (Fortsetzung folgt.)

## Das Kinderhaus in Not.

In Berlin ist Dr. Neumanns Kinderhaus (Blumenstraße 97) eine der wertvollsten Schöpfungen freier Wohlfahrtspflege. Die von dem Kinderarzt Dr. Hugo Neumann im Jahre 1897 gegründete und zunächst ganz aus eigenen Mitteln unterhaltene Anstalt vereinigt in sich verschiedene Einrichtungen, fränken oder schwächlichen Kindern aus der minderbemittelten Bevölkerung von der Geburt bis zum Eintritt in den Beruf gesunde heilliche und wirtschaftliche Fürsorge zu gewähren. Das schlichte Haus in der Blumenstraße beherbergt eine Säuglings- und Kleinkinder-Fürsorge, die ärztlichen Rat gibt, eine Poliklinik für Kinder, die im Jahre 1923 21.000 Behandlungen ausführte, eine Krankenstation für Kinder, die zwölf Betten belegen kann. Das Kinderhaus nimmt sich auch der Mütter an, der Schwangeren, der hilfbedürftigen Wöchnerinnen, denen nach der Entlassung aus der Entbindungsanstalt hier mit ihren Säuglingen für Wochen und Monate eine Unterkunft gewährt wird. Die Wohlfahrtsstelle des Kinderhauses beschafft durch Verbindung mit anderen Organisationen bedürftigen Kindern Nahrung, Stärkungsmittel und Kleidung und sorgt für Unterbringung in Heilanstalten, z. B. in dem aus dem Kinderhaus hervorgegangenen Erholungsheim Borgsdorf, das 1923 423 Kinder aufnahm. Dazu kommen im Kinderhaus Einrichtungen zur Unterweisung werdender Mütter in der Pflege des Säuglings und zur Heranbildung von Säuglingspflegerinnen und Wohlfahrtsarbeiterinnen.

Viele Tausende von Familien aus der minderbemittelten Bevölkerung haben das segensreiche Wirken dieser nun über ein Vierteljahrhundert arbeitenden Anstalt kennen gelernt. Vielen Tausenden von fränken und schwächlichen Kindern hat Dr. H. Neumanns Kinderhaus die Gesundheit wiedergegeben. So manche Mutter weiß, daß sie der Hilfe, die sie dort fand, das Leben ihres Kindes zu danken hat. Wo Kinder in Not waren, half Neumanns Kinderhaus, soweit es konnte. Jetzt aber ist, wie so viele Anstalten der freien Wohlfahrtspflege, das Kinderhaus selber in Not geraten. Die Anstalt hat stets Zuschüsse erfordert, die teils aus Neumanns eigenen Mitteln, teils aus Spenden anderer Wohlwäter gedeckt werden mußten. Sie trat später in eine gewisse Beziehung zur Stadt (die im Hause untergebrachte Säuglings-Fürsorge ist städtisch) und erhält auch von ihr Mittel, die man als einen knapp bemessenen Beitrag zu den Kosten der den fränken und bedürftigen Kindern geleisteten Hilfe ansehen kann. Nach Dr. Hugo Neumanns Tode wurde das Lebenswerk dieses Menschenfreundes als Stiftung durch ein Verwaltungsuratorium weitergeführt, dem ein Bruder von ihm als Leiter angehört. Lange hat die Anstalt sich der Folgen des allgemeinen wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu erwehren gesucht, aber die Geldentwertung zehrte die Reste des Vermögens auf. Jetzt lassen neue Mittel sich schwerer als je beschaffen. Sie müssen aber beschafft werden, wenn die Fürsorgearbeit des Kinderhauses in der bisherigen Weise weitergeführt werden soll.

Am Dienstag war ein kleiner Kreis von Freunden des Kinderhauses beisammen, um darüber zu beraten, wie geholfen werden soll. Herr Neumann, der die Verwaltung leitet, und Frau Clara Birnbaum, in deren Händen die finanzielle Leitung liegt, berichteten über die Arbeit des Kinderhauses und über die Erschwerung durch Geldmangel. Als Vertreterin der Stadt nahm Stadträtin Wehl an der Besprechung teil. Ein Gang durch die Räume der Anstalt zeigte, wie stark ihre Einrichtungen von Hilfesuchenden in Anspruch genommen werden. Es wird daran gedacht, die Freunde des Kinderhauses zusammenzufassen, damit eine wirksame Werbearbeit möglich wird. Das Nächste und Dringende ist, sofort Geld zu beschaffen. Wer kann, möge dem Kinderhaus mit einer Spende helfen.

## Fünf Jahre Gefängnis für Unruh.

### Die Urteilsbegründung.

Der Angeklagte Unruh wurde wegen Betruges in fortgesetzter Handlung, sowie wegen einiger einzelner Betrugsfälle und ferner wegen fortgesetzter schwerer Urkundenfälschung in Tateinheit mit fortgesetztem versuchten und vollendetem Betrugs zu einer Gesamtfängnisstrafe zu 5 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 1 Jahr 3 Monaten Untersuchungshaft verurteilt; der Angeklagte Wille wurde wegen fortgesetzter Beihilfe zur Urkundenfälschung zu 5 Monaten Gefängnis verurteilt, jedoch wird ihm für diese Strafe gegen Zahlung von 300 Goldmark Buße eine dreijährige Bewährungsfrist bewilligt. Auf Anraten von R.-M. Dr. Puppe erklärte sich Wille mit diesem Urteil zufrieden, so daß, da Staatsanwaltschaftsrat Schwandke auch auf das Rechtsmittel verzichtete, das Urteil, soweit es Wille betraf, sofort rechtskräftig wurde. Coler und Bringmann wurden freigesprochen. Der Angeklagte Unruh beauftragte R.-M. Dr. Ball, gegen seine Verurteilung Berufung anzumelden und den Fall nochmals zur Nachprüfung vor die große Strafkammer zu bringen. Unruh erklärte noch, daß er gegen verschiedene Zeugen, die ungünstig gegen ihn ausgesagt haben, Strafantrag wegen Meineid und Beleidigung zum Meineid stellen werde. Er wurde dann wieder ins Gefängnis geführt.

In der Begründung führte das Gericht folgendes aus: Das Gericht ist zur Ueberzeugung gekommen, daß der Stromerzeuger eine Reklame im Sinne einer wirklichen Erfindung nicht besitzt und daß er nichts weiter ist, als eine Attrappe. Maßgebend für diese Ueberzeugung des Gerichts waren die Unordnung des Apparates, die Gutachten der Sachverständigen und ganz besonders das Verhalten des Angeklagten.

Die Sachverständigen von drei der angesehensten Behörden des Deutschen Reiches haben übereinstimmend erklärt, daß mit einem derartigen Apparat Kräfte nicht erzeugt werden können, und daß es nicht möglich ist, weil es gegen das Gesetz über die Erhaltung der Kraft verstößt würde. Das Brennen ist zwar von einer Reihe an sich einwandfreier Zeugen bezeugt worden, es kann sich aber nur um einen Trick gehandelt haben. Sachverständigenprüfungen hat sich der Angeklagte stets zu entziehen verstanden. Es widerspricht der Erfindungslehre, wenn ein Erfinder Müdigkeit oder andere Gründe vorschützt. Jeder von dem Wert seines Gedankens überzeugter Erfinder wird sich jede bietende Gelegenheit zu benutzen suchen, seine Erfindung zur Geltung zu bringen. Selbst im Gefängnis in München als es sich um seine Freiheit und Ehre handelte, lehnte der Angeklagte es ab, an dem Apparat zu arbeiten und die einfachste Lösung dadurch zu schaffen, daß er den brennenden Apparat vorführte. Das Gericht hat sich daher auch nicht davon überzeugen können, daß der Angeklagte in gutem Glauben an seine Erfindung gewesen ist. Wenn er trotzdem zur Gründung der „Jeoog“ Reklame für seine Erfindung machte, in Potsdam Vorträge halten ließ und zahlreiche Personen zum Erwerb der Anteilnahme veranlaßte, so muß das Gericht in diesem Verhalten einen Betrug erblicken. Bei den Urkundenfälschungen handelte es sich um Dokumentenfälschungen und Fälschung von Vertträgen in ganz besonders großem Umfange. Durch die Bekanntheit des Angeklagten mit einem gewissen Ludwig Krumme, liegt der Verdacht von Beziehungen zu einer internationalen ungarischen Fälscherbande nahe. Wie bei den Betrugsfällen, so hat auch bei den Fälschungen das Gericht in jedem Falle einen einseitigen Willensschluß angenommen. Bei der Strafzumessung ist erwogen worden, daß der Angeklagte zweifellos eine Persönlichkeit ist, der nicht ganz die Sympathie zu verfallen ist und daß er ein Psychopath ist. Dem Angeklagten war seine Erfindung über den Kopf gewachsen. Durch den Stromerzeuger kam er in Kreise, die über seine bisherigen einfachen Lebensverhältnisse hinausgingen. So geriet er in Schanden und suchte ein Loch zu stopfen, indem er das andere öffnete. Die Ereignisse waren stärker als er und rissen ihn von einem Vergehen zum anderen fort. Er ist keine Verbrechernatur und gab sich der trügerischen Hoffnung hin, mit den Geldmitteln wieder alles gutzumachen. Daher hat das Gericht auch in seinem Verhalten keine ehelose Besinnung gefunden und ihm die bürgerlichen Ehrenrechte nicht abgeprochen. Bezeichnend für den ihm innewohnenden Zug zur Großmännlichkeit ist die komisch wirkende und mittelberregende Benutzung des Adelsstils. Aus all diesen Gründen hat das Gericht dem Angeklagten mildernde Umstände bewilligt, um ihn vor dem Zuchthaus zu bewahren. Andererseits aber mußte die Strafe eine recht schwere sein, denn der Angeklagte hat die Wesen des wirtschaftlichen Lebens erheblich in Bewegung gesetzt und zahlreiche Banken getäuscht. Er war ein Schädling im Wirtschaftsleben. Den Betrug mit der „Jeoog“ und dem Stromerzeuger hat das Gericht als den milder liegenden Teil der Anklage angesehen.

### Unter der Maske des Gerichtsarztes.

Ein Schwindlerfall, bei dem ein raffinierter Betrüger unter der Maske des Gerichtsarztes, Geh. Rat H., aufgetreten ist, ereignete sich im Kriminalgerichtsbau. Vor längerer Zeit war ein Handelsmann Wittenberg aus Warschau wegen Fälschungen in Haft genommen worden. Es besteht der Verdacht, daß er Mitglied einer großen internationalen Fälscherbande ist. Seitdem betrieht die Schwester des in Haft Befindlichen, eine Gefäßgefäßhändlerin, Frau Lenkowitz, die Haftentlassung ihres Bruders und hatte bereits zahlreiche Rechtsanwälte und Gerichtsärzte in Bewegung gesetzt. Dadurch war sie ein fast ständiger Gast in Moabit und ihr Fall allgemein bekannt geworden. Bisher waren alle Anträge vom Untersuchungsrichter und der Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Die Kenntnis dieser Verhältnisse haben sich Schwindler zunutze gemacht. Vor zwei Tagen suchte Frau L. ein Unbekannter in ihrer Wohnung auf und erklärte ihr, daß er vom Geh. Rat Hoffmann

## Das Rundfunkprogramm.

Donnerstag, den 28. Mai (Himmelfahrtstag).  
4.30—5.45 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik).  
6 Uhr: Orchestersendung (Dirigent: Dr. Felix Günther). 1. Ballettmusik aus „Iphigenie“, von Gluck-Mottl, 2. Violinkonzert, von Mozart (Georg Kniestädt), 3. Serenade, von Georg Fuchs. 8—11 Uhr: Tanzmusik.  
Freitag, den 30. Mai.  
Tageseinstellung. Vormittags 10 Uhr: Nachrichtendienst. Bekanntgabe der Kleinhandelspreise der wichtigsten Lebensmittel in der Zentralmarkthalle. Nachm. 12.15 Uhr: Vorkörse. Nachm. 12.55 Uhr: Uebermittlung des Zeitzeichens. Nachm. 1.05 Uhr: Nachrichtendienst. Nachm. 2.15 Uhr: Börsenbericht.  
4.30—6 Uhr: Berliner Funkkapelle (Unterhaltungsmusik). 7 Uhr: Vortrag des Hrn. Lothar Brieger: „Vom häuslichen Kunstsammeln“. 7.30 Uhr: Vortrag des Hrn. Prof. Wilh. Doegen, Direktor der Lautabteilung der Preussischen Staatsbibliothek, Berlin: „Stimmen der Völker“ mit Vorführungen (Gesang, Sprache usw.). 8.30 Uhr: Romantischer Abend: 1. a) Pilgerspruch, b) Das Schiffelein, c) Auf Flügeln des Gesanges, von Mendelssohn-Bartholdy (Konzertsänger Hermann Schey). 2. Phantasietück für Klarinette, von Niels Gade (Kammermusiker Carl Essberger). 3. Aus den „Memoiren des Hrn. von Schnabelpowski“ von Jean Paul (Karl Zander, Rezitation). 4. Zwei Lieder für Sopran, mit Klarinette, von Spohr (Marie Flocke-Hagemann). 5. a) Komm, wir wandeln zusammen, von P. Cornelius, b) Der Hidalgo, von Schumann (Konzertsänger Hermann Schey). 6. Aus den „Legenden“, von Gottfried Keller (Karl Zander, Rezitation). 7. a) Aus meinen großen Schmerzen, b) Es hat die Rose sich beklagt, c) Mädchen mit dem roten Mündchen, von Robert Franz (Marie Flocke-Hagemann). 8. Variationen B-dur für Klarinette, von Weber (Kammermusiker Carl Essberger). Am Steinway-Flügel: Dr. Felix Günther.

komme, der bereit sei, durch ein Attest die Haftfähigkeit ihres Bruders zu bescheinigen. Wenn sie am nächsten Tage nach Moabit käme und ihm 2000 Mark zahlte, dann würde er sofort die Freilassung bewirken. Frau L. raffte alles bare Geld, das sie gerade im Hause hatte, zusammen und eilte damit nach Moabit. Hier wurde ihr ein älterer, würdig aussehender Herr vor den Zimmern des Untersuchungsrichters als Geh. Rat H. vorgestellt. Der angebliche Gerichtsarzt erklärte sich bereit, sofort die Freilassung ihres Bruders zu bewirken. Die besorgte Schwester übergab dem gefälligen „Gerichtsarzt“ freudig sofort die 2000 Mark. Sie wartete dann aber vergeblich auf die Heimkehr des Bruders. Als dieser aber ausblieb, fuhr sie wieder nach Moabit und mußte nun erfahren, daß sie einem Schwindlerpaar zum Opfer gefallen sei.

## Obdach nur für Arbeit!

### Neuordnung des städtischen Obdachwesens geplant.

Vor kurzem fand unter Beteiligung von Magistratsvertretern eine Besprechung statt, in der grundlegende Änderungen des städtischen Obdachwesens auf der Tagesordnung standen. Es herrscht seit langem vielfach die Anschauung, daß die völlig unentgeltliche Bewahrung von Obdach und Verpflegung an arbeitsfähige Personen auf die Dauer demoralisierend wirken muß. Es wird daher geplant, an arbeitsfähige, alte und gebrechliche Asylanten in Zukunft nach wie vor Obdach und Verpflegung ohne Gegenleistung abzugeben, von Arbeitsfähigen, besonders aber von Jugendlichen eine wenn auch geringe Abgeltung durch leichte Arbeit zu verlangen. Die durchberatenden Pläne sehen für eine Anzahl arbeitsfähiger Personen, die jeden Tag aus verschiedenen Abteilungen der „Paime“ ausgewählt werden sollen, eine Arbeitsleistung von zwei Stunden vormittags für die bisher gewährte Unterkunft und Verpflegung, d. h. zweimal je einen Napf Suppe und ein Siebenteil Laib Brot, als obligatorisch vor. In Asylanten, die außerdem freiwillig noch zwei Stunden länger arbeiten, wird ein warmes Mittagessen ausgedehnt. Es bleibt den so Beschäftigten dann immer noch genügend Zeit, sich nach regelmäßiger Arbeit umzusetzen. Die Leitung des Asyls hofft die städtischen Körperchaften zur Bewilligung der hierzu nötigen Mittel bewegen zu können. Es müßten hierzu einige Baracken gebaut und Anschaffungen von Handwerkszeug und anderen Geräten vorgenommen werden. Die gesamten Maßnahmen sollen einen rein erzieherischen Wert haben, um den noch arbeitswilligen Elementen die peinliche Empfindung des Almosen zu nehmen und in ihnen wieder Beschäftigung an der Arbeit zu erwecken. Wirtschaftliche Vorteile sind für den Haushalt des Asyls kaum zu erwarten.

Endgültige Beschlüsse über die geplanten Neuordnungen sollen in einer im Juni abzuhaltenden Sitzung gefaßt werden.

### Vorsicht beim Worschelgenuss.

In früheren Jahren fand nach Genuss von Worschel (im Volke häufig „Worschel“ genannt), vereinzelt Vergiftungen beobachtet worden. Eine größere Anzahl von Todesfällen — an einer Stelle allein sieben — ist im vorigen Jahre in Alt-Kruppin (Mark) durch den Genuss dieser Pilzart verursacht worden. Es wird daher bei der jetzt wiederkehrenden Sommerzeit für Worschel darauf hingewiesen, daß dieser Pilz nur dann ohne Schaden genießbar ist, wenn er abgekocht und das Kochwasser weggelassen wird, oder wenn er nach dem Trocknen zubereitet wird. Einfaches Abbrühen genügt nicht. Das Kochwasser darf keinesfalls — auch nicht in Suppen oder als Würze — zu Genusszwecken verwendet werden. Es ist für den Unkundigen ratsam, zur Vorsicht alle Worschelpilze, wenn man sie in frischem Zustande verwenden will, abzuschneiden und das Kochwasser wegzuschütten.

### Die nächste Ausgabe des „Vorwärts“ erfolgt am Freitag früh.

Auf offener Straße wurde ein 36 Jahre alter Handlungsgehilfe Walter Koch verhaftet, ein gewerdmäßiger Schach- und Woren-Schwindler, den man schon lange vergeblich suchte. Koch betrieb seine Schwindeleien, insbesondere mit Rognal und Seide, schon während der Kriegszeit. Als er damals einmal festgenommen wurde, leistete er so schweren Widerstand, daß mehrere Schußleute und Soldaten ihn nur mit Mühe bändigen konnten und auf einer Karre nach der Wache bringen mußten. Seit einiger Zeit trat der Schwindler unter den Namen Hoffmann, Dr. Straub und Dr. Hartwig auf und betrog wieder viele Geschäftsleute mit wertvollen Schachs. Gestern sahen Streifenbeamte der Dienststelle B. L. den Betrüger, auf den verschiedene Staatsanwaltschaften abhändelten, in der Hauptstraße in Schöneberg. Weil sie seine Gewalttätigkeit kannten, so sprangen von zwei Seiten zwei Mann plötzlich zu und fochten ihn, so daß er sich nicht mehr rühren konnte. Vor der Kriminalpolizei verweigert der Verhaftete wie immer jede Aussage.

2. Gemeindefürsorge, Tempelhof, Elternbeiratswahl. Schulfürsorge gefundene Eltern werden gebeten, ihre Adresse an Wd. Bille (Schowst), Tempelhof, Kaiser-Wilhelm-Straße 21, zu senden.

In dem Aufsatz „Vom Baumstamm zum Möbel“ ist die Firma durch einen Druckfehler umgetauft worden. Sie heißt „Hofstata-Werte“.

Bejektivbildungsausschuss Groß-Berlin. Für Sonnabend, den 31. Mai, Sonntag, den 1. und Montag, den 2. Juni, sind Karten für das deutsche Opernhaus im Bureau des Bejektivbildungsausschusses, Lindenstr. 3, 2. Hof II, Zimmer 8, zu haben.

Auf dem Mailjugendtag (11. Mai) in Kaulsdorf-Eich ist ein Medaillon, ges. E. F., sowie eine goldene Halskette gefunden worden. Abzuholen bei Gerhardt, Kaulsdorf, Schillerpromenade 41.

Märkischer Naturklubverein. An Stelle des demnächst verabschiedeten Städteleiters Elhart wird Magistratsoberbaumeister Dr. Heiligenthal auf der Hauptversammlung am Sonnabend, den 31. Mai, über „Städtebau und Naturklub“ (mit Lichtbildern) sprechen. Die Sitzung findet im Auditorium maximum der Universität statt und beginnt um 7 Uhr abends.

Man tut gut, sich von Zeit zu Zeit daran zu erinnern, daß von all den Maßnahmen, die der moderne Mensch zur Gesunderhaltung seines Körpers vornehmen muß, die richtige Pflege der Zähne beinahe die wichtigste ist. Wenige ahnen, daß schadhafte Zähne nicht nur unser Wohlbefinden erheblich beeinträchtigen, sondern (neue Untersuchungen haben das in überraschender Weise bewiesen) häufig den Ausgangspunkt mannigfachster Krankheiten bilden können, deren Ursache oft rätselhaft blieb. Als richtig kann eine Zahnpflege nur dann bezeichnet werden, wenn die zahnzerstörenden Gärungs- und Fäulnisreger, die sich im Munde täglich neu bilden, auch täglich unschädlich gemacht werden. Das ist nur zu erreichen durch den täglichen Gebrauch eines wirklich antiseptischen Mund- und Zahnpflegemittels. Und das ist Odol. Die Wirkungsweise des Odol ist eine ganz einzigartige. Während andere Mund- und Zahnpflegemittel lediglich während der wenigen Sekunden der Mundreinigung ihre Wirkung ausüben, wirkt Odol noch stundenlang, nachdem man sich die Zähne geputzt und den Mund gespült hat. Diese einzigartige Dauerwirkung ist darauf zurückzuführen, daß sich das Odol beim Mundspülen förmlich in die Zähne und die Mundschleimhaut einsaugt, diese gewissermaßen imprägniert und so gleichsam einen antiseptischen Vorrat hinterläßt, der noch stundenlang den zahnzerstörenden Fäulnis- und Gärungsprozessen entgegenwirkt. Odol ist antiseptisch! — Odol ist sicher antiseptisch! — Odol ist ganz bestimmt antiseptisch!



# Sensationell billiges Pfingst-Angebot!

Ueberzeugen Sie sich selbst!



Walter Schnell - e  
Streng reell!!!

Berlin-  
Wilmerdorf  
Berliner Str. 32  
(Ecke Uhlandstraße)

Walter Schnell - e  
Streng reell!!!

Haus für feine Herren-Moden + Eleg. Paßform für jeden Geschmack

Herren-Sacco-Anzug

gemusterte Stoffe  
dreiteilig . . . . . Mk.

19.-

Herren-Sacco-Anzug

gestreifte Stoffe  
erstklassiger Sitz . . . . . Mk.

26.-

Herren-Sport-Anzüge

aus prima grün wollenem  
Cheviot. Allerfeinste Verar-  
beitung. Ersatz für Maßarbeit

33.-

Herren-Sacco-Anzüge

in prima haltbaren Stoffen  
mit vornehmen Streifen Mk.

44.-

Herren-Sacco-Anzüge

Frühjahrsmodelle, schöne  
Streifen . . . . . Mk.

55.-

Herren-Sacco-Anzüge

vornehme Muster, prima  
Ausführung, tadelloser  
Sitz . . . . . Mk.

65.-

Ersatz für Mass-Konfektion

Erstklassige Stoffe in vornehmsten Farben

Herren-Sacco-Anzüge

Stoffe mit vornehmsten  
Streifen in prima Quali-  
täten M. 110.—, 95.—, 88.—

74.-

Herr.-Gabard.-Anzüge

Formen in elegantester Aus-  
führung, Farben der Neuzeit  
entsprechend 135.—, 120.—, 110.—

90.-

Gestr. Herren-Hosen 9<sup>75</sup>

28.— Mk. bis

Breeches-Hosen

in allen Preislagen

Spezial-Regenmäntel-Abteilung

Regenmäntel

17<sup>50</sup>

weit geschnitten, gute Paßform

Regenmäntel

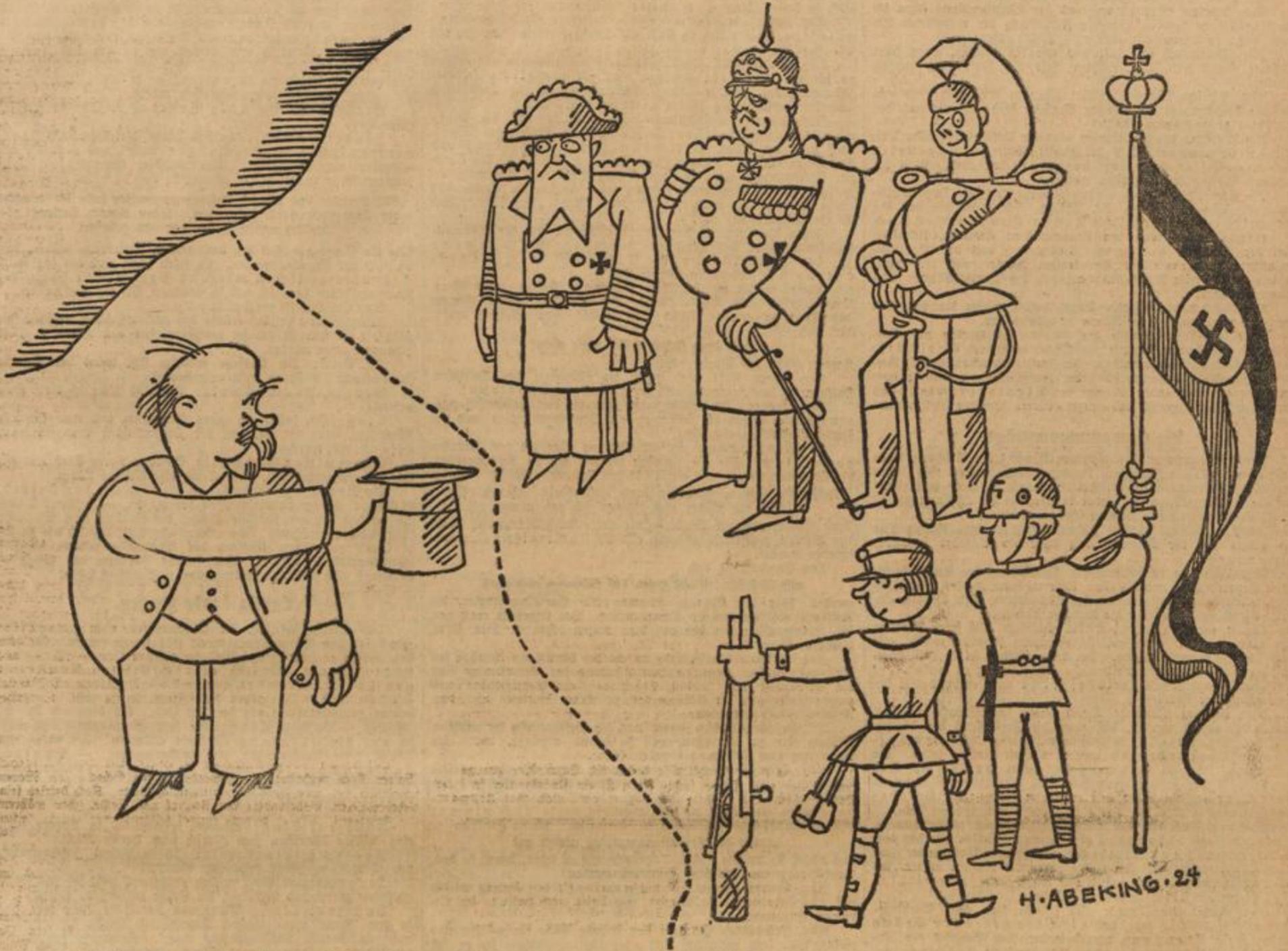
23.-

45.— 39.— 25.—

Da eigene Fabrikation, sind die Unkosten gering und die Preise eigentlich Engros-Preise. Prüfen Sie deshalb im eigenen Interesse mein Angebot auf Qualität, Sitz und Preis an meinem Lager und Sie werden den Preisabbau nicht nur sehen, sondern überrascht sein.

Walter Schnelle Berlin-Wilmerdorf  
Berliner Str. 32!, Ecke Uhlandstr.

# Poincarés Abschied.



H. ABEBING • 24

Vielen Dank für freundliche Unterstützung! Macht nur brav so weiter, dann habt Ihr mich bald wieder!

## Die Präsidentenwahl im Reichstag.

Um die Freilassung der verhafteten Abgeordneten.

Die zweite Reichstagsitzung am gestrigen Mittwoch eröffnete Alterspräsident Bod-Gottha um 2 Uhr 20 Minuten. Auf der Tagesordnung steht zunächst die Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer.

Abg. Scholem (Komm.) beantragt zur Geschäftsordnung, vor der Präsidentenwahl zu beschließen, daß die verhafteten kommunistischen Abgeordneten freigelassen werden, damit sie sich an der Wahl beteiligen können. (Gelächter rechts.) Wie kann man nur so dämlich sein, bei einer solchen Frage so zu brüllen! Bleiben Sie bei Ihrer Dummheit. (Lachen rechts — Der Alterspräsident rügt die Ausdrucksweise des Redners.) Die Arbeiterschaft wird die rechte Antwort auf dieses Gerede und Gebrüll der Faschisten geben. (Lebh. Schlußrufe im ganzen Hause.) Der Redner fordert allgemeine Amnestie und sagt den schärfsten Kampf an der „Ebert-Republik“ und dieser verdammt die „Ludendorff-Republik“.

Abg. Löbe (Soz.)

stimmt der Auffassung zu, daß der Reichstag dafür sorgen müsse, daß alle gewählten Abgeordneten an den Verhandlungen teilnehmen können, unbeschadet der späteren Stellungnahme zu den einzelnen Strafverfahren. Um das zu erreichen, ist zunächst eine Mehrheit in diesem Hause nötig und ferner eine Beschlußfassung in gesetzlich vorgeschriebener Form. Die Mehrheit erscheint möglich, da

die Sozialdemokratie als zweitstärkste Fraktion

und mehrere andere Fraktionen dafür sind. Sachlich muß der Beschluß aber so gefaßt werden, daß er von den Justizbehörden der gegenwärtigen Regierung ausgeführt werden kann und daß keine Regierung oder keine Justizbehörde daran zweifeln darf, daß ein verfassungsmäßiger Beschluß zustande gekommen ist. Solange der Reichstag nicht gesetzlich konstituiert ist, kann er auch keine gesetzlich gültigen Beschlüsse fassen. Wir würden den Gefangenen einen schlechten Dienst erweisen, wenn dann erst noch ein Kompetenzkonflikt entstehen sollte, ob diese Beschlüsse überhaupt gesetzlich zulässig sind. Es handelt sich nur um eine Verzögerung von zwei Stunden, nach der Präsidentenwahl kann über die Frage der Gefangenen entschieden werden. Der Redner bittet die Kommunisten daher, ihren Einspruch zurückzuziehen, was sie aber nicht tun.

Der Antrag der Kommunisten wird darauf abgelehnt. Nun folgt die Präsidentenwahl. Die Abgeordneten werden namentlich aufgerufen und geben ihre Stimmzettel ab. Beim Ruf Ludendorffs schreien die Kommunisten. Ein Nationalsozialist antwortet in erregter Weise. Die Kommunisten verstärken darauf ihr Gebrüll und stoßen gellende Pfeife aus. Beide Parteien drängen nach vorn und schüttern ertrotzt die Fäuste wider einander. Einige andere Abgeordnete, darunter Löbe (Soz.) und Dr. Gildemeister (D. Sp.) werfen sich dazwischen und helfen den Schrift-

führerinnen Frau Leusch (Z.) und Frau Agnes (Soz.), die Abstimmungsurnen schütten. Von beiden Seiten hört man Beschimpfungen wie: „Geht nach Gaskizien, da könnt ihr solche Bijsen machen!“ „Schlagt ihnen in die Fresse!“ „Raus mit den frechen Judenjungen!“ Erst nach mehreren Minuten kann der Namensaufruf fortgesetzt werden.

### Das Ergebnis des ersten Wahlganges:

Abgegeben 434 Stimmen. Davon erhielten Wallraf (Dnati.) 202 Stimmen. Für ihn stimmten die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Mehrzahl der Deutschösterreichischen, die Bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei. Löbe (Soz.) erhielt 107 Stimmen. Für ihn stimmten neben seiner Fraktion auch einige Demokraten. Fehrenbach (Z.) erhielt 63 Stimmen. Für den kommunistischen Lehmann wurden 47 Stimmen abgegeben. Eine Stimme erhielt Frau Behm (Dnati.). Außerdem wurden 14 weiße Zettel abgegeben, die von einigen Demokraten und einigen Deutschösterreichern herrühren.

Da die absolute Mehrheit von 218 Stimmen kein Kandidat erreicht hat, muß

### Stichwahl

stattfinden zwischen den Abgg. Wallraf (Dnati.) und Löbe (Soz.).

Der Namensaufruf beginnt von neuem. Die Stichwahl ergibt die Wahl des Abg. Wallraf (Dnati.) zum Reichstagspräsidenten mit 227 Stimmen gegen 151 Stimmen, die für den Abg. Löbe (Soz.) abgegeben wurden. 40 ungültige Zettel sind von den Kommunisten auf den Namen Thämann abgegeben worden, außerdem wurden 17 weiße Zettel abgegeben.

Das Abstimmungsergebnis wird von der Rechten mit lautem Beifall und Handklopfen begrüßt.

### Reichstagspräsident Wallraf

nimmt seinen Wah ein und richtet an das Haus folgende Ansprache: Der Reichstagspräsident hat die Würde und die Rechte des Reichstags zu wahren, seine Arbeit zu fördern, die Verhandlungen gerecht und unparteiisch zu leiten und die Ordnung im Hause zu handhaben. Den Dank, den ich dem Reichstag für die Uebertragung der höchsten parlamentarischen Würde schulde, kann ich nicht besser betätigen, als indem ich diese Pflichten zu erfüllen gelobe. (Beifall rechts.) Das deutsche Volk besitzt in seiner ungeheuren Not den aller schlimmsten Feind in seiner inneren Zerrissenheit. Soweit meine Stellung dazu beitragen kann, diesen Zwist zu mildern, erachte ich das für meine oberste Pflicht. Die Meinungskämpfe müssen auf parlamentarischen Wege entschieden werden. (Rufe b. d. Komm.: „Ludendorff macht's mit Raschlingengewehren!“) Wenn wir systematische Störungsversuche sehen, so müssen wir ihrer Herr werden. (Abg. Rufe b. d. Komm., Beifall rechts, kommunistische Rufe: „Schleiffstein-

dreher!“) Auf diese Worte beschränke ich mich, denn (komm. Zuruf: ... „die Schupo steht bereit!“) nicht Worte, sondern

Taten sind jetzt notwendig.

Der Präsident würdigt am Schluß die allgemein anerkannten Verdienste Vorgängers Löbe und spricht dem Alterspräsidenten Bod unter allgemeiner Zustimmung den Dank des Reichstages aus: Zu der dann folgenden

### Wahl der Vizepräsidenten

weist Abg. Löbe (Soz.) auf den bisherigen Brauch hin, die drei Posten der Vizepräsidenten nach der Stärke der Fraktionen zu besetzen. Er schlägt als 1. Vizepräsidenten den Abg. Dittmann (Soz.) vor und regt die Wahl durch Zusage an.

Da die Nationalsozialisten widersprechen muß die Wahl mit Stimmzetteln erfolgen. Abgegeben werden 405 Stimmen, davon sind ungültig 142, auf den Abg. Dittmann (Soz.) lauten 200 Stimmen, auf den Abg. Löbe 58 Stimmen, zerstückelt sind 5 Stimmen. Abg. Dittmann ist hiermit gewählt und nimmt die Wahl an.

Bei der Wahl des zweiten Vizepräsidenten erklärt Abg. Fehrenbach (Z.): Ich schließe mich den vorherigen Worten des Abg. Löbe an. Nach der Stärke der Parteien hat jetzt das Zentrum den zweiten Vizepräsidenten vorzuschlagen. Ich schlage vor, den Abg. Dr. Bell durch Zusage zu wählen. — Widerspruch erfolgt nicht.

Abg. Dr. Bell (Z.) nimmt die Wahl an.

Bei der Wahl des dritten Vizepräsidenten erklärt Abg. Roenen (Komm.): Ich beziehe mich auf die Gepflogenheiten des hohen Hauses. (Heiterkeit.) Entspricht es der Würde des Hauses, wenn Sie so über Ihre Gepflogenheiten lachen? (Sehr laut! b. d. Komm.) Ich verweise auf die Ausführungen bei der Wahl der beiden Vizepräsidenten. Die kommunistische Partei ist die viertstärkste Fraktion. (Abg. Dr. Kahl (D. Sp.): Sie erkennen ja keine Geschäftsordnung an.) Wir schlagen Ihnen den Abg. Kahl als Vizepräsidenten vor. (Heiterkeit. — Losender Lärm und Zwischenrufe b. d. Komm.) Unsere Partei hat fast vier Millionen Wähler. Wollen Sie die proletarischen Parteien vergewaltigen? (Ruf rechts: Sie erkennen ja keine Geschäftsordnung an!) Der Gepflogenheit des Hauses und der Würde des Parlaments entspricht es, daß man diesen Anspruch der kommunistischen Partei anerkennt und die Wahl durch Zusage vornimmt.

Abg. Brüninghaus (D. Sp.): Ich schlage den Abg. Dr. Rieher vor. (Ruf b. d. Komm.: Wo sind da die Gepflogenheiten des Hauses?) Die Gepflogenheiten des Hauses sind viel besser gewahrt, wenn der Abg. Rieher gewählt wird.

Abg. Müller-Franken (Soz.) stellt fest, daß die Kommunisten jetzt recht viel von den Gepflogenheiten des Reichstages reden.

Nach diesen Gepflogenheiten stand den Sozialdemokraten die erste Vizepräsidentenstelle zu. Die Kommunisten haben aber nicht für Dittmann gestimmt. (Hört, hört!)

Abg. Koenen (Komm.) nennt daraufhin die Sozialdemokraten einen Teil des großen Faschistenbunds. (Händelschreien der Komm., das Präsident Wallraf als reichstags sittenwidrig unterlegt.)

Zum dritten Vizepräsidenten wird Dr. Rießer (D. Sp.) mit 212 Stimmen gewählt. Es erhielten noch Stimmen: Rahl (Komm.) 48, Dr. Rahl (D. Sp.) 46. Ungültig waren 81 Stimmen. Für Dr. Rahl stimmte ein Teil der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten.

Vor der Wahl der zwölf Schriftführer erfolgt, beantragt Abg. Scholem (Komm.) während der Wahlhandlung schon die kommunikativen Anträge über die Freilassung der verhafteten Abgeordneten zu behandeln.

Abg. Fehrenbach (Z.) hält dies nur für möglich, wenn keine Debatte stattfindet; sonst müßten diese auf Freitag vertagt werden.

Abg. Scholem (Komm.) erklärt sich zum Verzicht auf eine Debatte bereit, wenn die anderen Parteien dies auch tun und den Anträgen zugestimmt wird.

Auf Vorschlag des Präsidenten wird die Entscheidung über diese Anträge bis nach der Wahl der Schriftführer zurückgestellt. Das Ergebnis der Schriftführerwahl soll aber erst in der nächsten Sitzung bekanntgegeben werden.

Als Schriftführer werden vorgeschlagen: von den Deutschnationalen die Abgg. Baverrenz, Dr. Philipp, Schulze-Berlin; von den Sozialdemokraten: Frau Agnes, Frau Bohm, Schuch, Schmidt-Weissen; von den Kommunisten: Eichhorn, Urbahn; von der Deutschen Volkspartei: Beuermann; von den Nationalsozialisten: Kube; von den Demokraten: Jögler; von der Bayerischen Volkspartei: Rauch-München; von der Wirtschaftlichen Vereinigung: Lufke.

Von diesen vorgeschlagenen Abgeordneten müssen drei gestrichen werden, da nur zwölf Schriftführer zu wählen sind.

Nach Einsammlung der Stimmzettel werden auf Vorschlag des Präsidenten Wallraf zunächst die bisherigen Ausschüsse des Reichstages wieder eingesetzt. Die Fraktionen sollen alsbald Vorschläge für die Zusammenlegung der Ausschüsse und für die vom Reichstag zu ernennenden Beisitzer des Staatsgerichtshofes zum Schutze der Republik und einiger anderer ähnlicher Institutionen machen.

### Die Enthastungsanträge.

Nunmehr beantragt Abg. Scholem (Komm.), der Reichstag wolle beschließen: alle inhaftierten Reichstagsabgeordneten sind sofort in Freiheit zu setzen. Er begründet dies damit, er wolle verhindern, daß die Deutschnationalen sich davor drücken, bei der Abstimmung für die Freilassung auch der Kommunisten einzutreten.

Präsident Wallraf hat das Bedenken daß der neue Antrag über die bisher auf der Tagesordnung stehenden Anträge inhaltlich hinausgehe.

Abg. Dittmann (Soz.) tritt für Verbindung der verschiedenen Freilassungsanträge und für ihre Überweisung an den Geschäftsausschuss durch eine einzige Abstimmung ohne Debatte ein. Seine Fraktion werde für die Anträge stimmen.

Abg. v. Graefe (Natsoz.) erklärt gleichfalls, daß seine Fraktion von vornherein für alle Freilassungsanträge stimmen wolle, also auch für die kommunistischen. Der neue Antrag sei deshalb überflüssig und die Tagesordnung brauche nicht geändert zu werden.

Abg. Schulz (Dnall.) widerspricht aus entschiedenster Verbindung der Anträge.

Abg. Scholem (Komm.): Durch diesen Widerspruch des Abg. Schulz soll erzielt werden, daß zwar die Freilassung des deutsch-nationalen Abg. Kriebel beschloffen wird, aber die kommunistischen Abgeordneten weiter in Haft bleiben sollen. Die Abstimmung über die Verbindung hat daher politische Bedeutung. Der Redner wiederholt seine Ausführungen mehrfach. Gestrichler entsteht rechts, als er davon spricht, daß Kriebel am 9. November 1918 den Putsch in Bayern mitangeregt habe.

Präsident Wallraf: Wir werden nicht daran vorbeikommen, über jeden Punkt besonders abzustimmen. Wollen wir das vermeiden, dann müßte an Stelle der verschiedenen Anträge der neue Antrag Scholem stehen. Ich meine aber, wir könnten unsere Zeit besser verwenden; vielleicht wären wir längst fertig, wenn nicht so viel formalistisch gesprochen würde.

Abg. Koch-Weiser (Dem.): Ich spreche hier ohne Voreingenommenheit, wenn ich sage, daß nicht der geringste Grund vorliegt, eine Trennung vorzunehmen. Das Schicksal der Anträge hängt ja davon ab, welche Anträge dem Präsidenten am Schluß der Beratung vorliegen.

Abg. Schulz (Dnall.) ist mit der gemeinsamen Beratung der Anträge einverstanden, falls die Abstimmung getrennt erfolgt.

Abg. Koenen (Komm.) ist gleichfalls damit einverstanden, wenn über den weitestgehenden Antrag auf Haftentlassung aller politischen Gefangenen zuerst abgestimmt wird.

Abg. Dittmann (Soz.) gibt den Kommunisten anheim, den Antrag zurückzugeben und während der Debatte einen richtig formulierten Antrag zu stellen.

Abg. Koenen (Komm.) zieht schließlich den Antrag zurück und stellt einen neuen Antrag in Aussicht.

Das Haus beschließt gemeinsame Beratung der Anträge.

Abg. Dr. Rahl (D. Sp.): wünscht, daß die Anträge erst im Ausschuss beraten werden.

Abg. Feder (Natsoz.) tritt lebhaft unter fortgesetztem Lärm der Kommunisten für die Freilassung des Abg. Kriebel ein.

Abg. Scholem (Komm.): Wir zweifeln, daß der Geschäftsausschuss nach bestem Wissen und Gewissen beraten wird. Sowohl hier wie in anderen Parlamenten haben die Geschäftsausschüsse schon die Aufhebung der Immunität von Abgeordneten beschloffen. Wir haben also Anlaß, an der Objektivität des Aus-

schusses zu zweifeln. Jeder weiß, daß die Abgeordneten, deren Haftentlassung verlangt wird, nicht silberne Büffel gestohlen oder Lebensmittel verschoben haben, sondern daß sie wegen Hochverrats oder ähnlicher politischer Vergehen in Haft gehalten werden. Die Ausschussberatung wäre nur Komödie.

Damit schließt die Debatte.

Von den Kommunisten ist gemeinsame Abstimmung über die verschiedenen Haftentlassungsanträge beantragt.

Abg. Dittmann (Soz.) hält die gemeinsame Abstimmung wenigstens bei der Frage der Ausschussüberweisung für notwendig.

Die Abgg. v. Graefe (Natsoz.) und Schulz (Dnall.) verlangen auch in dieser Frage getrennte Abstimmung.

Abg. Koch (Dem.) hält ein solches Verfahren für durchaus unzulässig, da der Antrag Rahl auf Ausschussüberweisung sich auf alle Haftfälle bezog.

Abg. Dr. Rahl (D. Sp.) bestätigt diese Auffassung und erklärt es für unzulässig, den von ihm für sämtliche Haftentlassungsanträge gestellten Ausschussüberweisungsantrag nachträglich nach den verschiedenen Fällen zu trennen.

Nach weiterer Geschäftsordnungsdebatte, in der sich Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Präsidenten Wallraf und den Abgg. Dittmann (Soz.), Koch (Dem.) und Dr. Rahl (D. Sp.) ergeben, stellt Präsident Wallraf die Frage zur Abstimmung, ob über den Antrag Rahl auf Ausschussüberweisung zuerst abgestimmt werden soll. Gegen die Rechte und einige Kommunisten wird so beschloffen. (Rufe: „Das schreibt doch die Geschäftsordnung vor!“)

Gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten stimmt das Haus der Meinung des Abg. Dittmann zu, das zunächst über den Ausschussüberweisungsantrag Rahl entschieden werden soll.

Sofort meldet sich der Abg. Koenen (Komm.) zum Wort. Die Mehrheit ruft: Abstimmung! Der Präsident ärgert, Koenen das Wort zu erteilen. Von den sozialistischen Banken ertönt der Ruf:

Holt doch lieber Löbe nach oben!

Koenen erhält das Wort nicht.

Der Antrag Rahl wird gegen die Stimmen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten abgelehnt.

Die Trennung der Abstimmung über die drei Haftentlassungsanträge wird gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Nationalsozialisten abgelehnt.

Es kommt nunmehr zur Abstimmung über die drei Anträge gemeinsam. Für die Anträge erheben sich die Kommunisten, die Sozialdemokraten und ein Teil der Nationalsozialisten. Einige Nationalsozialisten, darunter auch Ludendorff, erheben sich, setzen sich wieder und erheben sich von neuem.

Trotz Gegenproben und Wiederholung der ersten Abstimmung bleibt das Bureau zweifelhaft, es muß also im Hammeisprung entschieden werden.

Das Ergebnis ist, daß

alle Anträge mit 189 gegen 143 Stimmen abgelehnt

werden. Für die Anträge stimmen die Sozialdemokraten, die Nationalsozialisten und die Kommunisten. Das Ergebnis wird von den Kommunisten mit den empörten Rufen begleitet: Psi, Psi, Schande, Schmach!

Auf Vorschlag des Präsidenten werden darauf die Anträge der Nationalsozialisten wegen Außerachtlassung der Verordnung über die Aufhebung des militärischen Ausnahmezustandes und wegen Ausübung der Verbote von politischen Parteien usw. dem Rechtsausschuss überwiesen.

Der Präsident schlägt darauf vor, die Bestimmung der nächsten Sitzung ihm zu überlassen, weil sie davon abhängt, wann die Regierung eine Erklärung abgeben könne.

Abg. Löbe (Soz.) zur Tagesordnung: Durch die eben erfolgte Abstimmung hat sich ein Resultat ergeben, das der Mehrheit des Hauses widerspricht. Ich möchte dem Reichstag Gelegenheit geben, die Frage, die eben abgelehnt wurde, noch einmal dem Geschäftsausschuss zu überweisen. Meine Fraktion

nimmt die Freilassungsanträge wieder auf und bittet, sie auf die nächste Tagesordnung zu setzen, damit sie dem Geschäftsausschuss übergeben werden.

Abg. Koenen (Komm.) nimmt nunmehr den Antrag wieder auf, alle Inhaftierten zu betreten, und bittet, noch heute in die Beratung einzutreten.

Abg. Fehrenbach (Z.) hält den Antrag Löbe für zulässig und meint, man solle möglichst bald über ihn entscheiden, da es sich um Inhaftierte handelt, und erklärt sich damit einverstanden, daß

sofort eine neue Sitzung

einberufen wird, unter der Voraussetzung, daß der Antrag Löbe ohne Debatte dem Geschäftsausschuss überwiesen wird.

Abg. Dittmann (Soz.) stimmt dieser Anregung zu. Widerspruch erhebt sich nicht. Präsident Wallraf beruft um 8 1/2 Uhr die nächste Sitzung auf fünf Minuten später.

### Dritte Sitzung am gleichen Tag.

Auf der Tagesordnung steht nur der Antrag Löbe (Soz.), wonach sämtliche in der vorigen Sitzung abgelehnten Anträge betr. Haftentlassung von Abgeordneten dem Geschäftsausschuss überwiesen werden sollen. Der Antrag wird einstimmig ohne Debatte angenommen.

Die Festsetzung des Termins der nächsten Sitzung wird dem Präsidenten überlassen.

Der Geschäftsausschuss wird am Freitag nachmittags 5 Uhr zusammentreten. Schluß 8 1/2 Uhr.

An die Stelle des kommunistischen Abg. Gesche, der auf das Reichstagsmandat verzichtet, tritt Orniowicz-Neußlin.

## Zuspitzung im Grandel-Prozess. Entscheidende Fragen an Claf. — Obstruktion der Verteidiger. — Die Vernehmung Seedts gefordert.

Justizrat Claf, der Führer des Alldeutschen Verbandes, führte bei seiner gestrigen Vernehmung im Titentatsprozess Thormann-Grandel weiter aus: Dann kam der 9. November in München, und auch dieser Besprechung wohnte Dr. Grandel bei, und der Verlauf des Putschs drückte ihn schwer nieder. Er entwickelte damals Ansichten, die ich als extremistisch bezeichnete, und die allgemein auffielen. Er sandte dann von Augsburg Berichte über die Novemberereignisse an meine Freunde. Grandel nahm dann an einer Besprechung am 5. oder 6. November in Potsdam teil, in einem Kreise, der mir völlig fern steht. Von Grandel hörte ich erst wieder, als er am 12. Januar nach Berlin kam. Er besuchte mich ganz kurz im Alldeutschen Verband und kam dann am nächsten Tag in meine Wohnung, wo ein ganzer Fragenkomplex besprochen wurde.

Vors.: Haben Sie über General v. Seedt mit ihm gesprochen?

Zeuge: Jawohl, das sind Dinge, die Gegenstand streng vertraulicher Besprechungen waren, und über die nicht ausgesagt werden konnte. Aber nachdem Grandel dem Untersuchungsrichter ausgesagt hat, überwinde auch ich meine Hemmungen.

Mit Grandel und meinen Gefannungsgegnossen habe ich je nach der Lage über Seedt gesprochen. Wenn Seedts Haltung bedenklich wurde, haben wir das geklärt.

Wie die Dinge zur Zeit der beginnenden Obstruktion waren, kann ich nicht zur Sprache bringen. Es spielt dann auch das sogenannte Rencontre zwischen mir und Ezz. Seedt hinein, aber die Einzelheiten kann ich nur in geheimer Sitzung aussprechen.

Vors.: Das ist wohl nicht nötig.

Justizrat Claf: Ich würde das doch wünschen, nachdem hier geäußert worden ist, ich sei gewissermaßen von Herrn v. Seedt hinausgeworfen worden.

Dr. Sad: Die Aussage erübrigt sich, wenn der Generalstaatsanwalt die Frage nicht aufrechterhält.

Generalstaatsanwalt: Natürlich halte ich diese Frage aufrecht.

Claf: Ich besitze ein gutes Gedächtnis und trete für jedes Wort ein, aber im Interesse der Öffentlichkeit kann ich nicht öffentlich sprechen.

Generalstaatsanwalt: Es kann Herrn Claf nur nützlich und angenehm sein, diese Sache öffentlich zu klären.

Die Verteidiger bitten um Ausschluß der Öffentlichkeit, da die Staatsicherheit bedroht sei. — Justizrat Claf: Es handelt sich um subtile Dinge, die die innere Staatsicherheit berühren. Ich erkläre öffentlich, daß ich nie zu Ezz. v. Seedt von einem Umsturz des Staates gesprochen habe. — Staatsanwalt Lindow: Wie ist das Rencontre mit Seedt abgelaufen? Ich stelle den Antrag, Ezz. v. Seedt zu laden.

### Entscheidende Fragen.

Das Gericht beschloß, die Öffentlichkeit nicht auszuschließen, jedoch soll der Generalstaatsanwalt jede Frage formulieren, damit das Gericht zu jeder Frage Stellung nehmen kann. — Generalstaatsanwalt: Welche extremistischen Aeußerungen hat Dr. Grandel getan? — Rechtsanw. Dr. Sad: Ich habe Bedenken gegen diese Frage, da sie nicht in unmittelbarem Zusammenhang mit der Tat steht. Ich bitte um Gerichtsbeschluß. — Justizrat Claf: Mit dem Wort extremistisch wollte ich nur die Erregung Grandels andeuten. Ich habe keinen Anlaß, diese Aeußerungen hier wiederzugeben. — Generalstaatsanwalt: Wir werden dem nachgehen müssen, welche Aeußerungen das waren. — Rechtsanw. Dr. Sad: Ich protestiere gegen diese Frage. — Das Gericht zieht sich erneut zur Beratung zurück und beschließt die Zulassung der Frage.

Justizrat Claf: Grandel behauptete, in Bayern hände eine Million Menschen zum Marsch nach Berlin bereit.

Generalstaatsanwalt: Ist in diesem Zusammenhang von General v. Seedt gesprochen worden?

Da Rechtsanw. Sad wieder protestiert, zieht sich das Gericht obermals zurück und beschließt, die Frage zuzulassen.

Justizrat Claf: Wenn von Seedt die Rede war, dann in dem Sinne, was zwischen Bayern und Berlin sich entwickelte und wie Seedts Stellungnahme war. Keineswegs hat Grandel von Seedt in einem anderen Sinne gesprochen.

Generalstaatsanwalt: Bei Herrn Claf sind gewisse Schriftstücke beschlagnahmt worden.

Das Gericht muß auf Protest erneut über die Zulassung dieser Frage beschließen.

### General v. Seedt zur Aussage bereit.

Nach längerer Beratung wurde die Frage des Generalstaatsanwalts vom Gericht abgelehnt, und der Generalstaatsanwalt Lindow erbat nun seinerseits eine Pause, um sich über seine weitere Einstellung schlüssig zu werden.

Bei Wiedereröffnung der Sitzung erklärte Generalstaatsanwalt Lindow, daß er sich inzwischen mit General v. Seedt in Verbindung gesetzt habe, und daß dieser bereit sei, am Freitag morgen vor Gericht zu erscheinen.

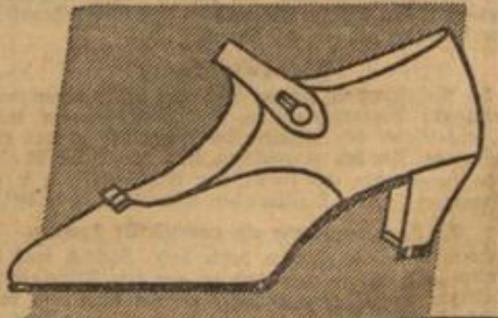
Das Gericht war der Ansicht, daß unter diesen Verhältnissen, besonders bei der gegenwärtigen Taktik der Verteidigung, die demonstrative jede Frage der Staatsanwaltschaft beanstandet, zweifelsfrei die Vernehmung des Justizrats Claf sich heute noch ausdehnen würde, und beschloß, die Verhandlung bis Freitag morgen 10 Uhr zu vertagen. Ein Beschluß über die Ladung des Generals v. Seedt ist noch nicht erfolgt.

# Was bringt Weiser

Ein Angebot zu Friedens-Preisen!



Damen-Haferlschuhe  
bestes braunes Sportleder, Doppelsohle, Lederfutter, kräftiger Wanderschuh

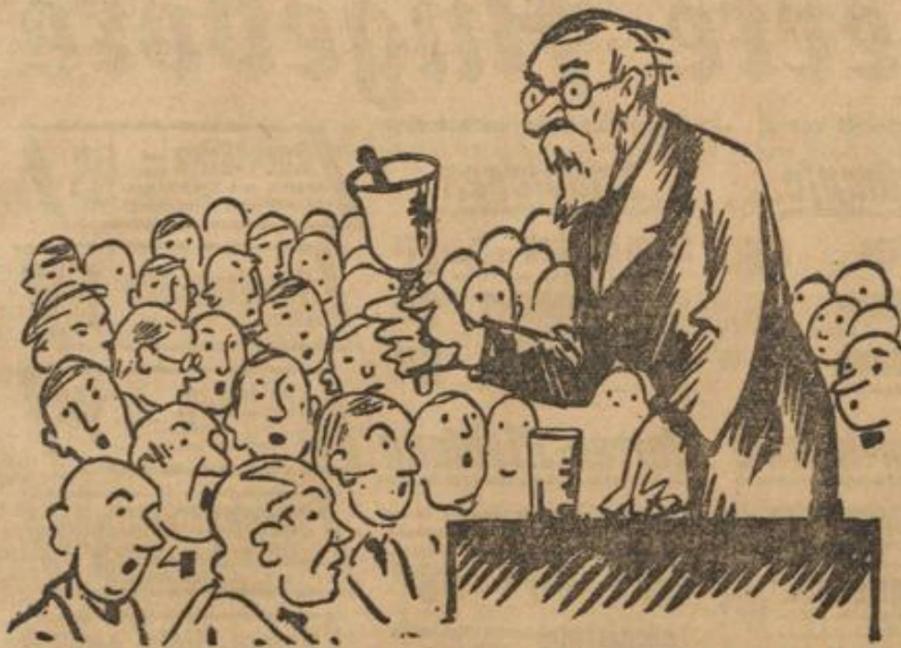


Weiss-Leinen-Spangen- und Halbschuhe 1. Lederohle, halbhohler Absatz, hübsche runde Form

Tourenstiefel für Damen und Herren, wasserdichtes Futter, Fledermauslasche, Doppelsohle, kräftiger, strapazierfähiger Stiefel ..... 16<sup>90</sup>

12<sup>50</sup>

24<sup>95</sup>



**RUSO-ZIGARETTEN**  
sind die Besten!

**RUSO-ZIGARETTEN**  
sind aus rein orientalischen Tabaken hergestellt!

**RUSO-ZIGARETTEN**  
werden auf den neuesten Maschinen gearbeitet!

**RUSO-ZIGARETTEN**  
haben das beste Papier!

**RUSO-ZIGARETTEN**  
sind von einer noch nie dagewesenen Qualität  
in der Preislage von  
**2, 2 1/2 und 3 Pf.**

Zigaretten- und Tabak-Fabrik „Ruso“, Rund & Sohn G. m. b. H.  
Berlin SW 19, Roßstraße 6.

Allebequemster  
**KREDIT**  
Kleine Anzahlung  
Gesamtlager in 4 Etagen  
Herren- u. Sport-Anzüge  
Knab- u. Kind-Anzüge  
Tallien-Mäntel  
Gummi-Mäntel  
Sport- u. gestr. Hosen  
Wundervolle Kostüme  
Mäntel Kleider-  
Röcke - Strickwesten  
in besonderen Etagen  
Möbel - Einrichtungen  
**A. DAMITT**  
Rosenthaler Str. 45-47

Neu eröffnet!  
Auf Kredit zu Ladenpreisen  
elegante  
**Damen- u. Herren-**  
Konfektion  
Kleine Anzahlung und bequeme  
Teilzahlung  
Ware sofort zum Mitnehmen  
**Fritz Gottlieb**  
73 Prinzenstraße 73

Billig direkt ab Fabrik  
Kein Laden  
**13 an Endler, Köpenicker**  
Strasse 98  
Geschäftszeit 8-7 Uhr.  
Dahlb. Inselstraße, Bergstraße, Landstraße.  
**Billige Parzellen**  
20 Wkn. ab Berlin, Stadtbahn, nach an  
regul. Straße, gr. Ang., langj. Wirtsch.  
guter Boden, 5 Wkn. u. Bahn.  
Buchholz, Leipziger Str. 85.

Obgleich ein reines Tropen-  
erzeugnis, muß Cobu  
nach dem Buchstaben  
des Gesetzes als  
Margarinebe-  
zeichnung  
werden

**Cobu**  
Cocos Pflanzen Butter  
MARGARINE

Bergisch-Märkische Margarine-Werke  
**F. A. J. Siedt & A. G.**  
Elberfeld und Berlin-Pichelsdorf.

**!! Nur einmaliges Angebot !!**  
Infolge eines außerordentlich günstigen Einkaufs stellen wir zum  
**Einzelverkauf:**  
ca. 3000 Mtr. **Homespun** 4 45  
feinste reinwollene Qualität, ca. 140-145 breit  
geeignet für Anzüge, Kostüme, Mäntel  
Meter nur M.  
**Tuchlager Feuer & Levy**  
Gertraudenstraße 18-19, Ecke Grünstraße

**Henko**  
Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

spart Seife und Seifenpulver!  
Mitverwendung von **Henko** bei der  
Wäsche verbilligt das Waschen.  
**Vorzügliches Einweichmittel**

**Nicht der Preis, sondern die Qualität**  
soll maßgebend für Ihren Pfingst-Einkauf sein

**Urteilen Sie selbst:**

**Frotter-Handtücher** weiß und bunt kariert Gr. 50/110 . . . Stück 1 65  
**Mengenabgabe vorbehalten**  
**Frotter-Badelaken** weiß und bunt gestreift Stück . . . . . 7,90, 8,50, 9,95 **4 95**

**Zephir-Blusen** in den schönsten Streifen-  
mustern . . . . . 2 95  
**Voile-Blusen** neueste Macharten 5,95, 4,75, 3 95  
**Mussel-Kleider** hell u. dunkel, mod. Muster 13,50, 9,75, 6 95  
**Voile-Kleider** weiß und farbig 21,00, 16,50, 9 75  
**Kinderkleidchen** aus farbigen Waschstoffen von 3 an  
**Strickwesten** reine Wolle, in den schönsten  
Farben . . . . . von 7 95 an

<b>Oberhemden</b> in Perkal mit Kragen . . . 5 90	<b>Damen-Hemd</b> Trägerform, guter Stoff mit Hohleum u. Stöck-Ansatz 2 95	<b>Elefante Halbformen</b> moderne Formen und Farben zum Aussuchen . . . . . 3 95	<b>Waschmusseline</b> reiche Muster-Auswahl . . . Meter 95 Pz.	<b>Tischflücher</b> 180/180 und 130/160 cm. Mako-Qualität, neue Blumenmuster . . . . . 5 90	<b>Kinder-Schürzen und Kittel</b> Auswahl 3,00, 2,85
<b>Zephir-Oberhemden</b> in Qual., moderne Streifen, 2 Kragen und gefüllte Brust 8 75	<b>Damen-Beinkleid</b> Knielern, gut. Wäschetuch m. Hohleum und Stöckerol 2,95	<b>Kleiner flatter Reisehut</b> in schönen Farben, bunt . . . 6 50	<b>Voile</b> hell und dunkel, grundig gemustert, Meter 1 45	<b>Tischflücher</b> mit Hohl- saum, spart Damenmuster . . . . . 7 90	<b>Korsetts (Leibhalter)</b> m. 4 Halt. besond. billig 2,95
<b>Sporthemden</b> weiß Panama mit Schiller- oder weichen Kragen . . . 9 75	<b>Dam-Nachthemd</b> Schlaf- form, gut. Hemdentuch m. Hohleum	<b>Großer festcher Hut</b> gutes Geflecht, mit Band und Blumen garniert . . . . . 7 50	<b>Vollvoile</b> 100 cm breit, in den newest. Mustern . . . . . Meter 1 95	<b>Tafelflücher</b> 180/225 und 180/300 cm Mako, Halbleinen, Rein- leinen . . . . . 14 75	<b>Büstenhalter</b> Rissenauswahl . . . 2,45, 1,95
<b>Sport-Servietur</b> moderne Streifen . . . Stück 95 Pz.	<b>Garnituren</b> Hemd u. Beinkl., Batist u. Mako m. Spitze u. Hohleum . . . 7,95	<b>Eleg. Strohhut</b> erstklass. Geflecht, mit Band u. Blumen	<b>Frotté</b> einfarb., 130 cm br. versch. Farben . . . Meter 1 90	<b>Kaffee- und Speise- Servietten</b> Dreif. u. Da- maat 1,20, 95	<b>Damen- und Kinder- kragen</b> nur Neuheiten . . . . . 1,55, 1,45 <b>95 Pz.</b>
<b>Sport-Kragen</b> weiß, Piqué u. Rippe . . . 48 Pz.	<b>Prinzentrücke</b> m. Stöckerol- Volant und Einsatz . . . 6,90	<b>Klein. eleg. Liserette- Hut</b> mit Cröpe-Georgette und Ziernadel . . . . . 14 50	<b>Frotté</b> 100 cm breit, moder- ne Streifen . . . . . Meter 2 75	<b>Kaffeedecke</b> m. 6 Ser- vietten spart Blumenmuster . 16,50	<b>Zwirn-, Klöppel- u. Valenc- Spitzen u. Einsätze</b> Mtr. 38, 25, 15
<b>Gummi-Hosenträger</b> mit Ledersteil . . . . . Stück 95 Pz.	<b>Untertalillen</b> Batist, eleg. Ausführung . . . . . 2 95	<b>Garnierte Kinderhüte</b> reizende Macharten . . . . . von 4 an	<b>Lindener Wasch-Sarnt</b> alle Farb., 70 cm br. . . . . Meter 5 40	<b>Kaffeedecken</b> wasch- echt, reizende Muster, 5,80	<b>Knaben-Sporthemden</b> neue Muster . . . . . 4,75, 3,95
<b>Farbige Selbstbinder</b> moder- ne Streifen . . . . . 1 45			<b>Poulard-Seide</b> 85 cm br. reine Seide . . . . . Meter 6 80		<b>Turner-Jacken und Knaben-Sweater</b> 2,45 <b>2 15</b>

**Bis Pfingsten bleibt mein Geschäft über Mittag geöffnet!**

**Wilhelm Joseph, Schöneberg,**  
Hauptstr. 163, Ecke Großgörschenstraße.

# LEBENSMITTEL

Landleberwurst Pfund 65 Pf.	Holländer Käse Pfund 1,10
Rotwurst Pfund 65 Pf.	Weizenmehl feinst. Pfd. 16 Pf.
Baierwurst Pfund 1,05	Kais.-Auszugmehl Pfd. 18 Pf.
Jagdwurst Pfund 1,05	Kartoffelmehl Pfund 20 Pf.
Il. Leberwurst Pfund 1,20	Rosinen Pfund 70 Pf.
Mettwurst a. Br. Art. Pfd. 1,15	Korinthen Pfund 75 Pf.
Teewurst Pfund 1,30	Sultanen Pfund 80 Pf.
Quadratkäse Pfund 28 Pf.	Mandeln ohne Pfund 1,50
Romalour Stück 30 Pf.	Plunders gerstsch. Pfd. 30 Pf.
Edamer Käse Pfund 73 Pf.	Sprossen Pfund 38 Pf.
Limburger Käse Pfund 60 Pf.	Büchlinge Pfund 45 Pf.
Tafelöl .. Flasche 35 Pf.	Corned beef Dose 43 Pf.
Portug. Oelsardin. Dose 40, 50, 68 Pf.	Amerik. Vollmilch Dose 44 Pf.
Johannisbeer-Konf. 2-Pfund-Eimer 1,50	Orange-Konfitüre 2-Pfund-Eimer 1,55
Aprikosen-Konf. 2-Pfund-Eimer 1,65	Nimbeer-Konfitüre 2-Pfund-Eimer 1,60

### Frisches Fleisch

Rindertalg ausgelassen Pfund 45 Pf.
Hammelvorderfleisch Pfund 55 Pf.
Hammelrücken Pfund 60 Pf.
Hammelkeulen Pfund 70 Pf.
Kalbskamm Pfund 55 Pf.
Kalbskeulen Pfund 70 Pf.
Gehacktes Pfund 60 Pf.
Schweineköpfe gepökelt Pfund 30 Pf.
la Ochs.-Suppenfleisch per. Pfd. 45 Pf.

# Preiswerte Angebote

Verkauf soweit Vorrat - Mengenabgabe vorbehalten

**Taschentücher 35 Pf.**  
für Damen, Linon, kräftige Qualität

**Südwesten 45 Pf.**  
Washstoff für Damen und Kinder, aus marineblauem Körperstoff.

**Handschuhe 95 Pf.**  
für Damen, Leinenmitelton, 2 Druckknöpfe.

**Strohüte 1 1/4**  
für Herren, Melolothem.

**Sporthemden 6 90**  
für Herren, weiss.

### Strümpfe

Herren-Socken grau meliert 45 Pf.  
Damen-Strümpfe Baumw., schwarz u. farbig 75 Pf.  
Damen-Strümpfe Seidentor, schwarz und farbig 1 45

### Damen-Wäsche

Damen-Hemden und Bolinkleider guter Stoff, verschiedene Ausführungen pro Stück 1 75  
Sommer-Morgenröcke feiche Form, gestreift baumwollener Musselin 6 75  
Mod. Hüftkorsett rosa, hellblau, champ.-farb. Satinrell u. Halter, mit breiten Schliessen 3 75

### Herren-Kleidung

Sportanzüge aus Loden, Manchester- u. Phantasiestoffen, mit langen und Brecheshosen 45 00 69 50 98 00  
Lodenmäntel aus imprägniertem Strichloden 32 00 42 00

### Trikotagen

Schlupfhöschen für Damen in vielen Farben 1 75  
Damen-Hemdosen weiss, ohne Ärmel 2 75  
Herren-Garnituren weiss und farbig, alle Größen 5 75

**Rucksäcke 95 Pf.**  
aus starkem Gewebe, mit Regenklappe und kräftigen Tragriemen

**Tennispressen 1 35**  
mit 4 Messingdräben.

**Brotbeutel 1 50**  
in Qualität, vorzüglich für Tagestouren.

**Picknickkoffer 3 90**  
ca. 36 cm gross, mit Blechdeckel und starrer Isolierfasche, ca. 1/2 Liter Inhalt, kompl.

**Herren-Stiefel 11 90**  
schwarz E.-Box, Goodyear-Welt-Ausführung, vora. Fabrik

# HERMANN

Leipziger Strasse \* Alexanderplatz \* Frankfurter Allee

**Reisedecken 14 75**  
getrigert, Grösse 125x130 cm

**Reisedecken 17 50**  
mehrfarbig getrigert, Grösse 125x130 cm

### Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Theater**  
Opernhaus  
7 1/2 U. Mena Lisa  
Opernhaus am Königsplatz  
7 1/2 U. Bohème  
Schauspielhaus  
7 Uhr: Medien  
Schiller-Theater  
7 1/2 U. König Nicolo  
Deutsch. Theater  
7 1/2 U. Hamlet  
Freitag, d. 30. Mai:  
Nacht der Sonnenblut  
Uraufführung  
7 Uhr:  
Mist-Globetrotter  
Kammeroper  
8 Uhr:  
Onkelchen hat geträumt  
Sonntag, 31. Mai  
Nacht der Sonnenblut  
Zum 1. Male 7 Uhr:  
Salomons Schwiegertochter  
Gr. Schauspielhaus  
7 1/2 U. Gasparone  
Theater d. d. Königgrüßerstr.  
8 U. Es hat nicht sollen sein / Zeltungsausschnitte Leidenschaft, Gift u. Versteinerung oder: Die verhängnisvolle Syphonflasche  
Berliner Theater  
Täglich 7:30:  
Das Weib im Purpur  
Th. L. Admiralspalast  
8 1/2 U. Der Orly 4. Jahres 9 Monate  
verföhren u. d. Hölle ist die große Revue  
Drunter und drüber  
Deutsch. Opernhaus  
7 1/2 U. Die Zauberflöte  
Intimes Th. 8 U.  
Gräpe Georgette  
Metropoli-Theater  
Tägl. 8 Uhr: Karneval der Liebe  
Sommerpreise!  
Thalia-Theater  
7 1/2 U. Frasquita  
Tribüne 8 U.  
Waffel mit dem Schatz  
Beim, Waffeln, Opus

Große Volksoper im Theater des Westens  
7 1/2 Uhr: **La Traviata**

**Komische Oper**  
8 1/2 Uhr: James Klein  
Heute sowie täglich  
**Der große Erfolg!**  
*Die Tanzende Prinzessin*  
Operette in 3 Akten von Walter Kollo

## Erbe

Hasenheide 13/15 am Hermannplatz  
Sonntag, den 1. Juni 1924

### Eröffnung des Sommer-Varieté

Alwin Neuss in seinem Sketch „Ta-Ta“  
Erwin van Roy  
Lisl Schubert  
von der Dresdener Hofoper

**Koruna-Trio**  
Bühnenluftak  
**MiB Radiola**  
Das Wunder der Elektrotechnik  
**Harry & Jack**  
Komische Exzentrik  
**3 Oravias**  
Equilibristen u. s. m.

**Karten-Vorverkauf**  
ab 28. Mai täglich 10-1 Uhr.  
Sämtliche Plätze vor jedem Wetter geschützt.

An den Tanztagen in den renovierten Sälen  
**Gesellschafts-Tanz**  
Kassierzeiten an den Sonntagen 3 Uhr. Beginn der Veranstaltung 5 1/2 Uhr. — Wochentags 5 u. 8 1/2 Uhr.

**Rennen zu Grunewald**  
Donnerstag, den 29. Mai  
nachm. 3 Uhr

Heute Donnerstag  
**10000 Freispenden**  
im Werbe-Pavillon deutscher Firmen

## Lunapark

Heute 2 Großspenden:  
1 Drehbett der Firma Mälvoß G.m.b.H. größte Patentmöbelfabrik Deutschl., Kochstr. 74, Zentr. 8334/75  
1 Niesen-Präsentkorb der Firma „Progress“ Schokoladen- und Konfitürenfabrik, Berlin-Schöneberg, Feurigstraße 54

**Rose-Theater**  
7 1/2 U. Familie Raffke  
8 U. Trianon-Th. Somm.-Dir. R. Pirk  
Ela Schwank der Liebe  
Lied, Melodie

**Reichshallen-Theater**  
Täglich 8 Uhr:  
Stettiner Sänger  
Deutschland erwache!  
Zum Schluss: Ein Musikantentraum  
Dönhoff-Brett!  
Anf. 7 1/2. Sonnt. 8 U.  
Gr. Varieté-Program.

**Wilde Gärten**  
Noch kurze Zeit  
Gastspiel  
**Karsavina**  
von der groß Varieté-Spielplan  
Besten gestellt!

**Theater u. Kollbusch**  
Kollbusch Str. 6  
Täglich 8 Uhr:  
**Elle-Sänger**  
D. ungenauere  
Leberfolg:  
**Theodor**  
du rüchelst noch?!  
Danz Gastspiel  
Alex Stamon.

### Bis Pfingsten

zahle ich bei Einkauf auf meine billigen Preise noch **5%** und empfiehlt es sich daher, Ihren Einkauf bei mir zu decken.

**Breches-Hosen** in Manchester, Cord, Zwirn, Stoff.  
**Lange Hosen** in ver-schied. Qualitäten und schönen Streifen für Männer u. Burschen.  
**Kammgarn-Hosen** im Einzelverkauf u. zur Anfertigung nach Maß. Alles zu äußerst billigen Preisen bei realster Bedienung.

**J. Bukofzer**  
Schneidermeister  
NO 18, Kl. Frankfurter Str. 5

## LUNAPARK

Heute ab 3 Uhr voller Betrieb  
**Brillant-Feuerwerk**  
Ernst Leinerts  
**Feuerradsprung**  
KONZERT  
Großer Zapfenstreich, ausgeführt von der verstärkten Kapelle des Deutschen Tonkünstler-Orchester mit seinem Fanfarenbläserkorps und Spielern  
75 Pfennig

Jahresschau Deutscher Arbeit  
**TEXTIL AUSSTELLUNG**  
Juni-Sept. Dresden 1924

Gründete die Bahnhofsabteilungen  
**Bertige Herren-Stiefel**  
aus Karsavina  
Größe nach Maß  
**Jullius Sabini**  
Größe nach Maß  
Größe 37  
mit U. Spitze

## Neue Welt

Arnold Scholz Hasenheide 108/114  
Donnerstag, den 29. Mai 1924  
Himmelfahrtstag  
**Gr. Promenaden-Konzert**  
und  
**Varieté-Vorstellung**  
Außerdem:  
**Großer Ball**  
Die Kaffeekeule ist ab 2 Uhr geöffnet!  
Einlaß 2 Uhr • Anfang 4 Uhr

## Juhoffers

**Kaffee Tee**  
Von erlesener Güte

**Sport fuß not**  
EINE AUSSTELLUNG BEI **S. ADAM** 19-31 MAI  
Geöffnet von 1/9-7 Uhr. Eintritt frei.

## Großer Fabrik-Einzel-Verkauf \* Elegante Herren-Konfektion

weit unter Ladenpreis

Eleganter Sakko-Anzug 27 50 erstklass. Verarbeitung	Eleganter Sakko-Anzug 42 00 moderne Farben	Gabar dine-Anzüge 68 00 Ersatz f. Maß in best. Verarbeitung	Sport-Mäntel 48 00 feiche Formen	Ulster Fischgrätenmuster, in allen Moden-farben 42 00	Einzel-Verkauf erstklassig. Herrenstoffe
--	---	--	-------------------------------------	---	--

Aus der Konkursmasse der Herrenkleider-Fabrik A.-G., Breite Str. 29, 1 Treppe. Hol Berlin C.,

# Abrechnung im Landtag.

## Genosse Heilmann gegen die kommunistischen und deutschnationalen Bankrotteure.

Der preußische Landtag lehnte gestern, Mittwoch, die politische Aussprache beim Vorschlag für den Staatshaushalt fort.

Abg. Dr. Höpfer-Wilshoff (Dem.) erörtert die Finanzlage Preußens und Deutschlands im Hinblick auf die Reparationspflicht. Das heutige verwickelte unübersichtliche System verwickelter Landessteuern müsse durch eine einheitliche Landeseinkommensteuer ersetzt werden.

Die demokratische Fraktion hoffe, daß die Neubildung der Reichsregierung, die seit drei Jahren in Preußen bewähre große Koalition unangestastet lassen werde. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Bießer (D.-Hannov.) verbreitet sich über Einzelheiten aus der Zeit der Agitation, die in Hannover der Vorabstimmung über die eventuelle Schaffung eines selbständigen Staates Niedersachsen vorausging und bestreite, daß das Abstimmungsergebnis auf legalem Wege zustande gebracht worden sei.

Finanzminister Dr. v. Richter: Es ist ja nicht wahr, daß der richtige, wirkliche Handwerker auf Ihrem Standpunkt steht. (Beifall bei den Demokraten.) Die Herren Welsen tun immer so, als ob es sich um preußischen Partikularismus handelte. Wir liegt ein solcher völlig fern. Die Regierung ist dazu da, den Bestand des Staates und des Reiches, ihr Blühen und Gedeihen zu fördern. (Beifall bei der Regierung.) Die Staatsregierung freut sich im deutschen Interesse dieses Ergebnisses der Vorabstimmung und darüber, daß es auch keinerlei in diesem Kampf seine Schuldigkeit getan hat. (Beifall bei den Demokraten.)

### Abg. Heilmann-Berlin (Soz.):

Abg. Bießer hat sich über den Ton beklagt, der in der Abstimmungskampagne in Hannover gegenüber den Welsen angeschlagen worden sei. Gestern aber hat sich der Freiherr v. Wangenheim hier im Hause den Welsen gegenüber geäußert: "Wir werden uns doch die Hände an Preußen nicht dreckig machen." Der Sprecher der Deutschnationalen hat gestern hier die Deutschhannoveraner in geradezu widerlicher Weise umschmeichelt und so getan, als ob die Welsen nur von dem neuen Preußen nichts wissen wollten.

Die Deutschnationalen haben anscheinend vergessen, daß die Welsen genau so gegen das alte Preußen waren wie gegen das neue.

In der Abstimmungskampagne hat sich gezeigt, daß heute wieder genau so wie früher der wirtschaftliche Druck, besonders draußen auf dem Lande, die Wahlfreiheit beeinträchtigt. Im Bezirk Frankfurt a. d. O. sind die Agrarier bereits dazu übergegangen, die Wähler zu verpflichten, nichts gegen den Landbund zu unternehmen, da sonst der Pachtvertrag aufhöre. Wie es unter solchen Umständen mit der Wahlfreiheit der Wähler steht, kann man sich leicht vorstellen. Und wie in Ostpreußen, so ist es in Hannover. Auch dort mußten besonders auf dem Lande recht viele Leute zur Urne gehen, die für die Welsen nichts übrig hatten. Lediglich aus Angst vor wirtschaftlichem Druck. Und da kommen dann die Deutschhannoveraner her und beklagen sich über Wahlbeeinflussung.

Die erste Rede der Welsen, die zum Staatshaushalt gesprochen hat, kam immer wieder auf die Reparationsfrage zurück. Sie ist die Schicksalsfrage Deutschlands. Keine politische Erörterung ist möglich, ohne daß die Reparationsfrage gestellt wird. Herr Dr. Mayer von den Kommunisten hat gestern hier erklärt, die Sachverständigen des Gutachten hätten in absprechender Weise über Deutschland geurteilt, sie betrachten Deutschland als Kolonie. Herr Dr. Meyer hat das Gutachten entweder nicht richtig gelesen oder nicht richtig verstanden. Das Urteil des Gutachters geht in der Hauptsache dahin, daß Deutschland wohl im Augenblick wirtschaftlich schwach sei, aber bei seiner Energie und Intelligenz sich bald wieder erholen könne. Das ist kein herabsetzendes, sondern ein ehrendes Urteil.

Wichtig und richtig ist, wie die Sachverständigen betonen, daß das deutsche Steuerwesen die bestehenden Kreise nicht kräftig genug erlaßt.

Wir begeistern uns nicht für Reparationen, wie Herr Dr. Meyer es hinstellt. Wir legen lediglich folgendes: Deutschland ist nicht frei in seiner Entscheidung. Es hat nur die Wahl, entweder ehrlich das Sachverständigen Gutachten durchzuführen, oder zuzulassen, daß Rhein und Ruhr auf unabsehbare Zeit verloren gehen und ausgeraubt werden. Wer nicht an die Weltrevolution glaubt, kann einen Rettungsvertrag nur auf dem Boden des Sachverständigen Gutachtens wollen. Herr Dr. Mayer sprach viel davon, daß die Französischen Kommunisten das Gutachten und die Reparationen verwerfen. Das mag sein. Aber die kommunistischen Parteien haben nur einen verflucht geringen Wert. Wir kennen ja die kommunistischen Parteien.

Wie oft haben die Kommunisten die Einheitsfront empfohlen. Aber gestern haben sie ihre Parteigenossen Schaeffer und Schumann fallengelassen, weil sie nicht genug den Anschluß an den radikalen Flügel gefunden haben. (Lärm bei den Kommunisten.)

Es wäre ein geradezu tragisches Verhängnis, wenn in Deutschland gegenüber der englischen Regierung MacDonald und gegenüber der kommenden französischen Regierung Herriot ein Kabinett Tirpitz aufstünde. (Zuruf des deutschnationalen Abgeordneten Kaufmann: "Ihr müßt also wieder rinnen?") Die Frage der Regierungsbeteiligung spielt für die Sozialdemokratie im Augenblick die allergeringste Rolle. Wenn irgendwem die Sozialdemokratie in die Regierung hineinginge, dann um politische Ziele willen. Trotzdem haben uns die Herren von der Rechten jahrelang Futter kriechenwirtschaft vorgeworfen. Was leben wir jetzt? Die Deutschnationalen wollen in die Reichsregierung hinein, aber haben sie auch ein Programm? Antwort: Nein. Helfferisch sprach gegen das Gutachten der Sachverständigen. Trotzdem das Bestreben der Deutschnationalen, ohne klare Stellungnahme in die Reichsregierung hineinzukommen. Es kann sich nur auf die Strebererei nach Positionen erklären lassen.

Klarheit über alles — das ist das Gebot der Stunde. Wir sind für eine ehrliche Friedenspolitik eingetreten, seit der Zeit, da Ludendorffs Kerzen zusammenbrachen.

Wir haben eine ehrliche und klare Erfüllungspolitik fortgesetzt. Bis in England und Frankreich der Umschwung eintrat. Heute ist es so weit, daß Deutschland die Früchte dieser Friedenspolitik ernten kann.

(Zuruf bei den Kommunisten: Und die Russische Handelsdelegation?) Wir wollen Frieden mit allen Völkern. Die Russische Handelsdelegation hat zweifelslos der kommunistischen Agitation Dienste geleistet. Sie hatte zu Beginn der normalen Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland diplomatischen Charakter erhalten und man hat es verabsäumt, die Frage ihres diplomatischen Charakters zeitlich neu zu regeln. Eins heißt fest: Wenn eine deutsche Handelsvertretung in Sowjetrußland sich so benommen hätte, wie die russische in Deutschland, wäre sie längst abgeschoben worden. (Lärm bei den Kommunisten.) Wozu die Aufregung? Der deutsche Generalkonsul von Wostaw beschwerte sich vor einiger Zeit über einen hochstehenden sowjetischen Funktionär, der den Generalkonsul ostentativ nicht grüßte. Nach dem Grund gefragt, erklärte der Funktionär, er grüße keinen Bourgeois, von deutscher

Seite wurde eine Entschuldigung verlangt. Der Funktionär trat schon um 110 Uhr abends auf dem Generalkonsulat ein, um seine Entschuldigung vorzubringen, und berichtete dann an seine zuständige Stelle die Entschuldigung geleistet zu haben. Es folgte eine neue Beschwerde. Kurz und gut, der Erfolg von all dem war, daß der betreffende Funktionär zum — Gouverneur von Petersburg ernannt wurde. So macht man es in Sowjetrußland. Wir wünschen jedenfalls eine baldige Beilegung des Zwischenfalls. Nur eins soll nicht vergessen werden: Die "Kote Fahne" hob seinerzeit bei der Erörterung des Zwischenfalls geradezu triumphierend die Sperrung der russischen Getreidezufuhr hervor.

Der "Koten Fahne" lag das russische Prestige mehr am Herzen als die Not der deutschen Arbeiter. Aber dafür wird ja die "Kote Fahne" auch bezahlt. (Zuruf und Lärm bei den Kommunisten.)

Vergleichen Sie doch nicht die wechselseitigen Unterstreichungen der Parteien und Gewerkschaften der Zweiten Internationale. Ueber diese Unterstreichungen wird öffentlich Rechenschaft abgelegt. Sie stellt etwas ganz anderes dar, als die Subventionierung einer Partei, deren Kern und Grundlage im Rußland liegt.

Zu einer richtigen Friedenspolitik nach außen gehört die entsprechende Innenpolitik. Keine Innenpolitik im Sinne des Friedens ohne Ruhe und Ordnung im Innern. Und daher müssen wir mit allem Nachdruck darauf bestehen, daß die militärischen Geheimorganisationen unterdrückt werden. Sie sind es bis jetzt noch nicht und die Frage, wo und wie diese Organisationen durch die Reichswehr unterstützt werden, ist auch noch nicht geklärt. Im Prozeß Zeigane hat man jeden Kampf gegen die Geheimorganisationen zu Landesverrat gestempelt. Abgesehen von dem juristischen Wahnsinn, den sich das Reichswehrministerium geleistet hat, ist das Ganze auch noch eine politische Fälschung. Die Schatzkammer in der Entente können leicht lügen, unter dem Druck des Landesverratsparagrafen werde in Deutschland gerichtet.

Wir wollen vom Innenminister wissen, ob die 2000 unter Lettow-Vorbed in Schleswig-Holstein ausgebildeten Leute mit Wissen der Reichswehr ausgebildet wurden. Die militärischen Geheimorganisationen sind nach außen hin für Deutschland kompromittierend und nach innen hin provozierend für den Bürgerkrieg.

Wir verlangen, daß ein Untersuchungsausschuß des Landtags endlich einmal feststellt, warum die Strafbehörden in der Verfolgung von Morden an linksgerichteten Personen versagen. Woher die Dentschrift des Reichsjustizministeriums noch die Dentschrift des Preussischen Justizministeriums zu dem bekannten Gumpelschen Buch über Morde an politisch linksgerichteten Personen kann uns genügen.

Auch die Antwort des Justizministeriums über die Wiedereinsetzung der Strafen auf Abbrechung bedrückt uns nicht. Der Umfang der Abbrechungen wächst in Deutschland infolge der wirtschaftlichen Not und in Hunderttausenden von Fällen treibt die falsche Behandlung dieser Dinge von Seiten der Justiz die Frauen den Fußboden in die Hände. Es handelt sich nicht darum, die Abbrechung überhaupt freizugeben, sondern lediglich darum, den Arzt unter besonderen Bedingungen zum Angriff zu ermächtigen.

Es wurde gestern hier auch manches Wort über die Rentenmarkt gesprochen und auch darüber, daß sie zu spät gekommen sei. Sie ist Jahre zu spät gekommen, weil die Währungsstabilisierung nach den Plänen des sozialdemokratischen Wirtschaftsministers Robert Schmidt planmäßig von der Reichsbank abgelehnt wurde.

Die bisher angewandte Methode des Beamtenabbaus führt zu unhaltbaren Zuständen. Sie schneidet schon jetzt tief in das Fleisch der Verwaltung. Mit einem schematischen Abbau von 25 Proz. stürzen wir die Verwaltung lediglich in Verwirrung. So geht das nicht.

Gestern wurden hier wieder Loblieder auf die freie Wirtschaft gesungen. Wertwändig, wo wir doch eigentlich gar keine wirklich freie Wirtschaft haben.

Ist es freie Wirtschaft, fortwährend nach Reichskrediten und Staatssubventionen zu ruhen? Die Landwirtschaft will 800 Millionen Rentenmark. Das alles ist nur Wirtschaft auf Kosten des Staats. Auf der einen Seite preist man die freie Konkurrenz und auf der anderen ruft man zu gleicher Zeit nach Zöllschuß.

Ersparnisse sollen gemacht werden. Gemäß, die Rentner, besonders die kleinen Rentner und Sparer sind enteignet worden. Und in dieser Zeit der Rentnerenteignung schiedete der deutsche Finanzminister ein Rundschreiben durch die Länder, das sich mit der Frage der Aufbesserung der Renten der fürstlichen Familien und Landesherren befaßt. Eine Reihe solcher fürstlichen Familien sollen sich in Notlage befinden. Wir fragen das Finanzministerium, ob hier nicht der Versuch gemacht werden soll, Beiden zu helfen, die wirklich keiner Hilfe bedürftig sind. Auch soll den Hohenzollern eine ganze Reihe von Vermögenswerten herausgegeben werden. Die Frage der Auseinandersetzung des preussischen Staates mit den Hohenzollern kann nur durch einen politischen Befehlungsakt aus der Welt geschafft werden. (Beifall links.)

Von den Demokraten ist die Frage der Wahlreform angeschnitten worden. Wir sind bereit, hier mitzuarbeiten. Nur muß das möglichst rasch geschehen, damit es nicht so geht wie im Reichstag, wo die Frage der Wahlreform zu spät zur Debatte gestellt wurde.

Durch die Vorgänge in der Staatlichen Porzellanmanufaktur ist Preußen in nicht geringem Maße geschädigt worden. Trotz des Verlängens nach einer Reform ist nichts geschehen. Die Folge ist, daß Direktor Schaeffer die Staatliche Porzellanmanufaktur verläßt, andere wertvolle Kräfte werden ihm folgen. (Zuruf bei den Deutschnationalen.) Jawohl Sie, meine Herren, von der Rechten haben ein gerüttelt Maß von Schuld an dieser Schädigung der Staatlichen Porzellanmanufaktur. Ihre Heße hat es erreicht, daß tüchtige Kräfte von ihrem Plätzen verdrängt werden, lediglich deshalb, weil es Sozialdemokraten sind. Aber seien Sie überzeugt, es wird Ihnen in dieser Frage nichts geschenkt werden. Wir werden Ihnen den Nachweis liefern, daß an einem einzigen Mitglied der Deutschnationalen Fraktion die Staatliche Porzellanmanufaktur mehr zugesetzt hat als in allen übrigen Fällen. Heße, Lüge und Verleumdung haben triumphiert. Man muß da an das Wort des Reichsbankpräsidenten Schacht denken, daß Deutschland die Wirtschaftskrise viel leichter überwinden wird als die moralische Krise, die durch die Verleumdung ins Volk getragen worden ist.

Und nun zum Schluß noch ein Wort über unsere Bemühungen bei den Reichstagswahlen und über die Hoffnungen der Deutschnationalen und der Kommunisten für die Preußenwahlen. Im Oktober v. J. hat Herr Röh, der jetzt seine Tätigkeit vom Landtag in den Reichstag verlegt hat, prophezeit, zu Wahlen dürfe es in Preußen überhaupt nicht mehr kommen, die Entscheidung werde im Bürgerkrieg fallen, die Sozialdemokratie sei tot, ihr Leidnam verpönte nur noch die Luft. Und heute? Die Sozialdemokratie im Reichstag ist immer noch etwas stärker als die kommunistische Partei. Die Herren haben den Mund etwas zu voll genommen. Und wenn Herr Dr. Mayer über die Reichstagswahlen eine weitere Zu-

nahme der Kommunisten voraussetzt, dann antworte ich ihm darauf: gewiß, wenn das Elend wächst. In England, in Frankreich, in Schweden, in Holland — kurz, in der ganzen Welt, wo halbwegs normale Verhältnisse existieren, da kommt die kommunistische Partei nicht recht in Zug und Schwung. Nur wo das Elend wächst, wachsen die Kommunisten. Je elender es dem Volke geht, desto besser geht es der kommunistischen Partei. Und je besser es den Kommunisten geht, desto stärker wird die Reaktion. Wir sind überzeugt, daß die Arbeiter den verhängnisvollen Irrweg und Abweg in der politischen Entwicklung in Deutschland erkennen. Sogar trotz des Elends wird in Preußen dafür gesorgt werden, daß die Bäume der Kommunisten nicht in den Himmel wachsen. (Beifall links.)

Finanzminister Dr. v. Richter macht den Versuch, sein Rundschreiben in der Frage der Rentenversorgung der Standesherren als harmlos hinzustellen. Er habe lediglich bei den Ländern über die Art der Aufwertung und Auffüllung gebeten. Die Auseinandersetzung mit der Krone sei durch den sozialdemokratischen Antrag Müller-Franken im Reichstag verschleppt worden. Dieser Antrag sei bis jetzt noch nicht im Reichstag erledigt worden und habe im neuen Reichstag erst recht keine Aussicht. Prozesse, die von vornherein aussichtslos seien, führe er nicht, schon um die Kosten zu sparen. Nach der Auffassung der Mehrheit des Landtages handle es sich bei der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern um eine Rechtsfrage, und diese könne nicht durch einen Befehlungsakt, sondern höchstens durch einen Vergleich gelöst werden. (Beifall rechts.)

Abg. Weigermel (Dnall.) versucht die deutschnationalen Treibeuren gegen die Personalpolitik in der Staatlichen Porzellanmanufaktur zu rechtfertigen.

Das Haus vertagt sich dann auf Freitag 10 Uhr.

## Vom Konflikt im Bergbau.

### Der neue Schiedspruch.

Der Schiedspruch, dessen Wortlaut wir weiter unten veröffentlichten, ist von den Zechenbesitzern wie vom Bergarbeiterverband abgelehnt worden. Der Christliche Bergarbeiterverband hat ihn angenommen. Er wird nun für verbindlich erklärt werden, wenn die geforderten vorgeschriebenen Formalitäten erfüllt sind. Die Verbindlichkeitserklärung wird wahrscheinlich schon heute mittag erfolgen.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes ist zur Besprechung der durch die Ablehnung des Schiedspruches durch die Delegiertenkonferenz und durch die bevorstehende Verbindlichkeitserklärung geschaffenen Lage zusammengetreten.

Der Schiedspruch, dessen wesentliche Verbesserungen wir bereits in der gestrigen Abendausgabe des "Vorwärts" mitteilen konnten, liegt nunmehr im Wortlaut vor. Da der neue Schiedspruch sich jedoch durchweg auf den Schiedspruch vom 16. Mai bezieht, geben wir den Wortlaut des Schiedspruches vom 16. Mai wieder, mit den Abänderungen, die sich aus dem Schiedspruch vom 27. Mai ergeben. Die Abänderungen sind im Druck hervorgehoben.

Bezüglich des Rahmentarifvertrages gilt der Schiedspruch vom 16. Mai 1924, monoch der Rahmentarif bis zum 30. Juni 1925 verlängert wird und mit zweimonatiger Kündigungsfrist kündbar ist. Er läuft drei Monate weiter, wenn keine Kündigung erfolgt.

### Die Arbeitszeit

Ist wie folgt geregelt (Schiedspruch vom 16. Mai):

1. a) Zu der Schichtdauer der Arbeiter unter Tage, die vom Beginn der Schicht bei der Einfahrt bis zum Wiederbeginn bei der Ausfahrt 7 Stunden beträgt, tritt eine Mehrarbeit von 1 Stunde.
- b) An Arbeitspunkten mit einer Temperatur von mehr als 28 Grad Celsius beträgt die Arbeitszeit vor Ort dementsprechend 5 plus 1 Stunde und die Schichtzeit 6 plus 1 Stunde. Auf den Zechen, in denen mehr als 50 Proz. der unterirdischen Belegschaft in Temperaturen über 23 Grad Celsius arbeiten, dauert die Schichtzeit für die in diesen Temperaturen arbeitenden Belegschaften 6 1/2 plus 1 Stunde.
- c) Die Arbeitszeit der Arbeiter über Tage, soweit sie unmittelbar mit der Förderung zu tun haben, beträgt dementsprechend 8 plus 1 Stunde. Als an der Förderung unmittelbar beteiligt gelten Anschläger, Hilfsanschläger, Aufschlepper und Abnehmer.
2. a) Für Stochfesseitzer in Stochfessehäusern mit intensivem Betriebe beträgt die wöchentliche reine Arbeitszeit (einschließlich Sonntags) 56 Stunden.
- b) Für Kesselreiniger, soweit sie ihre Arbeiten im Kesselraum verrichten müssen, sowie für Bleibler beträgt die tägliche Arbeitszeit 8 Stunden.

Die Ziffer 2. c) enthält im Schiedspruch vom 27. Mai folgende neue Fassung:

- c) Die Arbeitszeit für die an den Koksöfen beschäftigten Arbeiter beträgt: a) bei Koksöfen mit einer Garungszeit von mehr als 28 Stunden insgesamt im Wochendurchschnitt 62 Stunden. Bei einer Höchstschichtzeit von 8 1/2 Stunden einschließlich Sonntags, b) bei Koksöfen mit kürzerer Garungszeit sowie solchen, die Gas an andere Betriebe zu liefern haben, insgesamt im Wochendurchschnitt 65 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 7 1/2 Stunden einschließlich Sonntags. Sofern in der Sonntagschicht eine Pause eingelegt wird, liegt sie außerhalb der Schichtzeit, wird aber besonders bezahlt.

Im Falle zu a) wird für die Arbeitszeit der volle Tarifschichtlohn für 6 1/2 Schichten bezahlt. Im Falle zu b) tritt zu dem Tarifschichtlohn ein Entgelt für die 3 Mehrarbeitsstunden in Höhe von 2/3 des tariflichen Entgeltes.

(Nach dem Schiedspruch vom 16. Mai betrug die Arbeitszeit an den Koksöfen im Wochendurchschnitt 63 Stunden bei einer Höchstschichtzeit von 7 1/2 Stunden einschließlich Sonntags. Die Arbeitszeit der Düsenwärter bei Koksöfen alten Systems wird auf 8 Stunden festgesetzt, wenn im Düsen gange außergewöhnliche Hitze herrscht.)

d) Die Arbeitszeit in den übrigen durchgehenden Tagesbetrieben beträgt im Wochendurchschnitt 56 Stunden, bei einer Höchstschichtdauer von 7 1/2 Stunden pro Woche einschließlich Sonntags. Arbeitsbereitschaft in den Pausen ist zugelassen.

e) Für die übrigen Tagesarbeiter beträgt die Arbeitszeit ausschließlich der Pausen für die 6 Wochentage a) auf Anlagen mit zwei Förderbändern 58 Stunden mit der Maßgabe, daß die Arbeitszeit am Samstag nicht mehr als 8 Stunden beträgt, b) auf Anlagen mit einer Förderbänder durchschichtlich 59 Stunden, wobei mindestens an jedem zweiten Samstag die Arbeitszeit der Frühschicht nicht mehr als 8 Stunden beträgt.

Auch bei dieser Regelung beträgt die Arbeitszeit der Nachschicht 58 Stunden in der Woche. Die Nachschicht am Samstag ist als volle Schicht zu vergüten.

Ziffer 3 blieb ebenfalls unverändert:

3. In den Tagesbetrieben, in denen bereits vor oder während des Krieges weniger als 10 Stunden gearbeitet worden ist, gilt wieder diese Arbeitszeit, es sei denn, daß die verkürzte Arbeitszeit durch die besonders schwere der Arbeit oder aber die besondere Beschaffenheit der Arbeitsstätte (Hitze, schlechte Luft) bedingt war, und die Voraussetzungen dafür fortgewallen sind.

Im weiteren bezieht sich der Schiedspruch auf Anlagen, die uns nicht zur Verfügung stehen, und besagt:

# Wirtschaft

## Dividendenlosigkeit und Papiermarkbilanzen.

Täglich häufen sich die Meldungen über Geschäftsabschlüsse bekannter Unternehmungen aus Industrie und Handel, die von der Zahlung einer Dividende für das letzte Geschäftsjahr absehen. So haben neuerdings die im R. Wolf-Konzern zusammengefaßten Gesellschaften, die Hirsch-Kupfer- und Messingwerke A.-G. und die Aktiengesellschaft für Bauausführungen auf die Dividendenzahlung in aller Form verzichtet. Andere sind ihnen bereits vorangegangen, unter ihnen die Berliner Großbanken, die Werke des Stinneskonzerns, zu denen auch der Siemenskonzern gehört. Es ist wie eine stille Abrede, daß man die erzielten Gewinne beisammenhält und auf neue Rechnung vorträgt. Allenfalls fällt für die Aufsichtsratsmitglieder ein fetter Goldmarkbrocken ab. Die Aktionäre — und unter ihnen die vielen „kleinen Leute“ —, die in der Inflation von den Banken zur Flucht in die Sachwerte animiert wurden, bei dem gesunkenen Kursstand aber ihre Papiere nicht verkaufen wollen, gehen leer aus. Die Zeit der großen Extraausschüttungen und der lukrativen Bezugsrechte ist vorüber. Die Großaktionäre wissen schon, daß sie auf ihre Rechnung kommen werden — sie können warten.

Die Einbehaltung der Gewinne zur Verstärkung der Betriebsmittel ist heute volkswirtschaftlich durchaus gerechtfertigt. In einer Zeit, wo es sehr schwer fällt, Kredite für die Inangriffnahme der Betriebe zu erhalten, ist es nur allzu begründet, wenn man die einmal erzielten Ueberschüsse zunächst zurückhält, bis die Lage sich geklärt hat.

Die Kreditknappheit aber ist eine unmittelbare Folge der Liquidation der Inflationswirtschaft. Dieser Umstand regt zu einem Vergleich an. Schon einmal stand die deutsche Volkswirtschaft vor einem ähnlichen Umstellungsprozeß. Das war im Jahre 1919, als nach Beendigung des Krieges die Friedensproduktion wieder aufgenommen werden sollte. Damals hätte man erwartet, daß man — nicht anders wie heute — alle Kräfte zusammenhalten würde, um den so oft und mit großem Pathos propagierten „Wiederaufbau“ zu ermöglichen. Was aber geschah? Die Gesellschaften schütteten reichliche, für ein verarmtes Volk geradezu unverständlich hohe Dividenden aus. Man scheute auch davor nicht zurück, auf die im Kriege aufgesammelten Sonderrücklagen zurückzugreifen. In Massen wurden Kriegsanleihe als Dividende oder Sondervergütung auf diese Weise unter die Leute gebracht. Für die Dividendenpolitik war damals die Steuerflucht des Besitzes vor den drohenden Vermögensabgaben bestimmend. Man hätte aber die erheblichen Ausschüttungen nicht vornehmen können, wenn nicht das Stahlbad der anderen der Industrie gewaltige Gewinne gebracht hätte.

Ist also heute die Zurückhaltung in der Dividendenpolitik durchaus begründet, so wird sie durch das Zusammentreffen mit einem anderen Umstand bedenklich. Das Vertrauen der kapitalkräftigen Kreise des In- und Auslandes in die deutsche Industrie würde unter dem Ausbleiben der Dividenden an sich nicht leiden. Es kommt aber hinzu, daß — von wenigen Ausnahmen abgesehen — alle Unternehmungen nur Papiermarkbilanzen veröffentlichen, die über den Vermögensstand der Gesellschaft nichts aussagen können, weil die Geldbewertung die Ziffern unbrauchbar gemacht hat. Wie groß heute der Ertragswert von Maschinenanlagen, der Wert von Rohstoffen und Fertigwaren ist, vermag der Außenstehende noch schlechter abzuschätzen als der in der Produktion Stehende. Niemand weiß heute, wie die Kreditkrise sich in längerer Zeit auf die Warenpreise auswirken wird. Werden nun die Goldbilanzen verzögert und außerdem vorläufig keine Dividenden ausgeschüttet, so ist die Beurteilung, ob es lohnt, Kapital in Industriewerten anzulegen, so gut wie unmöglich; durch diese Unsicherheit wird aber schließlich der Industrie die Aufnahme

von neuem Kapital außerordentlich erschwert. Diese Unsicherheit dürfte endlich auch mit Schuld daran tragen, daß die Aktienkurse so niedrig stehen, obwohl hierbei fraglos auch andere Gründe mitspielen, wie Kreditnot, Zahlungsschwierigkeiten von Aktienbesitzern.

Aus diesen Gründen ist zu fordern, daß die Aufstellung von Goldmarkbilanzen beschleunigt wird. Andernfalls darf man sich darüber nicht wundern, daß mit dem Vertrauen in die kapitalistische Ertragsfähigkeit der Unternehmungen auch die Möglichkeit der Kapitalbeschaffung für die deutsche Produktion künstlich eingeschränkt wird.

**Reichskredit für die Mansfeld-A.-G.** Im Einvernehmen mit dem Reichsarbeitsministerium hat der preussische Minister für Volkswohlfahrt endgültig den 1 1/2-Millionen-Kredit für die Mansfeld-A.-G. genehmigt. Die Gesellschaft hat die Verpflichtung übernommen, die ihr gewährte Kampaune zu benutzen, um den Betrieb auf eine rentable Grundlage zu stellen. Für den Beschluß der Regierung war neben anderen Momenten, die mit einem evtl. Anlauf des betroffenen Betriebes nach der Stilllegung durch die gegenwärtige Gesellschaft zusammenhängen, die Sorge für die im Kupferbergbau der Mansfeld-A.-G. beschäftigten 15 000 Arbeiter ausschlaggebend.

**Mehrere Millionen Goldmark für zahlungsunfähige Hamburger Banken!** Die seit längerer Zeit von mahabenden Stellen gepflogenen Verhandlungen zum Zwecke einer auf breiter Grundlage aufgebauten Stützungsaktion für die Hamburger Börsen sind dem „Hamburger Fremdenblatt“ zufolge, zum Abschluß gekommen. Die Großbanken und die größeren Bankfirmen haben ein Syndikat zur Stützung illiquider Bankfirmen gebildet. Mehrere hunderttausend Pfund sind zur Verfügung gestellt worden, über die ein von der Bankenvereinigung und dem Vorstand der Wertpapierbörse ernannter Ausschuss verfügen kann. Dieser Fonds wurde bereits von mehreren zahlungsunfähigen Hamburger Firmen in Anspruch genommen, so daß es hierdurch gelang, mit dem größten Teil dieser Firmen zu einer Einigung bzw. zu einer Verständigung zu kommen.

**Insolvenz einer angesehenen Privatbankfirma.** Eine der ältesten Banken, wenn nicht überhaupt das älteste deutsche Privatbankhaus ist zahlungsunfähig geworden. Es handelt sich um das angesehenste seit 275 Jahren bestehende Frankfurter Bankhaus D. u. J. de Neufville. Die Schwierigkeiten sind weniger durch die herrschende Kredit- und Konjunkturkrise als durch fehlerhaftes disponieren, Ueberspannung der Beteiligungsgeschäfte usw. verursacht. Das Bankhaus hat sehr bedeutende Engagements am Geldmarkt (zirka 1 1/2 Millionen Goldmark) laufen, denen ausreichende Mittel nicht gegenüberstehen. Die Firma hat sich an die Frankfurter Bankiervereinigung um eine Hilfsaktion gewandt, die sich zunächst zerschlug. Man einigte sich jedoch in erneuten Verhandlungen auf eine Stützungsaktion, deren Zweck die Liquidation des alten Hauses ist. Zu den Gläubigern gehört u. a. die Bayerische Staatsbank.

**Mehl zur Seifenherstellung.** Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft hat durch eine dieser Tage veröffentlichte Verordnung die Bekanntmachungen über das Verbot der Verwendung von Mehl, insbesondere Kartoffelmehl, zur Seifenherstellung vom 22. Dezember 1914 und 18. Februar 1915 außer Kraft gesetzt. Bei der derzeitigen Versorgungsnotlage erscheint es nach amtlicher Mitteilung unbedenklich, zur Seifenherstellung auch Mehl zu verwenden. Es war daher möglich, den dringenden Wünschen der Seifenindustrie nach Aufhebung der nicht mehr zeitgemäßen Beschränkung der Seifenherstellung zu entsprechen.

**Großhandelsindex.** Die auf den Stichtag des 27. Mai berechnete Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ergibt gegenüber dem Stande vom 20. Mai (122,2) eine weitere Abschwächung um 1,6 v. H. auf 120,2, die insbesondere durch den Rückgang der Butter- und Fleischpreise herbeigeführt wird. Von den Hauptgruppen sanken in der gleichen Zeit die Lebensmittel von 106,3 auf 103,4 oder um 2,7 v. H.; davon die Gruppe Getreide und Kartoffeln von 89,7 auf 89,5 oder um 0,2 v. H.; die Industriestoffe von 152,0 auf 151,6 oder um 0,3 v. H.; davon die Gruppe Kohle und Eisen von 148,2 auf 144,8 oder um 3 v. H.; ferner die Inlandsmaren von 111,7 auf 109,8 oder um 1,7 v. H. und die Einfuhrwaren von 175,0 auf 172,0 oder um 1,7 v. H.

3. Nach Ziffer 3 der Anlage 2 ist folgende neue Ziffer 4 einzufügen: Bei Streitigkeiten, die sich aus den Ziffern 2a (intensivierter Betrieb), 2c (Beschäftigung an Rostöfen) und 3 (Wegfall von Vorausschaltungen) ergeben, entscheidet eine für das ganze Revier zu vereinbarenden Schiedsstelle, bestehend aus dem Leiter der Abteilung für allgemeine Arbeiterangelegenheiten beim Oberbergamt in Dortmund und je einem von den Arbeitgeberern und den Arbeitnehmern ernannten Vertreter endgültig und bindend.

Ziffer 4 der Anlage 2 wird Ziffer 5. In dieser Ziffer ist hinter „... festgesetzten Arbeitszeiten“ einzufügen: (regelmäßige Arbeitszeit plus Mehrarbeit).

### Die Lohnfrage

hat folgende Neuregelung erfahren: Als Ziffer 6 ist einzufügen:

Der Tarifschlichter für Zimmerbauer wird gegenüber dem Tarifschlichter im April 1924 für Mai 1924 um 15 Proz., vom 1. Juni 1924 ab für die Dauer dieses Abkommens um weitere 5 Proz. (bezogen auf den Aprillohn) erhöht. Die übrigen Löhne erhöhen sich dementsprechend.

Ziffer 5 der Anlage 2 wird Ziffer 7 und erhält folgende neue Fassung: Diese Regelung gilt bis zum 30. September 1924 und kann von diesem Zeitpunkt ab mit zweimonatiger Frist erstmalig für den 30. November 1924 gekündigt werden. Eine spätere Kündigung kann zum Schlusse jeden Monats mit zweimonatiger Frist erfolgen. Im Falle der Kündigung treten die Parteien spätestens eine Woche nach erfolgter Kündigung zu neuen Verhandlungen zusammen.

III. Die Erklärungen über Annahme oder Ablehnung dieses Schiedspruches sind dem Reichsarbeitsministerium gegenüber bis zum 29. Mai 1924, mittags 12 Uhr, abzugeben.

Berlin, den 27. Mai 1924. gez. Dr. Sarup.

Im Anschluß an den Schiedspruch trafen die am Tarifvertrag für den Ruhrbergbau beteiligten Verbände folgende

### Vereinbarung:

„Unter der Voraussetzung, daß auf Grund des heute ergangenen Schiedspruches es zu einer alsbaldigen Aufnahme der Arbeit kommt, vereinbaren die Parteien folgendes:

1. Bei der Wiederaufnahme der Arbeit sind sämtliche Arbeitnehmer sobald und soweit es die Betriebsmöglichkeiten gestatten, wieder einzustellen. Ausgeschlossen dürfen lediglich solche Arbeitnehmer werden, die sich schwerer Verfehlungen schuldig gemacht haben. Im Streitfalle entscheidet eine vereinbarte Schiedsstelle, bestehend aus einem vom Berghauptmann des Oberbergamts in Dortmund bestellten Juristen als Vorsitzenden und je zwei von den beiderseitigen Tarifparteien zu benennenden Vertretern endgültig und bindend.

2. Maßregelungen finden, unbeschadet der Ziffer 1, nicht statt.

3. Die ausgefallenen Maßregeln gelten im Hinblick auf die tariflichen Bestimmungen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses.

4. Soweit sich die Besen Kreditmöglichkeiten beschaffen können, werden sie im Einvernehmen mit dem einzelnen Arbeitnehmer dem auf das Urlaubsjahr 1924/25 entfallenden Urlaub durch entsprechende Lohnzahlung baldmöglichst abgelten, wobei Arbeiter mit kinderreichen Familien in erster Linie berücksichtigt werden sollen.

Berlin, den 27. Mai 1924.

Für den Besenverband:

gez. Bischoff.

Für die am Tarifvertrag beteiligten Arbeitnehmerverbände:

gez. Martin Müller, Rottbauer, F. Schmidt, Koppelt.

**Bochum, 28. Mai. (W.B.)** Die Leitung des Bochumer Vereins teilt mit: Die regelmäßige Kohlenzufuhr hat mit dem Beginn der Bergarbeiterausperrung am 13. Mai aufgehört. Der Gesamtbetrieb wird stillgelegt.

**Beuthen, 28. Mai. (W.B.)** Ueber die Streiklage ist zu berichten, daß die Zahl der Arbeitswilligen auf einzelnen Gruben und Eisenhütten weiter etwas zugenommen hat. Nachdem für den Ruhrbergbau ein neuer Schiedspruch ergangen ist, hat der Schlichter für Oberschlesien die Parteien für Freitag, den 30. Mai, zu einer Verhandlung eingeladen. Der Arbeitgeberverband der ober-schlesischen Montanindustrie hat die Einladung mit dem Hinweis abgelehnt, daß in Oberschlesien bereits verbindliche Schiedsprüche beständen.

# Leciferrin

## Nervenstärkend - blutbildend

# Schwächezustände, Verlust von Kraft u. Energie

beruhen auf einem mangelhaft genährten Körper, da in dem Körper die roten Blutkörperchen fehlen. Ärzte verordnen mit Vorliebe das vertrauenswürdigste Leciferrin, ein Nähr- und Blutaufrichtungsmittel für Erwachsene und Kinder. Erhältlich in allen Apotheken und Drogerien. Preis 3 Mark.

**Galenus Chemische Industrie G. m. b. H., Frankfurt a. M.**

# DR THOMPSON'S

# Schwan

Ist ausgiebig im Gebrauch, spart Zeit und Mühe.



**SEIFEN-PULVER**

<p><b>Braun</b> 5.90 echt Chevreau, gutes Fabrikat, mod. runde Form, m. Lederbrandsohlen, Schnür- oder Spangenschuhe ...</p> <p>Dito, mod., ganz spitze Form, erstklass. Fabr. 9.80</p> <p>Braune Dam.-Schnür- und Spangen-Schuhe hoher Absatz, mod. Form 6.90</p> <p>Lack-Schnür-Schuhe 9.80 schicke Form u. Absatz</p>	<p><b>Leder-Haus-</b> 2.95 Spangenschuhe f. Damen, sehr gutes Fabrikat, gutes Material .....</p> <p><b>Leder-Kinderstiefel</b> 75 Pf. echt Cbropleder, 18-20 ..</p> <p><b>Braune Kinder-Halb-</b> 4.90 Schnür- und Spangenschuhe Gr. 31-35, 8.90, Gr. 27-30</p> <p><b>Pantoffeln</b> 55 Pf. f. Herren 65 Pf., f. Damen</p> <p><b>Weiße Leinen-Schnür-</b> 1.85 und Spangenschuhe für Damen</p>	<div style="font-size: 48px; font-weight: bold; text-align: center;">6</div> <p style="text-align: center;">Herren - Halbschuhe braun, echt Box calf, mod. halbspitze Form, schw., echt Chev., spitze P., 100 rund 7.90</p> <p style="text-align: center;"><b>Herren-Stiefel</b> Echt Rindbox</p> <p style="text-align: center;">moderne breite Form mit Lederbrandsohle Alle Größen</p> 
--	--	--

Gross-  
Detail

# Schuh-Lokal

Behrndt

Münzstr. 25

Frankfurter Allee 54  
Rottbuser Damm 13

Braune Herrenstiefel	12.50
echt Boxrind, moderne Farbe u. Form	
Herrenstiefel auf Rand genäht	10.90
echt schwarz Boxrind, mit und ohne Doppelsohlen, sehr gutes Fabrikat	
Derselbe mit durchgehender Doppelsohle bis zum Absatz, besonders billig .....	12.50

**SPECIAL-MARKEN**

BLAUKOPF 3 $\frac{1}{2}$  KARNAKIS 4 $\frac{1}{2}$  MOHAR 5 $\frac{1}{2}$  SOSUL 6 $\frac{1}{2}$  MATARA 6 $\frac{1}{2}$  MOHAR LUXUS 8 $\frac{1}{2}$

RICHTER/TEGLITZ

Der vornehme, elegante, gesch.

### Trauring

Marke: „Ribo“

aus einem Stück, ohne Lötung, sollte bei keiner Verlobung fehlen.

Ribo 900 Per Gramm: G.M. 5:—  
Ribo 585 per Gramm: G.M. 3.25  
Ribo 333 „ „ 2:—

Trauringe 585 m. Inschrift:

„Du bist mein, ich bin Dein.“  
„Mit Willen Dein Eigen.“

Ornamentringe mit Rose und Myrte etc. p.Gr. G.-M. 6:—

Sämtl. angeführten Trauringe sind in all. Weiten u. Schweren am Lager, also gleich zum Mitnehmen. Preise inkl. Façon u. Steuer.

Double-Trauringe v. 50 Pl. bis 2.-G.M. Silber u. silb. Hochzeit 2.-

Versand n. außer. Preisliste gratis.

### Richard Bonneck

seit 1922 immer noch

Schönhauser Allee 45,  
direkt Hochbahnstation Danziger Str.

Filiale:  
Landsberger Allee 41

Reichsbank Giro-Konto, Banque Fédérale, Le Chantre de Fonds, Tel.-Adr.: Goldonkel Berlin, Fernspr. Humb. 1944. Fil. Fernspr. Alex. 4390.

**Schuhhaus Arenstein**

**Neu Eröffnung**  
9. Filiale  
Brunnenstr. Ecke  
Veteranenstr.

**Rücksichtslos billig**  
stellen wir zum Verkauf unsere anerkannt guten Qualitätswaren!  
Die Volkswirtschaft verlangt

### PREISABBAU!

Wir tragen dem Rechnung durch unerhörte

### Preisherabsetzung.

Unser Wahlspruch auch für den Norden:  
**Alle Wege führen zu**

Eröffnung Sonnabend

JOE LOE

**Land- u. Bauparzellen**  
in Cöpenick, 5 Min. v. Bf., guter Boden, kein Blauboden, gr. Kies, Teils, 1. Bau u. Eigenheimen d. Baugenossenschaft, DR. unter S. 32 an die Gen. des „Görwörte“

**Gicht** Bei Kurz-April-Oktobr. Rheumatismus, Ischias, Frauenleiden hervorag. seit über 30 Jahre bewährt

Eisenmoorbäd  
**Bad Schmiedeberg, Bezirk Halle**

Bahn Wittenberg-Elbenburg, Herrliche Waldgegend. Großes Kurhaus m. Versammlungsräumen f. Kongresse usw. Prospekt 66 gegen Rückporto durch städtische Badeverwaltung.

Drum prüfe, wer sich ewig bindet . . . . .

### Trauringe

1 Ring Dukatengold von 9,00 Goldmk. an  
1 Ring 585 gestemp. von 6,00 Goldmk. an  
1 Ring 333 gestemp. von 2,90 Goldmk. an  
Einfache Ringe 1,50 Goldmark

ges. gesch.

**Hermann Wiese, Juwelier, Berlin N, Artilleriestr. 30**  
5 Minuten vom Bf. Friedrichstraße, Untergrundbhf. Oranienbz. Tor  
Berlin W, Passauer Str. 12, Untergrundbahnhof Wittenbergplatz  
Garantieschein für gesetzlichen Goldinhalt.  
Telegr.-Adr.: Trauringkanone Berlin — Versand nach auswärts  
Fahrgeldvergütung ♦ Preisliste gratis

**Damen-**  
Kinder in Seide, Gebirgs-, Vase, Nachmittags-, Abend- und Theaterkleider, Weiß- Kostüme, Kostüm - Mäntel, Jumper, Blusen, Mäntel, Merinosacke, Sportjacken, Wollwaren

Nur streng moderne Neuheiten!

**Kleidung**  
für  
**Bacliche und Mädchen Jünglinge und Knaben**

Nur Qualitätswaren kommen zum Verkauf

**Herren-**  
Sakkos, Sportanzüge, Smoking- und Frackanzüge, Schweiß- u. Gummimäntel, Leinen- und Gummimäntel, gestreifte Reizeider, gestrichelte Reizeider

In jeder gewünschten Qualität, Farbe u. Größe

Ersatz für Maßarbeit!

**B. FEDER**

Brunnenstraße 1  
Frankfurter Allee 350  
Cottbuser Damm 103  
Charlottbg., Scharrenstr. 5

Größtes

### Kredithaus

Deutschlands  
Gegründet 1892

Größte Auswahl  
Billigste Preise  
Zuvorkommende Bedienung  
Kleine Anzahlung  
Niedrige Ratenzahlung

Komplette  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
Speisezimmer, Herrenzimmer, Schlafzimmer, farbige Kissen, Leder-Möbel, Einzel- Möbel.

Lieferung frei Haus!

Gartenmöbel  
Dienstmöbel  
Balkonmöbel  
u. Büro - **Möbel**

Einrichtung  
eleganter Villen, Landhäuser,  
Siedlungs- Wägen.

Zwangslos Besichtigung ohne Kaufzwang.

**Spezial-Abteilung**  
Teppiche  
Läuferstoffe  
Gardinen  
Stores  
Tischdecken  
Steppdecken  
Daunendecken

**Spezial-Abteilung**  
Leibwäsche  
Tischwäsche  
Bettwäsche  
Hauswäsche  
Bettstern  
Inletts

Passendes für stärkste Figuren!

### Enorm billige Reisetage!!!

Jede Dame prüfe diese Angebote!

29.— Covercoat-Regen- u. Stabmäntel	68.— Imprägnierte Seidenmäntel in verschiedenen Farben.	33.— Alpacamäntel in schwarz u. blau.
25.— Elegante Sport-, Reise-, Strand- und Straßenkostüme und Mäntel in verschiedenen Ausführungen und Farben.	49.50 75.— 89.— 110.—	
33.— Feine Wasch- u. Wollkleider, keine Massenartikel.	42.— 64.— 98.—	39.— 48.— Gummimäntel für Damen und Herren.
45.— Krimmer- u. Astrachan-Mäntel unverwundlich.	67.— 98.— 152.— 154.—	Pflöschmäntel, Sealpflöschmäntel, Pelzjacken in Pelz.

285.—  
In Pelzmäntel, gediegene Kürschnerarbeit.

Extra-Abteilung für Trauerkonfektion jeder Art.

### WESTMANN

1. Geschäft: Berlin W, Mehrrenstr. 27a.  
2. Geschäft: Berlin NO, Gr. Frankfurter Str. 116a.

